

die randverzierung

GEHEIMRAT RAMPOLD

DAS GROSSE EDITORIAL

Liebe Leser draußen im Lande,

trotz der prächtigen Obsternte im letzten Herbst beschäftigt sich diese skolast-Nummer mit dem seit zehn Jahren brandheißen Thema "Oberschulreform" (vgl. skolast 78/2).

Aber auch die Wirtschaft soll nicht zu kurz kommen. Es soll nämlich aufgezeigt werden, warum und wie diese die Reform braucht. Nach ausgeschlafenerm Vollrausch von der letzten Andreas-Hofer-Feier wird das Volk von Bergbauern (Oa. Compagna) von seiner Morgenzeitung (skolast) die Auswirkungen der Reform auf Südtirol erfahren, sowie den Grund, aus dem sich die Südtiroler Supplenten nicht an einer zutiefst italienischen Gepflogenheit, der Streikerei (Rampold) beteiligt haben.

Ein warmer Händedruck geht an das Landhaus mit den allfälligen Wünschen seiner Bewunderer nach besseren Kontakten.

Vier Beiträge werten Oswald Egger auf, womit das Thema Kultur in dieser Nummer eigentlich abgehakt ist. Weiters gibt es noch viele lustige Aufsätze zu Krieg und Frieden und sogar eine Seminararbeit.

RICHTIGSTELLUNG

Die Beilage von Paul Marsoner im letzten skolast wurde fälschlicherweise nicht als bezahlte Anzeige ausgewiesen. Die Redaktion hat beschlossen, in Zukunft keine parteipolitische Werbung mehr anzunehmen. Wir haben Herrn L.-Abg. Erschbaumer die Möglichkeit gegeben, zu seiner Person Stellung zu beziehen (s. "Leserbriefe").

Aus Platzgründen müssen wir die Bekanntgabe der Studienabschlüsse auf den nächsten skolast verschieben.

Dann gibt es eine erfreulich lange Liste.

Sie nehmen sich aber wieder einmal viel Zeit, ihrem Ärger Luft zu machen. Nichts zu sagen, man hat ja Respekt davor, wenn einer im Schweiß seiner Weißglut etwas zu Papier bringt, nur unerlaufen einem da allzu leicht ein paar Fehler. Auch unverzeihliche. Wir wollen Ihnen gleich einige aufzählen.

Sie verwechseln Napoleon mit Goethe und sich mit letzterem. Die Tatsache, daß in der Anekdote von Auburtin, von der Sie erzählen ("*dort geht es zwar um Napoleon, aber man kann ebenso gut 'Goethe' einsetzen*"), ein Hündchen auf den Kopf einer umgefallenen Heroenstatue pinkelt, mag zu Vergleichen reizen. Es scheint Ihnen zu genügen, einen zugegeben miserablen Artikel über Goethe als Anlaß zu nehmen, um einer ganzen Generation vorzuwerfen, sie wolle aus dem Dichter einen Trottel und Weiberknecht machen. Es mag einfacher sein, wie Sie und Ihr Lohnschreiber Hermann (wie hieß er doch gleich?) Goethe zu einem Halbgott stilisieren, kann man so doch der Welt ein Vorbild empfehlen, an das sich keiner halten kann. Es wird dann umso praktischer sein, der Welt, die's ja nicht anders gewollt hat, Ihre Warnungen als Vorwurf in Erinnerung zu rufen, mit immer demselben Refrain. Sie hätten es ja gesagt...

Das alles können Sie ohne Achselzucken und Sie halten nicht einmal die Hand vor, wenn Sie als Teil derer, die Goethe anderthalb Jahrhunderte als einbalsamierte Leiche konserviert haben (zu etwas müssen Konservative ja gut sein), den Jüngeren vorhalten, sie wollten den Dichter morden.

Sie glauben anscheinend wirklich, daß Sie Goethe besser behandeln, wenn Sie ihn zu Napoleon degradieren, einem Mann, der gerade das mit der übrigen Welt anfangen wollte, was Sie auf jeder Kirchenseite den Russen vorwerfen.

Übrigens ist es ein Irrtum, wenn Sie glauben, uns mit Ihrer Bemerkung, der Skolast gebe derweilen *übelriechende Luft von sich*, zur Fortsetzung Ihrer Fäkalsprache provozieren zu können. Wie kämen z.B. nie auf die Idee, Ihnen zu entgegnen, daß wir Sie, da Sie ja mit dem besudelten Napoleon, der jetzt Goethe heißt, eigentlich Sie gemeint haben, nur bepinkeln, weil von Ihnen nur der Teil hervorschaut, der wirklich *übelriechende Luft* von sich gibt, und daß das Eigenartige der Situation nur daran liege, daß die Leute erst dann einen üblen Geruch vernehmen, wenn wir Sie naßmachen. So aber wollen wir schon gar nicht anfangen.

Fortsetzung auf Seite 23

OBERSCHULREFORM

wie wird sie ? wem nützt sie ?

Franz Lanthaler

Spätestens seit dem Jahre 78, in welchem die italienischen Parteien zum erstenmal den ernsthaften Willen gezeigt haben, die verschiedenen Vorlagen zur Oberstufenreform zu einem Kompromißvorschlag zusammenzusetzen, wird auch in der Öffentlichkeit viel über diese Oberstufenreform diskutiert. Allerdings dürfte die breite Öffentlichkeit oft nur sehr vage Vorstellungen von der Struktur der zukünftigen Oberschule haben. Im folgenden soll daher diese Struktur, soweit sie sich im jetzigen Stadium des Gesetzgebungsprozesses abzeichnet, kurz skizziert werden; ferner soll auf die Bedeutung einiger Änderungen eingegangen werden, und zuletzt sollen einige Erwartungen für unseren engeren Bereich angesprochen werden.

AUSGANGSPUNKT:

KRITIK AM BESTEHENDEN

Seit der Gentile-Reform 1923 hat sich in Italien am Schulsystem kaum wesentliches geändert. Zwar wurden kurz nach dem Krieg einige technische und berufsbildende Schulen mit einfacher Verfügung aus dem Boden gestampft, wenn die Wirtschaft nach Qualifikationen rief, aber ob diese in ein Gesamtkonzept der Oberstufe paßten oder nicht, das wurde kaum hinterfragt. Erst die Einführung der Einheitsmittelschule im Jahre 1963 war ein Schritt nach vorn. Daß aber nun der Übergang von einer Schulstufe zur anderen noch weniger stimmte, wurde als notwendiges Übel in Kauf genommen. Ein weiterer kleiner Reformschritt war die Einführung der Mitbestimmungsgremien im Jahre 1974, sowie die Mini-reform der Pflichtschule (Abschaffung der Noten und neue Prüfungsordnung) im Jahre 1977.

Daß die bestehende Oberstufe mit der Massenschulung nicht zurechtkam, war schon in den späten 60er Jahren allen klar. Nach der 68er Bewegung und der in den 70er Jahren einsetzenden Jugendarbeitslosigkeit konnten sich auch konservative Politiker nicht mehr den Reformbestrebungen verschließen. Der alten (also jetzigen) Schule wirft man vor, daß sie anachronistisch ist, die Schülerpersönlichkeit nicht in den Mittelpunkt des Unterrichts stellt, nicht zur Demokratie erzieht, undurchlässig ist, sich noch weitgehend als Eliteschule mit klassenselektivem Charakter erweist, daß sie völlig von der Arbeitswelt abgerabelt ist und nicht dem modernen technologischen Stand entspricht. Wieso eine Schule, der man vorwirft, daß sie sowohl in der Entfaltung der Persönlichkeit als auch in der Vermittlung von gesellschaftlich relevanten Qualifikationen so völlig versagt, sich so lange halten konnte, wäre eine eigene Untersuchung wert.

ZIELSETZUNG

In den Prämissen zu den Gesetzesvorschlägen

In den Prämissen zu den Gesetzesvorschlägen der einzelnen Parteien finden sich immer wieder folgende Schwerpunkte, die sich jetzt stark komprimiert in Art. 1 der von der Abgeordnetenkammer verabschiedeten Vorlage niederschlagen und die Ziele der Oberstufenreform angeben. Danach soll die zukünftige Oberstufe folgendes garantieren:

- Eine bessere Anpassung der Schule an gesellschaftliche und wirtschaftliche Gegebenheiten,
- eine verbesserte naturwissenschaftlich-technische Bildung, im Mittelpunkt soll die Entfaltung der Schülerpersönlichkeit stehen,

- Berufsausbildung und Studierfähigkeit sollen in gleicher Weise gewährleistet werden,
- Schule und Arbeitswelt sollen enger verbunden werden,
- das gesamte System vom Kindergarten bis zur Universität soll vereinheitlicht werden,
- das Recht auf Bildung, wie es in der Verfassung verankert ist, soll besser verwirklicht werden,
- auch den in der Berufsausbildung Stehenden soll eine solide Allgemeinbildung vermittelt werden,
- die Spezialisierung soll später einsetzen, aber dafür intensiver betrieben werden,
- die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Schultypen soll hergestellt werden.

STRUKTUR

Wenn man diese Zielsetzungen betrachtet, so fragt man sich, welche Struktur wohl diese Quadratur des Kreises zustande bringen wird.

Die neue Oberstufe soll alle jetzigen Oberschultypen außer die Berufs- und Kunstschulen ersetzen. Sie dauert fünf Jahre, hat Einheitsstruktur und ist in verschiedene Bereiche (aree) gegliedert, von denen jeder wiederum mehrere Richtungen (indirizzi) aufweist. Die ersten beiden Jahre sind als Orientierungsstufe anzusehen, weshalb in diesen beiden Jahren die allgemeinbildenden Fächer (Pflichtfächer) 3/4 des Stundenplanes ausmachen müssen, und nur 1/4 der Wochenstunden für Richtungsfächer (Wahlpflichtfächer) reserviert sein darf. Zwar wählt der Schüler schon mit dem Eintritt in die Oberstufe die Richtung, aber in den ersten beiden Jahren ist eine Änderung sehr leicht möglich durch Zusatzkurse. Wer nach dem 2. Jahr noch die Richtung wechseln will, muß allerdings Ergänzungsprüfungen in den Spezialfächern der neugewählten Richtung ablegen. Ab dem 3. Jahr beginnt dann die Spezialisierung, die im 4. und 5. Jahr weiter intensiviert wird, nicht nur durch die Erhöhung der Stundenzahl in den Spezialisierungsfächern, sondern auch durch Laborpraktika und Arbeitserfahrung, die dem Schüler zeitweilig den Status von Lehrlingen verleihen soll. Dadurch soll, wie in den Zielsetzungen erwähnt, sowohl die Berufsausbildung als auch die Studierfähigkeit gewährleistet werden. Die Herbstprüfungen werden abgeschafft.

Der Lehrplan der Oberstufe umfaßt folgende Fächer:

1. Allgemeinbildende Fächer (Pflichtfächer)
2. Richtungsfächer (Wahlpflichtfächer)
3. Laborpraktikum und Arbeitspraxis (Lehrzeit)
4. Freifächer und freie Tätigkeiten.

Der Status des Religionsunterrichtes wird vom Ministerium festgelegt. Die Arbeitspraxis wird vom Professorenkollegium beschlossen. Zu ihrer Durchführung kann der Schultat mit Wirtschaftsunternehmen Konventionen abschließen.

Der Unterricht in den Pflichtfächern soll den Schülern eine gegliederte Allgemeinbildung und die Aneignung solider Arbeitsmethoden in allen Fachbereichen vermitteln. Ab dem dritten Jahr nehmen die Pflichtfächer ab. Die Programme der Pflichtfächer sind für alle Richtungen gleich, doch sollen in den letzten drei Jahren diejenigen Pflichtfächer, die für die Richtung eine besondere Bedeutung haben, stärker potenziert werden. Eine Fremdsprache gehört zu den Pflichtfächern für die gesamte Dauer der Oberstufe.

Folgende vier Bereiche mit dem entsprechenden Richtungen sind vorgesehen:

- a) Künstlerischer Bereich
 - 1) musikalische Richtung
 - 2) visuelle und Raumkunstichtung
- b) Linguistisch-literarischer Bereich
 - 1) klassische Richtung
 - 2) moderne Richtung
- c) Sozialwissenschaftlicher Bereich
 - 1) rechtlich-verwaltungstechnische Richtung
 - 2) volks- und betriebswirtschaftliche Richtung
 - 3) touristische Richtung
 - 4) humanwissenschaftlich- psychopädagogisch-soziale Richtung
- d) Naturwissenschaftlich-mathematisch-technischer Bereich
 - 1) agrarwissenschaftliche Richtung
 - 2) biologisch-sanitäre Richtung
 - 3) physikalisch-chemische Richtung
 - 4) Mathematik und Informatik
 - 5) physikalisch-mechanische Richtung
 - 6) physikalisch-elektronische Richtung
 - 7) physikalisch-elektrotechnische Richtung
 - 8) Umweltgestaltung und Bauwesen
 - 9) Transportwesen.

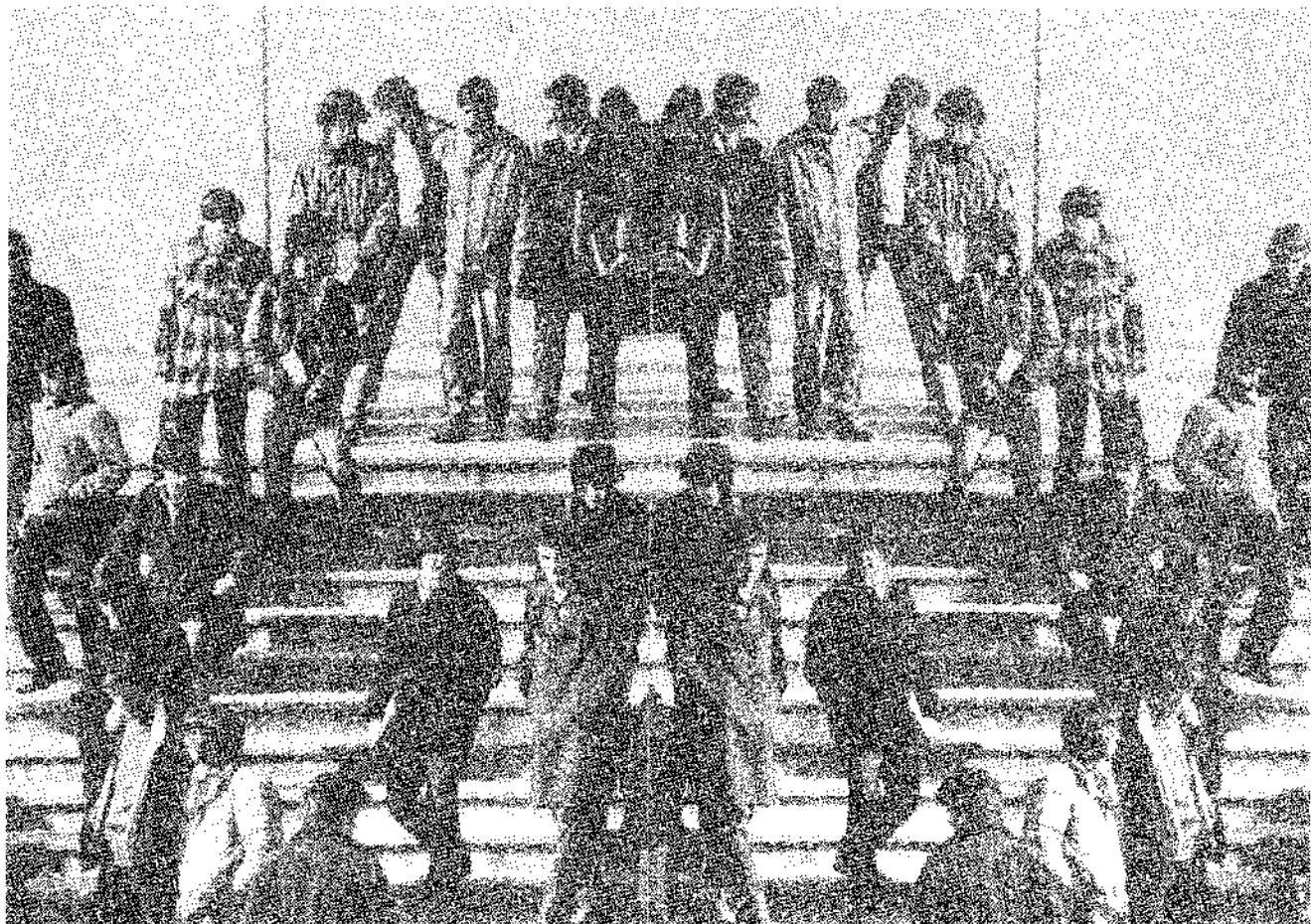
In den Kunstschulen soll der Unterricht in den Wahlpflichtfächern schon vom 1. Jahr an mehr als 1/4 betragen.

Sport ist Pflichtfach; die Schüler können Sportgruppen bilden und die schulischen Sportanlagen benutzen.

Die Schulpflicht wird auf 10 Jahre erhöht; es soll untersucht werden, ob man das Einschulalter auf das vollendete 5. Lebensjahr herabdrücken soll.

Die sprachlichen Minderheiten sollen die Möglichkeit haben, die Lehrpläne so zu gestalten, daß ihre Sprache und Kultur gesichert ist.

Für Arbeiterstudenten werden Nachmittags- und Abendkurse eingerichtet. Diese Kurse müssen nach denselben Lehrplänen gestaltet werden wie die übrige Oberstufe, und der Stundenplan muß so umfangreich sein, daß das Programm richtig durchgezogen werden kann. Wenn diese Schüler eine einschlägige Arbeitspraxis besitzen, kann von der vorgeschriebenen Arbeitspraxis ganz oder teilweise abgesehen werden. Jugendliche, die die Mittelschulprüfung bestanden und eine Berufsausbildung abgeschlossen oder eine Qualifikation als Facharbeiter erworben haben, können nach entsprechenden Ergänzungsprüfungen in höhere Klassen der Oberstufe eintreten. Auch im Ausland erworbene Diplome werden zu diesem Zweck anerkannt.



Im Kurikulum der 4. und 5. Klassen kann nach besonderen wirtschaftlichen Gegebenheiten der betreffenden Region in den Wahlpflichtfächern ein differenzierter Unterricht angeboten werden. Wenn im Produktivbereich bestimmte Bedürfnisse vorhanden sind oder auftreten, so können in den Delegierungsdekreten neue Spezialisierungen vorgesehen werden.

Bis zu 10% des Stundenplanes kann von Freifächern besetzt werden, die von den Mitbestimmungsgremien oder von einer bestimmten Anzahl interessierter Schüler (10 bei sprachlichen Minderheiten, 20 im übrigen Staatsgebiet) angeregt werden können.

Die Abschlußprüfung erfolgt über alle Fächer des 5. Jahres; die Prüfungskommission besteht aus internen und externen Mitgliedern. Die Zulassung zu den Fakultäten der Universität erfolgt nach den Abschlüßdiplomen und den darin angegebenen Richtungen. Will sich jemand an einer Fakultät inskribieren, die in seinem Abschlußdiplom nicht vorgesehen ist, so muß er an der Universität eine Eignungsprüfung ablegen. Die neuen Oberschulen und ihre Einrichtungen stehen den regionalen Körperschaften für die Erwachsenenbildung zur Verfügung. Alle im Dienst stehenden Lehrpersonen und Direktoren sollen in der neuen Schule eingesetzt werden. Die Schule kann mit Ex-

porten (auch ausländischen) Zeitverträge abschließen. Der Minister erarbeitet einen mehrjährigen Fortbildungsplan, nach welchem in Zusammenarbeit zwischen Universitäten und regionalen Pädagogischen Instituten die Lehrer auf die neue Schule umgestellt werden sollen. In Südtirol können dazu auch Institutionen und Fortbildungsmodelle aus dem deutschen Sprachraum benutzt werden. Wenn es nach dem Gesetzgeber geht, dann wird die neue Oberschule großzügig ausgestattet mit didaktischem Material, Geräten, Laboratorien usw. Die Oberschulen haben Selbstverwaltung und den Status von Rechtspersonen. Eine Parlamentskommission überwacht die Einführung der neuen Oberstufe.

Auf die zeitliche Staffelung der einzelnen Abläufe und auf Sonderbestimmungen der Einführung soll hier nicht näher eingegangen werden, da diese wahrscheinlich nicht in der jetzt vorgesehenen Form durchgeführt werden können.

PROBLEMBEREICHE

wenn man die Protokolle der Kommissionen von Senat und Kammer durchgeht, so möchte man meinen, es gebe nur das Problem, zwischen den Vorstellungen der Parteien einen Kompromiß zu finden. Und dieses Problem wird dadurch gelöst, daß man alles auf die Delegierungsdekrete verschiebt. Nun gibt es tatsächlich Probleme politischer Natur, die nicht so einfach auszuräumen sind, so daß man nach gut zehnjähriger Diskussion derzen der Gesetzesvorschlag, den die Kammer schon gutgeheißen hat, in fast allen Artikeln, wenn auch meist nur geringfügig, wieder abgeändert wird. Folgende Punkte geben unter anderem noch Anlaß zu heftigen Diskussionen: Form des Religionsunterrichts, Einschulalter und Dauer der Pflichtschule. Dauer der Orientierungsstufe (1 oder 2 Jahre), das Überwiegen der technisch-wissenschaftlichen Fächer gegenüber den humanistischen. Ferner werden noch mehr Richtungen gefordert, eine bessere Definierung der Delegierung; es wird auch beklagt, daß das Rahmengesetz über die Berufsbildung nicht kohärent ist mit der Oberstufenreform. Sollte nämlich die den Regionen unterstellte Berufsschule mit eigenem Abschluß auch das noch zur Pflichtschule zählende Jahr des Bienniums ersetzen, so wird eine große Zahl von jugendlichen Staatsbürgern nicht in den Genuß einer gediegenen Allgemeinbildung kommen und die Reform wird weitgehend wieder unterlaufen.

Zu diesen Problemen, die teilweise auf ideologischen Differenzen beruhen, teilweise aber das Wesen der Reform berühren, kommen noch eine Reihe anderer hinzu. Wie will man die Beziehungen zur Arbeitswelt gestalten? Werden die Betriebe in Krisenzeiten massenhaft Schüler als Lehrlinge aufnehmen? Wie steht es um Ablauf der Prüfungen und Wert der Diplome im einzelnen? Wie wird die Kompetenzverteilung zwischen Staat und Regionen im Berufsschulwesen sein? Werden die Mitbestimmungsgremien an die neuen Strukturen angepaßt? Wer übernimmt die Weiterbildung und Umschulung der Lehrer in Anbetracht der Tatsache, daß die regionalen Pädagogischen Institute kaum dazu in der Lage sein werden, ja teilweise (wie etwa in Südtirol) noch gar nicht existieren? Vor allem aber: wie werden die Dekrete aussehen, die die Regierung zeitlich gestaffelt erlassen soll, und die dem jetzt noch recht rohen Klotz erst ein Gesicht verleihen werden? Wieviel von der Reform, die im Gesetz steckt, wird in den Verordnungen wieder zurückgenommen werden oder dann an gesellschaftlichen Realitäten und mangelnden Geldmitteln scheitern?

Was aber den Ablauf betrifft, ist zu fragen, wie viele Regierungen durch ihr Scheitern das Inkrafttreten der Reform weiter verzögern werden.

Für Südtirol gibt es des weiteren noch Probleme, die mit dem Kompetenzkonflikt Bozen-Rom in Schulsachen zusammenhängen. Auch die Tatsache, daß man hier nur passiv auf die Reform starrt wie der Hase auf die Schlange, anstatt sie aktiv vorzubereiten, wird sich in der Anlaufphase sehr negativ auswirken. Wir haben keine Ahnung, welchen Mehrbedarf an Lehrern, Schulräumen, Transport- und Lehrmitteln die Reform

bringen wird. Wir haben keine gezielten Schulversuche durchgeführt. Dort aber, wo Schulversuche gemacht werden — wie in den Realgymnasien mit der Einführung von Englisch — werden ihre Ergebnisse nicht berücksichtigt. Wie hätten sonst die Senatoren Mitterdorfer und Mascagni in der Unterrichtskommission des Senats die Meinung vertreten können, daß neben dem Zweitsprachunterricht die Erlernung einer Fremdsprache, wie sie der Lehrplan der reformierten Oberstufe vorsieht, die Schüler in Südtirol überlasten würde, wo doch besagter Schulversuch das in keiner Weise andeutet? Sonderregelungen für Minderheiten sind notwendig und gut. Wo man sich aber nur auf gesetzliche Absicherungen konzentriert und wesentliche Aspekte des Bereiches ausklammert, kann eine Minderheit auch sehr ins Hintertreffen geraten. Wenn man z.B. behauptet, daß der alpine Nachwuchs sich um so viel langsamer entwickle als die Kinder anderer Regionen, daß hier an eine Herabsetzung des Einschulalters nicht zu denken sei, dann geht das auch wieder am Wesentlichen vorbei. Man müßte sich dort wohl fragen: Wie muß eine Schule aussehen, in die wir die Fünfjährigen stecken? Wenn dann wieder mit der 1. Klasse eine sture Paukerei mit Noten (sie floriere trotz Abschaffung außerhalb der Zeugnisse munter weiter) und allem Drum und Dran beginnt, dann muß man natürlich gegen eine frühere Einschulung sein. Man könnte die Überlegung allerdings auch einmal von der anderen Seite angehen.

FAZIT

Wenn man diese geplante Struktur der Oberstufe mit den Oberschulen anderer europäischer Länder vergleicht, so fällt auf, daß hier eine in vieler Hinsicht radikalere Form gewählt wurde: Nirgends sonst hat die Oberstufe durchgehend Gesamtschulcharakter, nirgends gibt es eine fünfjährige Oberstufe ohne Zwischenabschlüsse, nirgends rückt der Unterricht in allgemeinbildenden und technisch-berufsbildenden Fächern so eng zusammen, überall gibt es mehr Abschlußdiplome als sie in dieser Reform vorgesehen sind (derzeit etwa 17).

Man hat die Reform so lange verschlampt und hinausgezögert, daß man sie radikaler ansetzen konnte und mußte; ob aber so widersprüchliche Ziele wie: *die Schülerpersönlichkeit in den Mittelpunkt stellen — und eine den Erfordernissen der Wirtschaft entsprechende Berufsausbildung gewährleisten* in einem System, wo der Mensch für die Wirtschaft da ist, und nicht umgekehrt, sich verwirklichen lassen, ist doch mehr als fragwürdig. Auch die neue Oberstufe wird unsere Gesellschaft nicht wesentlich verändern. Und die neue Oberstufe wird nicht zulassen, daß die Schule sich allsehr verändert. Die Schule wird also wieder eine technische Lösungen erleichtern und den Menschen der Zukunft dem System der Gegenwart besser anpassen? Vielleicht wäre das ein zu pessimistischer Ausblick, aber diese Gefahr ist in der jetzigen Form der Oberstufenreform konkret angelegt.

Franz Lanthaler
Klosterstraße 49
Meran — Tel. 35606

Die bevorstehende Oberstufe ; ein POLITIKUM ersten Ranges ?

norbert dall'o

Es hat noch nie eine herrschende Kaste, einen herrschenden Stand, eine herrschende Klasse gegeben, die ihr Wissen und ihre Macht zur Aufklärung, Bildung, Erziehung der Beherrschten benutzt und nicht im Gegenteil, systematisch ihnen die echte Bildung, die Bildung, welche frei macht, abgeschnitten hätte.
(W. Liebknecht, 1872)

der streit darüber, ob die oberschulreform etwa in drei jahren oder erst in sieben jahren kommen wird, erscheint mir deplaciert, denn eingriffe in eine so entscheidende institution, wie es die schule in unserer gesellschaft ist, dürften wohl grund genug sein, daß sich besonders die für diesen bereich verantwortlichen nie früh genug zumindest gedanken machen über die auf uns zukommenden veränderungen, daß sie aufklärung betreiben über das geplante, daß sie eine diskussion anregen, daß dies bisher in südtirol nicht geschehen ist, obwohl die oberschulreform schon in der römischen abgeordneten-kammer verabschiedet worden ist, bestätigt nur, daß die themen bildung und kultur in unserem lande unter "ferner liefen" ihren platz haben. (immerhin haben die aos die gelegenheit wahrgenommen, mit einer kurzen darlegung der geplanten reform auf sich aufmerksam zu machen.)

nun wird in südtirol nicht nur das thema "schulreform" auf die lange bank geschoben, wenn darüber gesprochen wird (z.b. das komitee des pädagogischen institutes), dann versteift man sich auf einzelne gesetzestexte. dies mag zwar auch von wichtigkeit sein, doch wird damit schon von beginn an die "angelegenheit" um die eigentliche problematik verkürzt: nämlich die gesellschaftliche bedeutung einer schulreform.

mir dünkt, daß hier nicht zu viel gefordert wird, wenn angesichts des stellenwertes der schule in unserem leben zumindest der versuch eines globalen nachdenkens über sinn und absichten der reformer und über bildung überhaupt angeregt werden soll. es wäre nicht nur schade, sondern auch verantwortungslos, wenn frühzeitig und vorsätzlich die sicht auf das "ganze" verdeckt würde.

es ist (leider) charakteristisch für unser land, wenn beim durchlesen der "Abänderungsvorschläge des Pädagogischen Institutes zum Gesetzesvorschlag" der eindruck entsteht, daß der umstrittenste punkt der reform der religionsunterricht sei (sowie einige südtirolspezifische probleme): "Il comitato (...) mette in rilievo la grande importanza attribuita al mantenimento dell'insegnamento della Religione come materia ordinaria d'insegnamento nelle scuole dell'Alto Adige", kein satz wird verloren über fragen wie z.b. jener nach der *qualität* der schule...

weil wir schon dabei sind: gerade am pädagogischen institut, besser gesagt: an der frage nach einem solchen läßt sich die situation der schule in südtirol mosaikartig zusammensetzen. Ein solches institut gibt es in der praxis nicht (abgesehen von einigen privaten interessierten), obwohl es schon in den ernächtigungsverordnungen von 1976 vorgesehen war, obwohl schon frau dr. ambach als vorsitzende einer landeskommission dem zuständigen assessorat die richtlinien dazu übermittelt hat, obwohl immer wieder von verschiedenen seiten auf die notwendigkeit dieses institutes hingewiesen worden ist. deshalb gibt es auch weder eine lehrerfortbildung noch eine kontinuierliche wissenschaftliche arbeit im schulsektor, von einer lehrer-ausbildung ganz zu schweigen. und es spricht für sich, daß sich niemand von den verantwortlichen darüber brüskiert fühlt, daß südtirol in fragen der ausbildung als entwicklungsland angesehen werden kann (ein solches ist dadurch definiert, daß es selbst nicht in der lage ist, für die produktion von notwendigen dienstleistungen aufzukommen. wir schicken unsere zukünftigen lehrer zur ausbildung ins "ausland", z.b.).

auch weiß ich nicht, ob ich weinen oder lachen soll, wenn ich mich daran erinnere, wie oft schon von einer "saturierung an lehrern" (landesrat anton zeiger) gesprochen wurde und wird, es scheint, daß wir auch in den nächsten schuljahren sehr weit davon entfernt sein werden ("es scheint" deswegen, weil in ermauegung einer lehrerstatistik, die entweder nicht gemacht wird (!) oder ein geheimes darstellt - "datenschutz"!? - nur schwer exakte aussagen gemacht werden können. nach durchführung der lehrerbefähigungsprüfungen im laufe dieses jahres wird es nach aussagen des pädagogischen institutes noch folgende supplientenzahl geben: 620 an den mittelschulen, 130 an den oberschulen (!), nur als pro memoria für zeiger). dafür konnte ja das "präkariatsgesetz" gefeiert werden, dank welchem hunderte von nicht qualifizierten, dafür aber "langgedienten" lehrern in die stammrolle geschleust werden können. hauptsache, es stimmt die formale bezeichnung, dann läßt sich das leidige problem abhacken. und dabei hat dr. rainer seberich schon vor zwei jahren zu verstehen gegeben: "Keinem würde es einfallen, seinen wagen in einer werkstätte ohne ausgebildetes fachpersonal reparieren zu lassen, die eltern aber sind gezwungen, die schüler von "Professoren" unterrichten zu lassen, die das handwerk des lehrers nie systematisch gelernt haben. Das gilt durchaus auch für uns Hochschulabsolventen." dem ist nichts hinzuzufügen. der dafür verantwortliche assessor wird nicht einmal an den ohren genommen. von wem auch?

nur um obiges zu unterstreichen, möchte ich einen passus aus dem gesetz über die geplante neue oberschule zitieren: "Il piano, per quanto concerne il personale direttivo e docente, è attuato con la diretta collaborazione degli istituti regionali di ricerca, sperimentazione e aggiornamento educativi e delle università (.....) Il piano prevede l'istituzione graduale, nell'arco di un triennio, di centri permanenti per l'aggiornamento culturale e professionale del personale direttivo e docente della scuola di ogni ordine e grado..."

abgesehen davon, daß solche einrichtungen auch ohne eine oberschulreform selbstverständlich wären: was hat das zuständige assessorat vor, damit in südtirol diesen anforderungen entsprochen wird? und noch etwas: dr. andreas stoll macht in der zeitschrift der aos darauf aufmerksam, daß durch die oberschulreform "die bestehenden lehrerbildungsanstalten in normale fünfjährige Höhere Schulen umgewandelt werden und künftig also keine Volksschullehrer mehr ausbilden können. (daher) muß das Land die Errichtung einer Pädagogischen Hochschule betreiben." die südtiroler hochschülerschaft hat ähnliches schon vor jahren formuliert, ist aber auf scheinbar taube gestoßen. ob dr. stoll ernst genommen wird?

"Die Schule ist ein Politikum ersten Ranges."

(Kaiserin Maria Theresia im Jahre 1774, zitiert von Landesrat Zeiger).

eben! dies läßt sich auch an der diskussion um die errichtung einer hochschule in bozen ablesen, eine diskussion, die bei uns anscheinend nicht sachlich geführt werden kann. (vertreter der südtiroler hochschülerschaft könnten ein liedchen davon singen, mit welchen "argumenten" von regierungsseite auf vorschläge und anregungen geantwortet wurde, als wäre eine universität eine erfindung der "roten" zur zerstörung des abendlandes.)

es wäre müßig, hier nochmals auf die bedeutung einer universitären einrichtung für südtirol hinzuweisen, ich erinnere diesbezüglich hauptsächlich an den aufsatz von max haller in skolast 1976, nr. 2: "Gesellschaftliche Funktion einer Hochschule in Bozen", sowie an unzählige vorschläge der sh und im skolast, die svp ist dagegen, basta.

dabei möchte gerade diese partei geldmittel ins ausland transferieren, um den südtiroler studenten (in innsbruck) "unter die arme zu greifen". warum werden diese gelder nicht für einrichtungen im lande selbst verwendet (z.b. für ein justudium, für die errichtung einer pädagogischen hochschule . . .)? vielleicht könnten dann auch solche studenten ein studium aufnehmen, für die ein längerer auslandsaufenthalt nicht in frage kommt (heller weist in zitiertem aufsatz auf den deutlichen zusammenhang zwischen hochschulstandort und chancen des zuganges zur hochschule hin.), aber will "man" das überhaupt? es handelt sich dabei um fragen, die weit über technische details hinausgehen und themen berühren wie: welchen stellenwert hat bildung in unserer gesellschaft? ist die schule, als hauptvermittler von bildung (was keineswegs so sein müßte), lediglich ein instrument zur selektiven eingliederung in den arbeitsprozeß (ein gewisses maß an elementarbildung für alle, denn analphabeten sind auch für die wirtschaft unbrauchbar, dann starke zäsur, nur knappe 10% eines jahrganges werden für die hochschule auserwählt, sonst "akademikerschwemme")? scotson die ausführungen paul kellermanns auf keinen widerspruch: "Bildung verkommt zu Qualifikation und wird bemessen nach jener Zeit, die man zu ihrem Zweck in den dafür geschaffenen institutionen aufwendet?" oder behält doch "Die Welt von A bis Z" recht, wenn sie beschwört, daß "die Sorge für die lebendige Dauer der Kultur zu den Verpflichtungen der menschlichen Gemeinschaft gehört. Daher (i) hat man in den meisten Kulturländern das Schulwesen staatlich geregelt"? mir erscheint dies zweifelhaft, da sich leicht nachweisen ließe, daß sich die entwicklung der massenschule im kapitalismus mitnichten durch kulturelle kategorieen erklären läßt, sondern durch wirtschaftliche. ebenso wurden reformen (z.b. breiterer zugang zu den universitäten oder, anderswo: numerus clausus) immer dann getätigt, wenn dazu wirtschaftliche gründe gegeben waren. mit folgendem zitat möchte ich lediglich daran erinnern, daß im skolast auch darüber, u.z. sehr gründlich nachgedacht worden ist (ich empfehle die lektüre des zweiteiligen aufsatzes von klaus reider, "Gesellschaft und Schule", skolast 1974, nr. 1 u. 2): "In der kapitalistischen Gesellschaft garantiert der gesellschaftliche überbau die Reproduktion der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse. Der Staat, von dem auch der Ausbildungssektor größtenteils abhängig ist, erfüllt, bezogen auf den realen Produktionsprozeß, die von dem jeweiligen historischen stand der Produktivkräfte erheischte Qualifikation der gesellschaftlichen Individuen; in Hinblick auf den politisch-kulturellen überbau besorgt er die Verinnerlichung der herrschenden Normen als die Normen der Herrschenden."



übertreibt reider (der sich übrigens sehr streng an karl marx anlehnt)? mal sehen: der sturzinger max haller, der heute an der universität mannheim arbeitet und sich seit jahren mit dem problem der sozialen ungleichheit befaßt (der sich sehr schwer in die ecke des marxismus wird drängen lassen), zeigt folgendes: daß sich in der entwicklung der schichtspezifischen bildungschancen kaum wesentliche veränderungen zeigen, wobei vor allem die grundstruktur unangetastet bleibt, die darin besteht, daß eine lehrausbildung domäne von arbeiter- und bauernkindern, eine weiterführende schulische ausbildung privileg der kinder aus mittleren und höheren sozialen schichten ist (apropos: nur 15% der studenten an den universitäten stammen aus arbeiterfamilien). "Es ist also schwer zu bestreiten, daß die in den entwickelten westlichen ländern vorherrschende quantitativ orientierte bildungspolitik trotz der verbesserungen, welche sie erreicht hat, ihr ziel der chancengleichheit nur in einem geringen ausmaß realisieren konnte (wenn dies für sie überhaupt ein primäres ziel darstellte)." (Max Haller, Klassenbildung und soziale Schichtung in Österreich, Frankfurt 1982, Campusverlag, 544 Seiten plus ein sehr ausführlicher literatur- und methodischer anhang, preis: leider sehr teuer). ; weiters zeigt haller die reproduktion von gesellschaftlichen klassenlagen: *Chancengleichheit bezüglich dem Konsumgut Bildung bestimmen wesentlich die spätere Stellung in der Arbeitswelt sowie Verdienstmöglichkeit, Arbeitszufriedenheit, Qualität des Wohnens, kulturelles Verhalten u.a.* und weiter: "Es ist eine tatsache, daß eine verlängerte schulische ausbildung in einer phase der entwicklung, in welcher ein großer teil der übrigen jugendlichen bereits mehr oder weniger voll in eine erwerbstätigkeit integriert ist (sei es als lehrling oder als ungelernete arbeitskraft), einen wichtigen sozialisationseffekt und zwar nicht nur in Hinblick auf das in der schule vermittelte wissen an sich, sondern auch in Hinblick auf die schaffung eines freiraumes für die persönliche entfaltung und entwicklung darstellt (vergleich hierzu insbesondere die unterschiede zwischen den interessen, einstellungen und verhaltensweisen von lehrlingen und gymnasiasten . . .)." (Haller, 1982)

der übliche hinweis auf die "unterschiedliche begabung" grenzt eher an frechheit als an plausible erklärungsmodelle. wahr ist vielmehr, daß über die institution schule die menschen den unterschiedlichen gesellschaftlichen anforderungen entsprechend (d.h. den anforderungen einer fortgeschrittenen, marktwirtschaftlich orientierten und durch privateigentum an produktionsmitteln charakterisierten gesellschaft) unterschiedlich ausgebildet werden.

daraus geht ziemlich eindeutig das "bildungsverständnis" der heutigen gesellschaft hervor: "bildung dient im wesentlichen zur festigung und aufrechterhaltung gesellschaftlicher strukturen, deshalb muß auch mit der verteilung von "bildung" vorsichtig umgegangen werden (man denke in diesem zusammenhang an die mahnrufe der ärztekammern gegen eine "medizinerschwemme": besitzer monopolistischer fachqualifikationen fürchten um ihre privilegien!) bildung ist knappe ware und muß im sinne der aufrechterhaltung besagter ordnung eine solche bleiben.

"Im Zoo öffnete man den Löwenkäfig. Der Löwe dachte, es sei die Freiheit, dabei war es nur der Auslauf." (W. Brudzinski)

ob ich weit vom eigentlichen thema abgekommen bin, von der oberschulereform, frage ich mich. ich glaube nicht, denn ließe sich nicht fragen, warum, wenn schon reform, nicht die evidente chancenungleichheit angegangen wird? wird die tatsache, daß 95% der bevölkerung von einem universitätsstudium abgehalten werden, indem ihnen unbegabung vergeschwindelt wird, als "wahrheit" hingenommen?

die beweggründe der oberschulereform sind klar: stärkere anpassung an die bedürfnisse der wirtschaft (die heutige unmenge an verschiedenen oberschulen ist im sinne der effizienz quatsch, die oberschulen sind nicht mehr in der lage, "modern zu quali-

fizieren"), bessere möglichkeiten der selektion (schluß mit dem freien zugang zur universität), überschaubarkeit, leichtere kanalisation der schülermassen. nur noch "phantasten" sprechen heute noch von einem "anderen lernen", von einem "lernen ohne zwang" usw.

ich riskiere die lächerlichkeit, wenn ich jetzt mit der "erkenntnis" aufwarte: die welt wird immer komplizierter zu durchschauen. ich meine, man ist sich der tragweite dieser "banalität" nicht genug bewußt. immer weniger menschen blicken durch, was da eigentlich läuft mit der schule, mit der wirtschaft, wieso man den arbeitsplatz verliert. die meisten arbeiten in ihrem bereich und vertrauen (oder mißtrauen) in den "großen" angelegenheiten den herrschenden. diese leiten nicht zuletzt aus dieser tatsache einer objektiv nicht möglichen aktiven partizipation der massen am politischen geschehen (weil nicht die voraussetzungen zu einer partizipation geschaffen werden) ihre legitimation ab. adorno hat schon in den fünfziger jahren gesagt, daß die meisten menschen in "halbbildung" gehalten werden. die vermittlerin dieser halbbildung ist die schule.

die oberschulreform scheint mit diese logik zu bestärken, dadurch, daß schon ab der mittelschule die ausbildung zum "spezialisten" beginnt. vom humboldt'schen bildungsideal bleibt nicht mehr viel übrig, vom prinzip einer reform im sinne einer "demokratischen schulreform" auch nicht.

"Die Schule, wie sie ist, und die Schule, wie sie sein soll, verhalten sich zueinander gleich dem Staat, wie er ist, und dem Staat, wie er sein soll."

(W. Liebknecht, 1872)

"MEDIENWERKSTATT e.V.
& KNEIPEN GmbH"

Es ist zeit, wieder etwas zu tun gegen das leise sterben, gegen die isolation und sprachlosigkeit.

es ist zeit, sich wieder zu treffen, miteinander zu reden: aktivitäten setzen zeichen, auch gegen das verstummen. wir haben etwas zu sagen, wieso muß man das ausdrücklich erwähnen? fühlen wir uns denn so überaus wohl in unseren selbstgewählten knästen? warum sich über jene auskotzen, mit denen wir eigentlich am selben strang ziehen sollten? wie lange wollen wir das noch aushalten dieses "man könnte - toll wäre" - klima? warum sich in einer ersten fase nicht auf ihre spielregeln einlassen um dann, mehrfach gestärkt, zurückzuschlagen? wie kann bewegung entstehen? - sicher nicht in den isolierten, privaten wohnklos...

versuchen wir das unmögliche: ziehen wir eine kneipe auf, finanziert von einer gmbh. machen wir aus der kneipe einen kommunikationsort mit abwechslungsreicher guter alter und neuer musik, mit videofilmen, pantomime - kleinkunst, allen möglichen zeitschriften usw. und parallel die medienwerkstatt als verein, wegen dem kies (beiträge der vereinsmitglieder, zuschüsse vom land, der gemeinde). doch läßt uns erstmal klein anfangen, mit siebdruck beispielsweise, etwas das zuverlässig funktioniert (immer wieder hört man jugendgruppen stöhnen wie schwierig und umständlich es sei plakate und flugblätter für ihre

aktivitäten zu bekommen. wieso sollte diese arbeit nicht zentral, für jeden bekannt, organisiert werden, sodaß es auch hinhaut?), setzerei (drucker)räumlichkeiten, fotolabor, video. - ist die überlegung wirklich so utopisch auftragsarbeiten von der RA1 zu bekommen? auch da würde monotonmäßig was rauschauen. und vor allem: des öfteren wird geklagt, daß kleine und kleinere gruppen isoliert vor sich hinwursteln. wieso läßt sich das nicht koordinieren? liegt das nicht am mangelnden gedanken- und erfahrungsaustausch? daran, daß man sich monate- jahrelang nicht sieht und wenn dann höchstens auf faden lustlosen eierigen versammlungen die dann meist eh nix bringen?

was uns fehlen sind koordinierung und kontinuierität, ihr wißt es ja selbst, auch, daß ohne öffentlichkeitsarbeit nichts läuft, ebensowenig wie mit sektiererei. deshalb muß - um auch so viele initiativen, alteingesessene ebenso wie frischgeborene, wie möglich am projekt beteiligen zu können - das ganze überparteilich sein und bleiben, ohne wenn und aber. aufgerufen ist jeder sich finanziell oder auch persönlich zu engagieren. dieser traum muß kein traum bleiben, es liegt an uns ob wir es wollen. ... daß redaktionsgruppen, frauengruppen, setzer und drucker, wehrdienstverweigerer, film-, theater- und musikgruppen, fotoentwickler und und und ihre räumlichkeiten bekommen und daß sie das was sie in diesen räumlichkeiten koordiniert, ergänzend, aushelfend mit denen vis a

vielleicht habe ich den eindruck hinterlassen, als erwarte ich von der schule, von reformen der schule eine änderung der gesellschaftsstruktur, eine demokratisierung. dann würde ich die geschichte dieser institution leugnen. ich glaube auch nicht, daß die heutige strukturelle krise durch reformen z.B. des steuerungswesens oder des ausbildungswesens überwunden werden kann. auch deshalb bin ich skeptisch, wenn gerade jetzt die schule durch ihre reform zum rettungsversuch beitragen soll. (soll nun die schule verbessert werden oder das "funktionieren" des staates?)

in einer von sich selbst als fortschrittlich bezeichneten gesellschaft erwarte ich aber, daß krisen (krise der schule...) anlaß sind zum nachdenken, zur kritik an besetzten zuständen und initiativen, die mehr sind als eine anpassung an gesellschaftliche zwänge. besonders für die lehrrschaft sollte diese reform anlaß zu engagement sein, will sie sich nicht den vorwurf der subalternität heraufbeschwören.

im übrigen (konkrete vorschläge) verweise ich auf das hier abgedruckte papier der sh-gruppe wien. das wichtigste erscheint mir eine möglichst breite auseinandersetzung über bildung, das schädlichste geheimniskrämerei und ausschaltung der betroffenen.

p.s. im dezember 1982 hat sich die sh-ortsgruppe wien in einem offenen brief an die landesregierung gewandt, in dem konkrete fragen hinsichtlich der oberschulreform gestellt wurden. bis heute ist darauf nicht geantwortet worden.

vis oder dritte tür rechts auf derselben etage machen. scheiße, es gibt doch jauch "linke" typen genug in dieser gottgesegneten provinz die ein paar scheine locker machen könnten, und alles seriös kapitalistisch, was anderes können wir uns nicht leisten, später vielleicht, wichtig ist das was überkommt, inhaltlich, das macht dann jeder hoffentlich so gut er kann.

sie sind doch nicht auszuhalten diese langezogenen hängervisagen, auch dieses "ach ja" grinsen, "das hatten wir schon", dagegen gibts nur eines: was tun! das ist ein vorschlag (möglich, daß es sogar ein psychotherapeutischer ist...). in der sogenannten diskussion und arbeit können wir alles noch mal konkretisieren. ob und welche kurse, trips, seminare, verleih von geräten, zusammenarbeit mit medienmachenden im in und ausland, lesungen, ausstellungen, festivals, kellertheater.. am besten wir reden die ganze sache mal in ruhe gemeinsam durch. die kulturpolitische bedeutung des projekts ist hoffentlich jedem klar.

ps: erstes gemeinsames treffen mitte märz in bozen, wird über medien bekanntgegeben, kontaktadressen:

rudi schöpf
rödweg 4 / 39021 latsch

franz plöner
c/o isolde tappeiner
gaismaistr. 8/8 / 39100 bozen

MEHR BILDUNG FÜR ALLE - OHNE ETHNISCHE TRENNUNG

Die Südtiroler Hochschülerschaft beschäftigt sich wieder verstärkt mit Bildungspolitik in Südtirol. Dazu haben sich in einigen Hochschulgruppen und im Vorstand der SH Arbeitsgruppen gebildet, die Hochschulgruppen bieten zur breiteren Diskussion Versammlungen ab. Wir veröffentlichen zuerst einen Diskussionsbeitrag der SH - Gruppe Wien.

Im nächsten Skolast werden wir ein Grundsatzpapier zu Fragen der Bildungspolitik in Südtirol, in dem die Beiträge aus den Hochschularien zusammengefaßt sind, als ein Ergebnis der bildungspolitischen Diskussion der SH veröffentlichen. Von diesem Dokument aus soll eine weiterführende Auseinandersetzung erfolgen.

Die SH freut sich über alle Diskussionsbeiträge, die zu bildungspolitischen Themen an sie herangetragen werden.

Dem rückständigen Bildungsniveau in Südtirol und den sozial, ethnische und regional unterschiedlichen Bildungschancen stehen die Bildungsansprüche einer Generation von Kindern und Jugendlichen eines zweisprachigen Kulturraumes gegenüber. Wir, die Hochschüler von heute und künftigen "Kopfarbeiter", haben das Recht, diese Ansprüche zu befriedigen und zu steigern.

Wir wollen, daß die strukturellen Mißstände in der Schul- und Kulturorganisation unseres Landes beseitigt werden, daß die quantitativen und qualitativen Mängel des Lehrpersonals behoben werden, daß die Hochschulausbildung im Lande selbst erfolgt, daß die Zweisprachigkeit und interethnische Initiativen systematisch gefördert werden und daß der politische und kulturelle Pluralismus materiell unterstützt werden.

I

Die bevorstehende Reform der Oberschule in Italien mit ihren inhaltlichen und organisatorischen Implikationen für Südtirol ist ein Anstoß mehr zu unseren Überlegungen zur Bildungspolitik; die genannte Reform erfordert freilich dringendst die Durchführung unserer Forderungen.

Das Oberschulsystem muß soweit ausgebaut werden, daß eine flächendeckende Versorgung Südtirols mit den verbesserten Strukturen gesichert ist. Wir fordern daher alle politischen, gewerkschaftlichen und kulturellen Kräfte in Südtirol auf, die Kompetenzen auf diesem Gebiet rechtzeitig zu nutzen.

Voraussetzung für die territoriale Planung des Oberschulsystems, für die Personalplanung, für die Erarbeitung von Unterrichtsprogrammen und Lehrplänen und für die Koordination mit den Berufsschulen ist ein vorbereitender Diskussionsprozeß, der alle beteiligten und interessierten Gruppen und Institutionen erfassen muß.

Sein Ergebnis muß zur Grundlage der administrativen Maßnahmen in diesem Bereich werden.

Die Reorganisation der Oberschule muß begleitet sein vom Aufbau eines Netzes dezentraler Kulturzentren (Jugendzentren), die der Selbstverwaltung der Benutzer überantwortet werden sollen.

II

LEHRER-AUSBILDUNG IM LAND

Das Problem der Lehrerausbildung und -fortbildung kann nur durch eine eigene Hochschule auf Dauer gelöst werden. Die Errichtung einer Universität in Südtirol ist auch aus anderen Gründen Kernstück jeder fortschrittlichen Bildungspolitik (siehe III).

Alle Schritte, die zur dringend erforderlichen, kurzfristigen Verbesserung der Lehrerausbildung unternommen werden, müssen einem umfassenden bildungspolitischen Konzept gerecht werden — dürfen also keine "Feuerwehrlösung" mehr sein.

In diesem Plan bildet die Errichtung einer *Bildungswissenschaftlich-pädagogischen Hochschule* in Südtirol nur die Anfangsstufe. Ihre Kapazität und ihr Ausbildungsangebot ist an dem unmittelbaren schulppezifischen Bedarf an Lehrpersonal und

Lehrstoff ausgerichtet. Die Lehrerausbildung sollte durch ein möglichst vollständiges Angebot an fachwissenschaftlichen Studien gewährleistet werden. Pädagogische und fachdidaktische — methodische Ausbildung ist ein Bestandteil dieser Studienzweige.

Die Bildungswissenschaftlich-pädagogische Hochschule ist der erste Teil unseres Hochschulkonzepts. Sein entscheidendes Merkmal ist, daß es erst in seiner Gesamtheit die notwendigen Strukturen bietet. Obwohl die einzelnen Teile sicherlich nur etappenweise politisch durchsetzbar und organisatorisch zu bewältigen sind, werden sie sich nicht gegenseitig ersetzen; vielmehr ergänzen sich die Schritte entsprechend den Anforderungen und dem Bildungsplan (d.h. Pädagogische Hochschule ersetzt nicht die Universität).

Unter zwei Gesichtspunkten stellt die Bildungswissenschaftlich-pädagogische Hochschule allerdings eine *Teileinrichtung* dar:

1. Bietet sie nur jenen Teil universitärer Studienmöglichkeiten, der unmittelbar die Ausbildungssituation des Lehrpersonals verbessert;
2. ist es organisatorisch denkbar, die Bildungswissenschaftlich-pädagogische Hochschule Südtirol in der Form einer *zweisprachigen Dependence* (unter südtiroler Verwaltung) einer übernationalen Arbeitsgemeinschaft der beiden trentino-tiroler Universitäten und des Südtiroler Hochschulträgers (Land?) zu realisieren.

Ebenso denkbar ist eine Strukturierung der Lehrer-Hochschule als autonome südtiroler Institution, die mit Hilfe der beiden Nachbaruniversitäten aufgebaut wird.

Keine Teileinrichtung ist die Lehrer-Hochschule unter dem Aspekt unserer Zielvorstellung, die Lehrerausbildung im Lande selbst zu garantieren: D.h. auf dem bildungswissenschaftlichen und pädagogischen Sektor muß die Schule *vollständige* Studiengänge anbieten. Durch interuniversitäre Anerkennungsverträge zwischen Trient, Innsbruck und dem südtiroler Hochschulträger wird die wechselseitige Anrechenbarkeit von Studienzeiten, -abschnitten und -titeln geregelt.

In diesem Stadium ist es notwendig und sinnvoll, daß bei der gesellschaftswissenschaftlichen Ausbildung der Lehrer inhaltlich besonders auf die spezielle Realität Südtirols eingegangen wird und daß bei der pädagogischen und didaktischen Schulung die Bedürfnisse — und die Versäumnisse — in diesem zweisprachigen Kulturraum vorab berücksichtigt werden.

III.

ZWEISPRACHIGE UNIVERSITÄT IN SÜDTIROL

Konzipiert als dringend notwendige Zwischenstufe könnten die bildungswissenschaftlich-pädagogischen Institute den Anforderungen, die aus der verlängerten Schulpflicht, der Neustrukturierung der Oberschule und der Volksschule erwachsen, gerecht werden. Sie garantieren jedoch keineswegs jene Bildungs- und Forschungsmöglichkeiten, die auch für Südtirol elementar sind und die hier einem starken Nachholbedarf gegenüberstehen: Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Rechtswissenschaft, aber auch die naturwissenschaftliche und technische Ausbildung und nicht zuletzt die musisch-künstlerischen Studien.

Erst eine reguläre Universität vervollständigt die Strukturen, die einer Bevölkerung von 430.000 das Recht auf Bildung auf allen Ebenen sichern können.

Wir wollen nicht eine "südtirolbezogene" Universität, sondern eine demokratische, weltoffene und zweisprachige Universität in Südtirol. Durch sie wird Wissen, Bildung, Forschung, werden verschiedenste kulturelle Impulse in das Land geholt. Es entsteht eine öffentliche Institution, die ganz wesentlich zur Entfaltung des kulturellen und wissenschaftlichen Potentials in der südtiroler Gesellschaft selbst beitragen wird. Wenn die Universität ein "lebender" Organismus bleibt, wird sie das allgemeine Bildungsniveau heben, Wissen und Bildung breiter verteilen und ein Katalysator politisch-kultureller Aktivität sein. Eine zweisprachige Universität ist ein erstrangiges überethnisches Kommunikationszentrum; sie kann eine kulturelle Leitinstitution für Südtiroler aller Muttersprachen, ein starker Motor der Annäherung der Sprachgruppen und der Überwindung der ethnischen Ressentiments werden.

Im Sinne unseres Hochschulkonzept ist hingegen der Aufbau einer "südtirolspezifischen" Lehre in Innsbruck *kein Fortschritt*. Warum soll der "Berg zum Propheten" gehen müssen, wenn der Prof—phet so weit hinterm Berg ist? Wir wenden uns gegen jede weitere Auslagerung von Bildungsstrukturen aus der Provinz, weil dadurch intellektuelle und auch finanzielle Ressourcen, Studienmöglichkeiten und akademische Arbeitsplätze entgegen aller Vernunft aus Südtirol abgezogen werden.

Die Hochschule im Land ist ein politisches Problem, weder ein finanzielles (bei entsprechenden Haushaltsumschichtungen), noch ein technisches. Organisatorisch kann die Stufe einer Universität durch eine Erweiterung der Bildungswissenschaftlich—Pädagogischen Hochschule auch etappenweise realisiert werden. Eine Grundvoraussetzung aller zweisprachigen Hochschuleinrichtungen in Südtirol ist der systematische Ausbau des Zweitsprachenunterrichts auf der Ebene von Pflicht- und Oberschule und die öffentliche Förderung außerschulischer Initiativen zur Verbreitung der Zweisprachigkeit. Erst auf dieser Basis kann eine Universität die Hochschulausbildung über ein Lehrsystem garantieren, welches die drei Faktoren Lehrinhalt, Ausbildung in der Muttersprache und Zweisprachigkeit entsprechend den realen, sich verändernden Bedürfnissen der südtiroler Gesellschaft kombiniert.

IV GLEICHSTELLUNG ITALIENISCHSPRACHIGER SÜDTIROLER IN ÖSTERREICH

Wir ersuchen den österreichischen Nationalrat und die Bundesregierung dringend, die Gleichstellung auf Hochschulebene *auf alle Südtiroler* auszudehnen. Diese Forderung besteht zusätzlich und unabhängig von unserem bildungspolitischen Konzept für Südtirol. Desgleichen ersuchen wir die österreichischen Behörden, die Gleichstellung selbst nicht an ein Sprachgruppenbekenntnis zu knüpfen, sondern an amtliche Daten wie z.B. Geburt, Wohnsitz, Wahlberechtigung, Schulbesuch in der Provinz Bozen.

V DURCHFÜHRUNG

1. Wir fordern die Landesregierung auf, als ersten organisatorischen Schritt im Sinne dieses Bildungskonzepts eine offene Institution "*Forum Bildungspolitik*" zu gründen, in der alle sozialen und politischen Kräfte und die Organisationen des Bildungsbereiches vertreten sind. Das "*Forum Bildungspolitik*" hat die Aufgabe, bildungspolitische Fragen zu untersuchen, zu diskutieren und Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Zu den einzelnen Schwerpunktthemen sollen *Arbeitsgemeinschaften* geschaffen werden. So soll zum Beispiel zum Kernthema Universität eine *Arbeitsgruppe* gebildet werden, die zugleich den Status eines *offenen Beirates* des Südtiroler Landtages hat: sie hat den Auftrag, zusammen mit in- und ausländische Fachleuten die Voraussetzungen für universitäre Strukturen zu klären, ein Universitäts—Organisationsmodell auszuarbeiten und der Gesetzgebung Vorschläge zu machen.

2. Wir fordern die Landesregierung auf, eine breite Informationskampagne über die Schwerpunkte dieses Bildungskonzept — Oberschulereform, Lehrerausbildung, Universität — zu organisieren und zu finanzieren.

3. Wir fordern die Landesregierung und den Landtag auf, verstärkt die Übernahme verfassungsrechtlicher Kompetenzen vom Staat zu betreiben, die landesgesetzlichen Grundlagen für eine autonome Hochschulpolitik zu schaffen und internationale Vereinbarungen zu ihrer Durchführung zu treffen.

SUPPLEMENTEN

eine «stangata» und kaum ein Streik

Stangata: Schlag mit einer Stange.
Nepperei, Übervorteilung,
Benachteiligung, Schaden
(nach Sansoni)

ALBERT STROBL

Fanfanis Regierungsdekret Nr. 1 (I) vom 10.1.1983 sieht vor:

1. Die im Schuljahr 1982/83 bestehende Zahl von Schulen und Klassen darf in Zukunft nicht erhöht werden (also keine Errichtung von neuen Schulen oder integrierenden Klassen).
2. Die bisher geltenden Bestimmungen für die Begrenzung der Schülerzahl pro Klasse werden aufgehoben.

3. Die Bestimmungen für die Anstellung von Supplementen werden weiter verschärft.
4. Die bisher vom Gesetz vorgesehenen Freistellungen für Fortbildungskurse und Abkommandierungen, die bezahlt wurden, sollen abgeschafft werden.
5. Die Kontingenzzulagen aller Nichtstammvolllehrer werden nur mehr im Verhältnis zu den geleisteten Stunden bezahlt. Die bisher dabei geltende Bestimmung, daß davon nicht weniger als 50% ausbezahlt werden dürfen, wird auf-

gehoben.

6. Die zeitweiligen Supplenten sollen rückwirkend auf den Schulbeginn 1982/83 nur mehr aufgrund der effektiv geleisteten Stunden bezahlt werden. (Die Bezahlung der Sommermonate wird auf einen geringen Umfang eingeschränkt.)

Ein ganz schöner Hieb für die Schule.

Treffen die Bestimmungen über die Klassenzahl und die Aufhebung der Schülerhöchstzahl pro Klasse auch auf die Schulversuche zu? Wenn ja, haben wohl alle Schulen so große Klassenräume, um die besonders den Schulversuchen zuströmenden Schüler zusammenzupferchen? 30 - 40 Schüler vor einem Lehrer sitzend: das ist somit nicht mehr ausgeschlossen. Ob das wohl gut geht?

Ein ganz besonders heftiger Hieb für Südtirols Schule, in der bekanntlich sehr viele Supplenten unterrichten.

Die Abschaffung der bezahlten Freistellungen zur Lehrerweiterbildung für die Supplenten treffen Südtirols Schule wohl besonders, weil sie hierzulande dringend nötig waren (die wenigen, die es gab) und weiterhin wären, bei einem akuten Mangel an qualifizierten Lehrkräften.

Aber Rücksicht auf die Qualität der Schule war bei den Konservativsten der Konservativen ja schon immer ein Fremdwort.

Welches waren die Reaktionen in Südtirol auf das Spardekret?

Auf Staatsebene riefen die Schulgewerkschaften einen ganztägigen Streik für den 25.1.1983 aus. In Südtirol sollten die Maßnahmen einen wahren Aufstand in der Schulwelt zur Folge haben, schrieb die "Alto Adige" am 19.1.1983. Doch weit gefehlt: Die Schulgewerkschaft des AGB/CGIL beschränkte sich auf eine bescheidene positive Stellungnahme zum Streik. Die Südtiroler Schulgewerkschaft (SSG im ASGB) nahm "zur Kenntnis, daß schwerwiegende Gründe die Generalräte der Schulgewerkschaften CGIL-CISL-UIL bewogen haben, für den 25.1.1983 einen Generalstreik des Schulpersonals auszurufen. Das Sekretariat hat Verständnis für die Probleme, die diesem Streik zugrundeliegen. Es überläßt aber allen Lehrpersonen die persönliche Entscheidung über die Teilnahme."

Na so was! Von Mobilisierung der Supplenten und aller Lehrer kaum die Rede. (Wohl nicht so wichtig das ganze? Hauptsache, die Altsupplenten kommen in die Stammrolle.) Einseitig und auf einige Teilinteressen ausgerichtet wie in Südtirol sind die Lehrerorganisationen sonst wohl nirgends. Eine Tatsache, die nur festzustellen ist und allen Leuten, die sich in Zukunft für eine Verbesserung der Südtiroler Schule einsetzen, eine Lehre sein soll! Aber das SH-Sekretariat in Bozen aufsuchen und über verschiedene Mißstände in der Schule jammern, das können sie, viele der sich so selbstbewußt tuenden Lehrer!

Die zeitweiligen Supplenten werden laut Dekret nur mehr aufgrund der effektiv geleisteten Unterrichtsstunden entlohnt werden.

Was heißt das? Wer ist ein "zeitweiliger Supplent"?

Darüber erhitzten sich die Gemüter. Es ging fast alles nur darum, ob man selber auch betroffen war. Von einer Solidarität aller Lehrer mit den Supplenten, der schwächsten Gruppe unter ihnen: davon konnte man nichts hören. Auch davon nichts, daß eine nicht zu unterschätzende Gefahr besteht, daß den Sparmaßnahmen gegen die Supplenten weitere "Reformen" folgen können, die allen Lehrern schaden (natürlich im Sinne eines staatlich autoritär bestimmten Allgemeinwohles), und die die Qualität der Schule drücken.

Wer also ist ein zeitweiliger Supplent, stellte sich die Frage.

Der eine glaubte, jeder Lehrer, der nicht in der Stammrolle ist und keinen Studententitel hat. Ein anderer meinte, auch die Jahressupplenten blieben verschont.

Und das Schulamt?

Laut Schulamtsleiter Dr. David Kofler waren am 22.1.1983 (Alto Adige) zeitweilige Supplenten alle Inhaber von Aufträgen, "die nach dem 31. Dezember erteilt werden, auch wenn

sich der erteilte Auftrag auf eine freie Stelle bezieht. Für den Zeitraum zwischen 10.9.1982 und 31.12.1982 sind nach Interpretation des Schulamtes nur jene Lehrpersonen als zeitweilige Supplenten zu betrachten und somit dem Unterrichtsministerium für seine schwarze Liste mitzuteilen, die anstelle eines Stammrollenlehrers, eines Jahresbeauftragten oder Jahressupplenten den Dienst angetreten haben..." Klar? Vom Schulamt aus würden die Jahressupplenten nicht betroffen sein.

Am Streiktag, zu Mittag, ließ Kofler in der RAI verlauten, daß die Sparmaßnahmen nicht wenige treffen würden, sondern daß Interventionen und Sonderregelungen für Südtirols Schule in Rom nötig seien, um den Lehrbetrieb zu sichern. Die Figur des zeitweiligen Supplenten beschrieb er - natürlich nach dem Pseudo-Streik - als jeden, der ohne Studententitel unterrichtet und vom Direktor dazu beauftragt ist. Also gar nicht so wenig, geht!

Also schon wieder eine Ausnahmebestimmung für Südtirol!

Die Parlamentarier Mitterdorfer und Frasnelli sollten - laut Kofler und SSG - bewirken, daß das Gesetzesdekret dahingehend abgeändert werde, daß die Kürzungen bei der Bezahlung der ca. 750 Jahressupplenten, die eine sonst unbesetzte Stelle an der Mittel- oder Oberschule innehaben, nicht angewendet werden.

Aber Maßnahmen zu treffen, die langfristig solche Ausnahmen im Negativen nicht immer wieder nötig machen (eine Lehrer-ausbildung öffentlicher Art auf Hochschulebene in Südtirol einzurichten), davon sprechen die "Herren der Bildung" nicht. Dafür sind sie geschickt genug, die Lehrer und ihre Gewerkschaften weitgehend im Unklaren zu lassen, die Teilkategorien der Lehrer untereinander auszuspielen, eine Solidarität unter den Lehrern zu erschweren. (Und jede Regierung immer zu unterstützen, wenn sie nur konservativ genug ist. War es denn nicht zu erwarten, daß die Regierung Fanfani solche und ähnliche bildungsfeindliche Ausgabenkürzungen trifft, die Südtirols Schule besonders hart treffen müssen?)

Die Südtiroler Hochschülerschaft hat zu den bildungsfeindlichen Maßnahmen der Regierung und zu den Gefahren für Südtirols Schule Stellung genommen und dabei auch die Schulgewerkschaft SSG kritisiert.

Josef Duregger aus Gais hat in der "Alto Adige" (2.2.1983) darauf geantwortet: Er wundert sich über das Interesse der SH für die Belange der Supplenten und erinnert an die Kritik der SH an der Einstufung der Altsupplenten in die Stammrolle. Die Kritik an der SSG, daß diese die Lehrer zu wenig mobilisiert hatte, versteht er als politischen "Handstreich".

Nur kurz noch etwas dazu: Ist die Beteiligung an diesem Streik von 20% für eine Schule mit der besonderen Realität der Schule Südtirols etwa viel? Mich persönlich würde interessieren, wieviele Altsupplenten (die ihr Ziel erreicht haben) gestreikt haben.

Im übrigen hat sich die SH nicht nur für die Interessen der Supplenten gegen die stangata ausgesprochen - es sind unter ihnen nicht wenige Hochschüler! - sondern auch die bildungsfeindlichen Maßnahmen über die Schüler- und Klassenzahl und über die Freistellungen kritisiert. Das allein wäre schon Grund genug für einen "Schulaufstand".

Und schließlich war die SH niemals gegen eine rechtliche und soziale Absicherung der Altsupplenten, sie lehnt aber ihre Eingliederung in die Stammrolle ab. Die Absicherung der Altsupplenten wäre bei entsprechendem Willen auch mit anderen Mitteln möglich gewesen, Sonderbestimmungen für Südtirol sind ja keine Seltenheit. Aber gerade die Gleichstellung der Altsupplenten mit den Lehrern mit einem Studententitel stellt ein denkbar schlechtes Beispiel dar und ist deshalb wegen all der Implikationen, die sich in der Schule, in den Lehrern, in den Studenten ergeben, als in verschiedener Hinsicht bildungsfeindlich zu kritisieren.

Oder glaubt Josef Duregger, daß die SH, wenn sie das "Präriatsgesetz" kritisiert, gegen andere Mißstände in Südtirols Schule nicht mehr argumentieren darf und jedes Recht, sich für Supplenten einzusetzen und bildungsfeindliche Maßnahmen zu kritisieren, verwirkt hat? Das wäre ein wirklicher Handstreich!

..... und arbeiten und

(einige überlegungen, ausgehend vom thema jugendarbeitslosigkeit)

lernen, lehren, kultur machen

jugendarbeitslosigkeit. hilfe!

ein wort beherrscht dramatisch die diskussion um die jugend südtirols: jugendarbeitslosigkeit, man mußte von allen seiten her feststellen, daß es in diesem bereich probleme gibt, sobald diese da waren. früh genug etwas klares zu sagen, das war nicht möglich, weil es ja bekannterweise kaum eine erforschung der arbeitsmarktlage in südtirol gibt, außer eine nachhinkende und rein positivistische.

nun, wie die südtiroler wirtschaftszeitung am 14.1.83 richtig schreibt: "Alarmstimmung schafft aber noch keine lösungen." aber nicht wenige machen aus der jugendarbeitslosigkeit einen kernpunkt ihrer propaganda. so die junge generation in der svp bei ihrer letzten landesversammlung mit dem motto: ein arbeitsplatz für jeden jungen südtiroler. aber woher nehmen und nicht stehlen? den arbeitsplatz. von den älteren? von den italienern? verschiedenes wurde auf der jg-landesversammlung angedeutet (ich erschauerte: konkurrenzdenken über alles.), doch konkrete antworten und lösungsmöglichkeiten wurden keine aufgezeigt, nicht einmal eine klare problemstellung als diskussionsgrundlage war gegeben. Außer allgemeinem blabla habe ich nur einen konkreten vorschlag zur vermindering der jugendarbeitslosigkeit von seiten der jg der svp vernommen: eine einschränkung der kosten der lehrlingsausbildung für die handwerker und unternehmer (eine abweichung vom kollektivvertrag, nichtbezahlung des berufschultages und ähnliches), ob das wohl die erhoffte besserung in hinsicht auf die beschäftigungsmöglichkeit bringen kann? und was meint die südtiroler wirtschaftszeitung, wenn sie schreibt: der drohenden jugendarbeitslosigkeit könnte entgegengewirkt werden, "wenn die systemwidrigen bedingungen für die lehrlingsausbildung beseitigt würden". was heißt denn das? dasselbe was die svp-jugend fordert? wenn schon darüber diskutiert werden soll, wie man die kosten der "lehrlingshaltung" verringern kann (sind sie wirklich so hoch?), dann müßte auch darüber gesprochen werden, wie man die ausbildung der lehrlinge in den berufsschulen und am lehrplatz verbessern könnte. denn es ist das ganze eine suche nach neuen möglichkeiten zur ausbeutung einer jugendlichen arbeitskraft, wenn man den lehrlingen nicht auch sicherheiten bietet, wie eine gute und nicht allzu spezialisierte ausbildung, eine gewährung von rechten gegenüber dem lehremeister und einen gesicherten arbeitsplatz. besonders eine grundlegende reform der berufsschule und der berufsausbildung im allgemeinen wäre zu diskutieren.

arbeiten oder nicht arbeiten, . . .

jaja, die diskussion über die jugendarbeitslosigkeit ist sehr einseitig und vermeidet immer wieder themen und problemstellungen, wo die antworten in einer unorientierung in einem politischen sachbereich lägen und wohl nur dort liegen können. denn die entwicklung der gesellschaft, besonders die entwicklung der materiellen grundlagen der gesellschaft (arbeit, wirtschaft, technologie) geht nun einmal in eine bestimmte richtung, und es geht nicht, wenn sich die zielvorstellungen eines politiklers, eines technokraten oder einer ganzen landesregierung querstellen. nichts gegen einflußnahme von seiten der öffentlichen hand (die freie marktwirtschaft ist ideologie und wird in der modernen gesellschaftswissenschaft auch als solche behandelt.), aber die eingriffe müssen aufgrund klarer entscheidungsgrundlagen erfolgen, die sich nur aus einem tiefgehenden, langfristigen und detaillierten studium der wirtschaft und gesell-

schaft ergeben (können). dabei ist das spektrum des problembewußtseins in bezug auf arbeit und arbeitslosigkeit in südtirol sehr eng gezogen.

die modernen gesellschaftswissenschaftler (linke, rechte, marxisten, manager, gewerkschafter, techniker, u.a.) sagen, daß die heutige krise in den industrieländern nicht eine vorübergehende wachstums- oder absatzkrise darstellt, sondern auf die fortgeschrittene entwicklung der produktivkräfte zurückzuführen ist. die neuen technischen erfindungen, die technologischer revolutionen haben die bedingungen von produktion und arbeit grundlegend geändert. natürlich ist dieser prozeß erst im gange, aber er ist im gange, und ein land wie südtirol, in dem die entwicklung nachhinkt, wird aufschließen und sich vielen der bedingungen der anderen angleichen. (das kann man als gesetz der kapitalistischen konkurrenz ansehen, das auch auf die systemkonkurrenz zwischen ost und west ausdehnbar ist.) vorläufig sind in südtirol nur indirekte auswirkungen und nicht die ganze tragweite der revolution der grundlagen der gesellschaft zu spüren.

in dieser neuen entwicklung nimmt die bedeutung der menschlichen arbeit in der produktion und verteilung der güter ab, mit der automation und rasant zunehmenden technisierung nimmt die gesellschaftlich nötige arbeit ab, die zur produktion eines gutes oder einer dienstleistung nötig ist. arbeit verschwindet tendenziell (und in einigen arbeitsbereichen ganz). das ist in der industriellen produktion der fall, aber noch stärker in einigen bereichen der dienstleistungen und in der verwaltung. jedenfalls ergeben wissenschaftliche untersuchungen, daß in wenigen jahrzehnten in den fortgeschrittenen industrieländern ein viertel oder mehr der erwerbsfähigen bevölkerung ohne arbeit sein werden und daß die wöchentliche arbeitszeit 20 stunden betragen wird.

ungebremstes wachstum, das dem rückgang der gesamten gesellschaftlichen arbeit tendenziell entgegenwirken könnte, ist aus ökologischen gründen (energie, rohstoffe u.a.) nicht möglich. und außerdem hat es keinen sinn, gesellschaftlich unnützes zeug zu produzieren, was so weit geht, vernichtungsmittel in ungeheuerlichen mengen herzustellen.

warum schreibe ich das alles? weil es mir darum geht, den begriff "arbeitslosigkeit" von einer anderen sicht aus zu begreifen. arbeitslosigkeit wird in zukunft etwas normales sein. (sie muß dies vielerorts bereits heute sein.)

wenn ein großer teil der gesellschaft nicht oder wenig arbeitet und auch nicht oder nur sehr wenig zu arbeiten braucht, dann stellen sich eine menge von sozialen, moralischen, psychologischen und organisatorischen problemen.

die gesellschaft wird für jenen bedeutenden teil von ihr, der nicht oder wenig arbeitet, auch aufkommen müssen. in dieser hinsicht wird sie zu einer gemeinschaft werden müssen. sie kann nicht viele zehnmillionen von menschen aus sich ausschließen und unter gesellschaftlich weit unterdurchschnittlichen bedingungen leben lassen.

natürlich gibt es verschiedene entwicklungsmöglichkeiten. es kann eine gesellschaft im sinne einer wirklichen gemeinschaft werden. es kann aber auch eine "hübsche faschistische" gesellschaft werden, die die menschen von oben kontrolliert und ihre bedürfnisse autoritär befriedigt, und die "schädlichen elemente" dann auch ausstößt, um es überspitzt auszudrücken: eine kollektivistische gesellschaft wird die zukünftige sein müssen, was die lebensgrundlagen ihrer mitglieder angeht. es

kann dann eine barbarische oder eine "sozialistische" im marxischen-humanistischen sinne sein, wohin die entwicklung geht, das zu entscheiden ist die aufgabe der gesellschaftlichen praxis und des politischen engagements heute, protestbewegungen, alternativbewegungen, weite teile der arbeiterbewegung und viele andere engagierte menschen (z.b. aus der kirche) setzen sich für die humane entwicklungsrichtung ein. (diese aussagen gehen auf die lehre meines philosophieprofessors adam schaff zurück.)

wie geht es weiter? was ist/wäre zu tun?

also: arbeit nimmt ab, arbeitslosigkeit nimmt zu, was ist gesamtgesellschaftlich zu tun? unumgänglich ist es, sich auf die zukünftige gesellschaftliche entwicklung, die zwar nicht detailliert voraussehen ist, aber über die allgemeine aussagen sehr wohl möglich und auch gemacht, hierzulande aber zum größten teil ignoriert sind, vorzubereiten.

"Unsere Gesellschaft, die ihren Sinn und Wert darin findet, Güter und Dienstleistungen zu produzieren, wird verkraften müssen, daß immer mehr Menschen immer weniger Arbeit zu leisten und immer mehr Freizeit zu ertragen haben." (Stern 1983, nr.6). der prozeß von der "Produktions- und Leistungsgesellschaft zur Freizeit-Gemeinschaft" ist im gange, nur eine "neue Erkenntnis, ein anderer Geist, werden uns helfen, die Freizeit-Katastrophe abzuwenden" (Stern).

es ist nicht so, daß sich in einigen jahrzehnten für sehr viele menschen gar keine sinnvollen betätigungsmöglichkeiten mehr finden werden. arbeit und betätigung/beschäftigung sind nicht als identisch zu verstehen.

gäbe es für viele menschen nicht nur keine arbeit, sondern keine möglichkeit zur betätigung mehr, wäre das ein schwerwiegendes problem: denn ein ganzes leben lang nichts tun, das ist für die allermeisten menschen (oder für alle?) psychologisch nicht lebbar, aber dieses problem muß sich nicht in quantitativ bedeutendem maße stellen.

im gegenteil: es werden sich sehr viele sinnvolle betätigungsmöglichkeiten bieten, die gesellschaftliche entwicklung mit dem abbau von gesellschaftlich nötiger arbeit ermöglicht in vielen bereichen erst den einsatz der menschen für andere tätigkeiten, die den möglichkeiten und fähigkeiten des menschen entsprechen. die heutige entwicklung bietet eine möglichkeit zu einem großen teil in diese richtung, einem sprung, der z.b. in der humanistischen literatur als befreiung bezeichnet wird, aber all diese betätigungen werden zu ihrem größten teil ganz anders sein als es die arbeit heute ist.

ein teil der betätigungen wird weiterhin ähnlich der heutigen arbeit weiterbestehen, das ist klar, darunter soll auch der einsatz für eine humane gesellschaftliche entwicklung in gebieten mit großer rückständigkeit sein. (es ist aber unter den heutigen bedingungen zu befürchten, daß sich die kluft zwischen reichen, entwickelten ländern und den armen, "unterentwickelten" ländern vergrößern wird.) aber wenn man die nützlichkeits eines solchen einsetzes erkennt, dann lassen sich viele "sinnerfüllende" arbeitsmöglichkeiten anbieten.

auch in den hochentwickelten ländern selbst wird es vieles zu tun geben, das noch unter dem begriff "arbeit" betrachtet werden kann. die große anzahl von arbeitslosen wird eine immense zunahme von arbeit in den bereichen fürsorge, sozialarbeit, zwischenmenschliche dienste nötig machen, außerdem bieten sich viele betätigungsmöglichkeiten in den bereichen der kultur, bildung, kunst, des menschlichen zusammenlebens usw.

die bedingungen: (nichts verändert sich von selber.)

die ganze entwicklung (mit all den positiven möglichkeiten, die sich mit ihr bieten) ist aber nur möglich, wenn die menschen dazu "reit" sind, das heißt: angesichts einer gesellschaftlichen entwicklung, die hier und da den begriff arbeitslosigkeit skizziert wurde, stellen sich für die bildungs- und kulturpolitik neue perspektiven und eine fülle neuer aufgaben, und das ist gerade einer der bereiche, in dem in südtirol eine

diskussion peinlichst vermieden wird, von offizieller seite: eine diskussion über bildung und kultur und eine entsprechende politik, sonst müßte "man" konsequenzen ziehen und sich umorientieren.

bildung und kultur (ich grenze das thema wieder ein.)

in der perspektive der kurz amrissenen gesellschaftlichen entwicklung haben bildung und kultur eine wesentlich weitere rolle, ich möchte dies hier anhand einiger problembereiche aufzeigen, die bereits heute ersichtlich sind.

1. kulturelle tätigkeiten und bildungstätigkeiten werden ein quantitativ und qualitativ völlig neues phänomen darstellen, d.h. die gesellschaft wird weit mehr als heute eine gesellschaft von lernenden und lehrenden, von kulturell und geistig schaffenden sein als heute, dafür sind die voraussetzungen zu schaffen, sowohl bei den einrichtungen, die eine solche betätigung erst ermöglichen als auch in der inhaltlichen geistigen vorbereitung der menschen.

der wesentlichste punkt bei der schaffung der voraussetzungen -- das zeigt sich immer wieder -- ist eine reform der schule und überhaupt des ganzen bildungs- und ausbildungswesens, aber all die reformen und verbesserungen müssen ein problem anpacken: die schule, wie sie heute besteht, als eine eigene von der gesellschaft weitgehend losgelöste institution, kann die neuen aufgaben nicht mehr erfüllen, all die formen von weiterbildung, erwachsenenbildung, "umschulung" sind in einem starken ausbau begriffen, das ist eine reaktion auf diese tatsache, in absehbarer zukunft müssen aber ganz neue und viel weitergehende maßnahmen in diesem bereich der bildung getroffen werden.

2. für die menschen werden immer mehr möglichkeiten bestehen, sich vielseitig zu bilden und in einem individuum weit mehrere menschliche fähigkeiten zu entwickeln, als dies in den heutigen gesellschaftlichen strukturen möglich ist, die menschen haben eine chance, sich dem humanistischen bildungsideal eines universalen menschen einen schritt zu nähern.

3. in der zukunft, wie auch heute, wird ein zusammenhang zwischen der arbeitslosigkeit/beschäftigungslosigkeit und dem bildungsgrad bestehen, menschen mit einer höheren bildung und ausbildung werden in einer sich vorkomplizierenden gesellschaft immer mehr gebraucht, um verschiedene funktionen ausüben zu können.

bildung ist dabei sowohl als allgemeinbildung als auch als ausbildung auf eine tätigkeit hin zu verstehen.

4. ausbildung

eine technologisch fortgeschrittene gesellschaft erfordert viele fachkräfte (techniker, ingenieure, forschende, planer, u.a.), ihre arbeitsschwerpunkte müssen in der erforschung und anwendung neuer möglichkeiten zur sinnvollen verbesserung der materiellen grundlage der gesellschaft liegen.

planung und programmierung sind für das menschenfreundliche funktionieren der gesellschaft unumgänglich (wenn man beides nicht als verplanung und bedürfnisbefriedigung von oben versteht), da hilft auch das ganze ideologische gezeiter dagegen nichts, die zeiten der kapitalistischen verfügung über grundlegende produktionsmittel und grundgüter sind ihrem ende immer näher, ob es anders besser wird, das ist eine andere frage, sie zu lösen stellt die wohl größte aufgabe dieser und der nächsten generation dar.

einen anderen großen und sich ausweitenden ausbildungsbereich stellt die ausbildung für die zwischenmenschlichen dienste und für die "sozialarbeit" dar, gerade in diesem bereich wird die weiterbildung ihren aufschwung und ihre blüte erleben, ich nenne nur einige bereiche: medizin, sozialfürsorge, soziologie, psychologie, sozialpsychologie, philosophie als wissenschaft vom menschen und von der gesellschaft, pädagogik.

5. allgemeinbildung

die allgemeinbildung ist die grundlage der bildung,

es geht in der diskussion der allgemeinerbildung einmal um das problem des demokratischen charakters der zukünftigen gesellschaft. grob gesagt: es wird menschen geben, die eine funktion ausüben, die gesellschaftlich nötig ist. andere werden solchen tätigkeiten nachgehen, die nicht unmittelbar für das funktionieren des ganzen wichtig sind, die aber die verwirklichung der freieren möglichkeiten des menschen in dieser gesellschaft darstellen. welche sicherheiten kann es geben, daß die funktionsträger nicht das "ruder des schiffes" an sich reißen und nicht mehr aus der hand geben? eine wesentliche bedingung dafür ist eine soziale und politische, gesellschafts- und humanwissenschaftliche grundbildung, die die kenntnis der gesellschaftlichen mechanismen vermittelt und deren zentrale werte freiheit, gleichheit und brüderlichkeit sind. alle menschen brauchen eine solche grundbildung: die funktionsträger, damit sie die bedingungen und folgen ihres wirkens erkennen, die anderen, damit sie dies auch können und die arbeit der funktionsträger und gesellschaftlichen (in einem anderen sinne als heute: staatlichen) institutionen kontrollieren können. denn in einer viel komplexeren und komplizierteren gesellschaft können bürokratie und technokratie zu einer weit schlimmeren plage für die menschen werden als sie es heute schon sind, gegen die beherrschung durch büros und andere schaltkäbel des systems ist früh genug vorzugehen, ein wichtiger teil der bildung ist dafür aufzuwenden (emanzipatorische erziehung).

außerdem ist eine allgemeine grundbildung die voraussetzung dafür, daß jedes mitglied der gesellschaft die gleichen möglichkeiten hat, für sich und seine mitmenschen tätig und nützlich zu sein. (viele funktionen können und werden wohl so erfüllt werden, daß ihre ausübung nicht in den händen derselben person liegt, sondern daß diese arbeiten nach möglichkeit rotieren.)

eine gute allgemeinerbildung ist außerdem eine grundbedingung für das aufleben und blühen der kultur, bildung und kunst.

eine demokratische grundbildung der menschen und eine vermittlung des grundwissens in allen bereichen ist eine aufgabe,

die sich bereits heute stellt. zum beispiel: die erziehung zu demokratie und solidarität darf sich nicht auf die formale ebene dieser werte (wie sie in den institutionen und im staate zum teil und höchst unvollständig realisiert sind) allein beziehen. eine wichtige aufgabe liegt z.b. darin, ein bewußtsein zu entwickeln, daß menschen, die arbeitslos sind, nicht "minderwertig" sind, nicht "faulpatzer" und auch nicht überflüssig. ebenso nicht "arme kreaturen" mit denen man mitleid haben kann oder nicht, sondern mitglieder der gesellschaft und als solche berechtigt, an ihrem leben und an ihrem wohlstand gleich teilzuhaben. die möglichkeit und tatsache, daß viele menschen nicht mehr zu arbeiten brauchen, ist als "normal", als eine art von freiheit zu verstehen. jedenfalls nicht als ein übel der gesellschaft.

was hat das alles mit uns südtiroler studenten zu tun?

die südtiroler hochschulerschaft hat sich seit jahren als ein kritischer diskussionsteilnehmer in den fragen der gesellschafts-, kultur- und bildungspolitik verstanden.

nun ist es wohl wieder an der zeit -- so glaube ich -- einen neuen, tiefergehenden vorstoß in der diskussion der bildungs- und kulturpolitik südtirols zu machen. die tatsache, daß die südtiroler eine ethnische minderheit in italien sind, ist dabei zu berücksichtigen, stellt aber nicht das einzige diskussionsmoment dar und darf sicher nicht dazu führen, alle anderen bildungspolitischen aufgaben der ethnischen problematik unterzuordnen. die diskussion muß über das gespräch über detailprobleme hinausführen. zukunftsweisende konzepte für mehr bildung und kultur sind zu erarbeiten und zu versuchen. es ist nicht die aufgabe des kulturassessors, von "mammutis" zu reden, nicht die aufgabe der landesregierung, ausgabenkürzungen für bildung und kultur zu erwägen. das gegenteil stellt sich als aufgabe: investitionen in diesen bereichen und ein ankurbeln von kultureller kreativität. sonst wird freizeit zur plage. (und die südtiroler werden ein volk von idioten?)



in südtirol sind die bedingungen für einen kulturellen und sozialen fortschritt relativ schlecht.

man kann nicht gerade behaupten, daß südtirol eine ausgebildete und verbreitete demokratische politische kultur hätte.

weitere ist in den hierzulande traditionell verstandenen bereichen der kultur (theater, literatur, kunst, u.a.) eine realität einer geistigen peripherie stark spürbar. mit wenigen ausnahmen ist kultur begrenzt auf die volkstümliche kultur und auf eine 0-8-15-kultur, die sich nur in den zentren abspielt und nur auf eine elite von konsumenten beschränkt bleibt. die förderung von kultur ist so einseitig wie selten sonstwo.

eine demokratische alltagskultur kann sich kaum entwickeln, die wenigen ansätze sind isoliert.

die "kulturmacher" reden über die identität in südtirol und ihre krise, und sie verstehen sie fast nur im ethnisch-völkischen sinne.

in der schule, (noch) dem zentrum des bildungswesens, unterrichten sehr viele lehrer ohne die formale, sehr viele von ihnen auch ohne oder mit ungenügender inhaltlicher qualifikation. der lehrberuf gilt weitgehendst als leichte arbeit, als ein lukrativer job.

die schule südtirols ist auf die entwicklungen, die sich in der gesellschaft südtirols ergeben haben und jene, die sich noch zeigen werden, nicht vorbereitet. dringend nötige reformen sind nicht durchzuführen, wenn die personellen und strukturellen voraussetzungen nicht gegeben sind. was macht die südtiroler schule, wenn in italien die Oberschulreform durchgeführt wird? was macht sie, wenn eine solche nicht durchgeführt wird? es ist so, daß man hierzulande stets auf reformen reagiert: von sich aus mißstände zu beseitigen, das wird selten diskutiert. und die ansbildung der volksschullehrer und kindergärtnerin-

nen? wieso soll da südtirol immer dem mitteleuropäischen niveau nachhinken?

italien schiebt sich an, mit der Oberschulreform und der reform der universitäten die voraussetzungen für eine verbesserung des bildungswesens und des ganzen wissenschaftlichen apparates zu versuchen. sicher sind diese versuche unter den heutigen bedingungen zuallererst dazu geeignet und bestimmt, über eine verbesserung der bildung und des wissens die effizienz der arbeit zu steigern, d.h. den prozeß der kapitalverwertung zu fördern. doch ist das schlecht?

und was macht südtirol angesichts der vielen widersprüche und der reformbestrebungen im bildungswesen?

und allgemein die bereiche der höheren schulbildung?

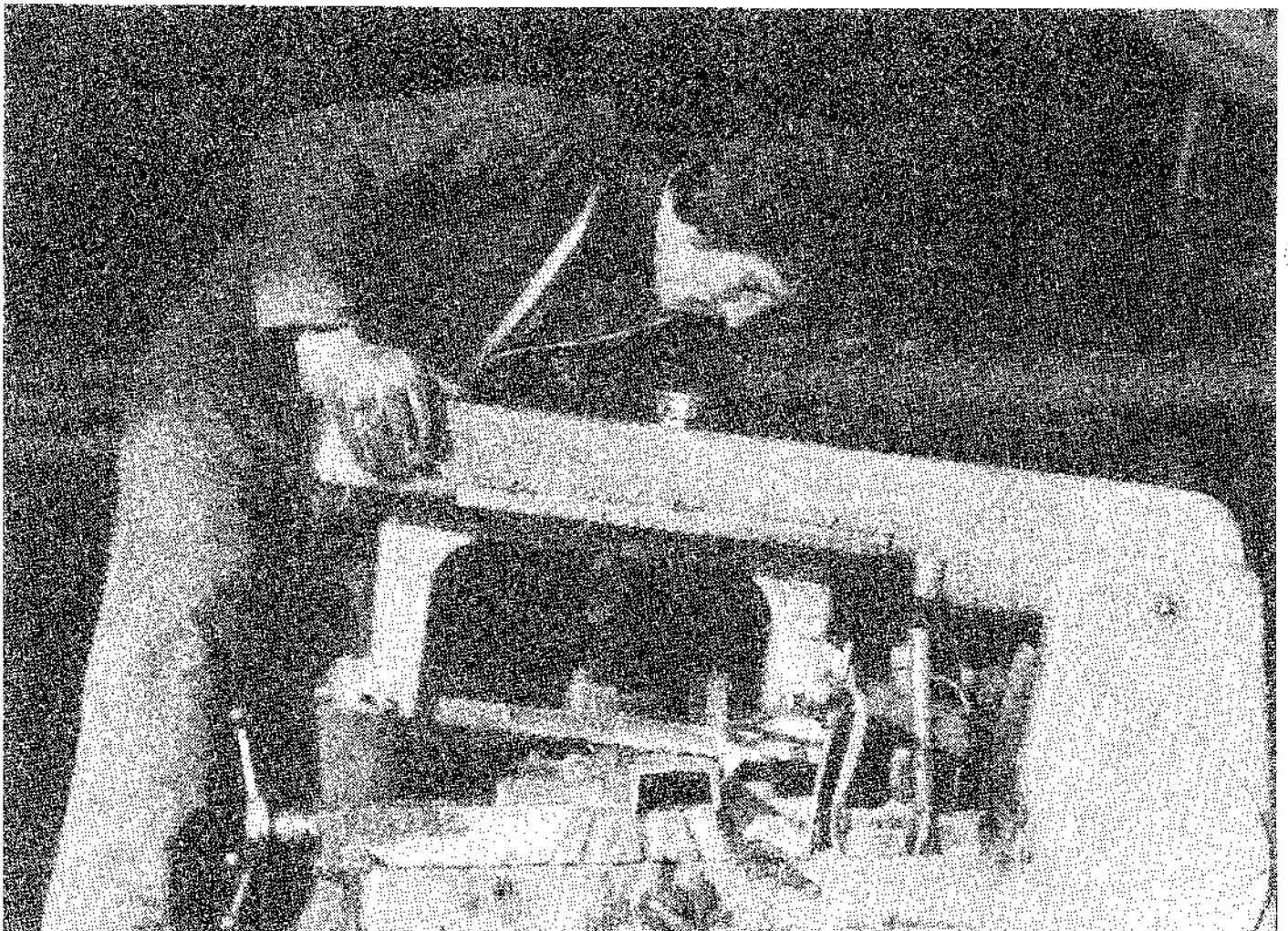
schon der anteil der personen mit Oberschulabschluß ist in der minderheit relativ gering, gar zu niedrig ist der anteil der akademiker für ein land, in dem es gilt, rückstände aufzuholen.

in den bereichen der zwischenmenschlichen dienste und der sozialarbeit in all ihren dimensionen mangelt es durchwegs. (beispiele: psychiatrie, soziale berater, drogenberatung.)

doch die angst vor einem arbeitslosen akademiker ist größer als es die bedenken gegen eine soziale und kulturelle rückständigkeit sind. das zeigt beispielhaft den bewusstseinsstand, der in südtirol über bildung und kultur und über die sich abzeichnende entwicklung der arbeit und gesellschaft besteht.

die bildung wird viel zu funktional betrachtet (nur als eine ausbildung für eine funktion im system).

daß die bildungs- und kulturpolitik der südtiroler landesregierung nicht dazu geeignet ist, allen oder möglichst vielen südtirolern eine höhere identität zu vermitteln, ein gesellschaftliches gefühl des zusammengehörens und des mitmachen und



einwirken können, eine Identität, die über den ethnischen Aspekt hinausgeht, das dürfte inzwischen wohl klar geworden sein.

ein erster schluß

In der Diskussion über die Entwicklung des Bildungswesens muß man (in Hinblick auf die rasante Entwicklung der Gesellschaft) sagen: jeder Mensch soll neben einer (im Vergleich zu heute weit verbesserten) Allgemeinbildung eine tiefe Kenntnis in mindestens einem Wissensbereich haben. Das heißt, daß der Abschluß einer weitgehend allgemeinbildenden Oberschule zu einem gesellschaftlichen Grundwert wird. Der Vertiefung der Allgemeinbildung, oder der fachlichen Ausbildung, oder der Weiterbildung an den Hochschulen oder an anderen Bildungsmöglichkeiten nach der Oberschule wird eine weit größere Bedeutung zukommen als selbst die meisten Bildungsplaner abschätzen können. Für eine Ausübung einer wichtigen gesellschaftlichen Funktion wird sogar eine Vertiefung des Wissens und des Bewußtseins nach dem Abschluß einer Hochschule erforderlich sein.

Für Südtirol heißt das, daß das Oberschulwesen stark ausgebaut und eine universitäre Einrichtung geschaffen werden sollen. Die Hochschuleinrichtung müßte die wichtigsten Wissensbereiche (und diese dabei in ihrem Bezug auf die Realität und die Erfordernisse Südtirols / der Südtiroler) abdecken.

In Südtirol schaut die Betätigungsmöglichkeit in den Bereichen Bildung, Kultur, zwischenmenschliche Dienste vorläufig nicht rosig aus. Nicht, weil da etwa ein Bedarf gesättigt wäre, sondern weil es an den Strukturen und Maßnahmen fehlt, zu tun gäbe es mehr als genug.

Um zum Thema Jugendarbeitslosigkeit zurückzukehren: wohin mit all den Jugendlichen Arbeitssuchenden, die in den nächsten Jahrzehnten von den Schulen kommen? In die Verwaltung? Dort sind sie nur abgestellt und kurzfristig beschäftigt. Die Landwirtschaft ist als Beschäftigungsfaktor nicht ausbaufähig, der Fremdenverkehr? Doch seine Aufnahmekapazität ist nicht besonders groß, außerdem sind seine Arbeitsplätze nicht gerade gesichert und meist auf einem relativ niedrigen Niveau. In der Industrie wird sich die Technisierung so stark auswirken, daß ein Abbau von Arbeitskräften zu erwarten ist. In diesem Bereich sind wichtige Strukturverbesserungen zu machen, braucht es eine Umstellung der Produktion auf solche Güter und mit sol-

chen Mitteln, bei denen noch eine anhaltende Nachfrage der Gesellschaft zu erwarten ist und die ökologisch und sozial sinnvoll sind. Das Handwerk — so glaube ich — wird seine Rolle weiterhin spielen, besonders die verschiedenen Bereiche des künstlerischen Handwerkes.

es gilt also umzudenken und umzustellen, auch in Südtirol: von Privatverkehr zu öffentlichem Verkehr, von Rüstungsproduktion auf die Herstellung gesellschaftlich nützlicher Güter, von einer überchemisierten Landwirtschaft auf eine möglichst natur- und menschenfreundliche usw.

und es ist nötig, entsprechende Forschungen zu machen und die Ergebnisse zu verbreiten.

und es gilt, allgemein gesagt, dem Bildungsleben und der kulturellen Entwicklung neue Impulse, durch die öffentliche Hand gefördert, zu geben.

"Gefordert ist Kulturpolitik, gefordert ist die Einsicht der Politiker, daß allein ein Flutstrom von Kultur die Gesellschaft der neunziger Jahre vor der Verödung und Langeweile retten, daß nur sie die Landschaft des Gemüts vor der Versteppung bewahren kann. Kulturpolitik muß ins Zentrum politischen Handelns gerückt werden. Und gute Kulturpolitik ist die beste Sozialpolitik." (Stern)

man wird sich auch in Südtirol an arbeitslose gewöhnen müssen, auch an arbeitslose Akademiker. man muß aber (auch hier) die Bedingungen schaffen, daß diese menschenwürdig leben können und eine Betätigungsmöglichkeit haben. lernen, lehren, kulturell tätig sein, den Mitmenschen helfen und ähnliches ist/wäre ein großes Feld dafür.

Die Südtiroler Studenten (aller Fachrichtungen) müssen sich gemeinsam mit anderen Kräften mit solchen oder mit anderen realen Problemen des Lebens in Südtirol auseinandersetzen und ihre Beiträge zur Entwicklung leisten. auch wenn dies oft nicht gerne gesehen ist.

Sonst überlassen wir die Initiative jenen Kräften, die Jahrzehntlang gezeigt haben, daß sie zu einer Lösung der verschiedenen gesellschaftlichen Probleme und zum Anpacken der Aufgaben zum Wohle aller nicht geeignet sind, und immer wieder versuchen, auftretende Probleme und Widersprüche nicht zu lösen, weil dann zum Teil grundlegende Änderungen des gesellschaftlichen und politischen Lebens nötig wären, sondern die die Widersprüche und die Aufgaben zu verdecken versuchen, durch eine restriktive Kultur- und Bildungspolitik zum Beispiel oder durch eine restriktive Informationspolitik.

albert strobl

Zitate:

Hier stellt sich sofort eine, wenn nicht gar die Kernfrage, die so lautet: "Haben wir in Südtirol bereits zu viele Studierende, d.h. soll der Andrang, die sogenannte "Maturitis", gebremst werden oder gar gedrosselt werden — wobei allerdings sofort das WIE ein Fragezeichen bleibt — oder soll jedem einzelnen jene oft auch falsch verstandene uneingeschränkte Chancengleichheit, bei der häufig das Wörtchen Leistung übersehen oder kleingeschrieben wird, eingeräumt werden, eine Chancengleichheit, die es ihm ermöglicht, nur weil Bildung als solche erstrebenswert ist, unabhängig von der Aussicht auf einen Ausbildungsäquivalenten Arbeitsplatz, das höchstmögliche Bildungsangebot in Anspruch zu nehmen?"

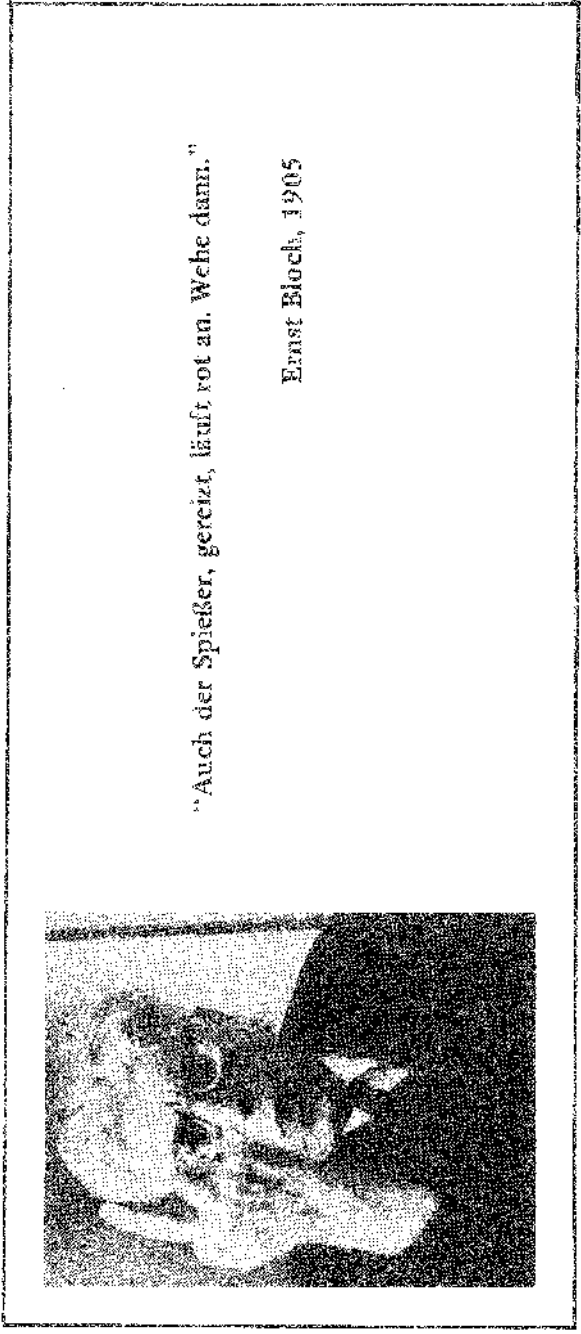
Die Antwort auf diese Frage kann m.E. wie so oft für uns in Südtirol nur in der Mitte liegen . . .

(Landesrat Dr. Anton Zelger bei der Pod. Diskussion "Jugendbeschäftigung in Südtirol heute und morgen" des Südtiroler Jugendringes, 1978)

Zusammenfassend kann also wohl mit großer Sicherheit die Aussage gemacht werden, daß bis zum Jahre 1981 und bis Mitte der 80er Jahre für den Hauptteil der deutschsprachigen Hochschüler nach dem Studienabschluß eine Arbeitsmöglichkeit in Südtirol gegeben ist, wobei allerdings bestimmte Fachrichtungen (z.B. Atomphysik, Elektronik, gewisse Forschungsbereiche der Naturwissenschaften, der Soziologie und Politologie usw.) wohl immer außerhalb Südtirol ihren Arbeitsplatz haben werden.

(Landesrat Dr. Anton Zelger, 1978, ebenda)

Der Zeigefinger



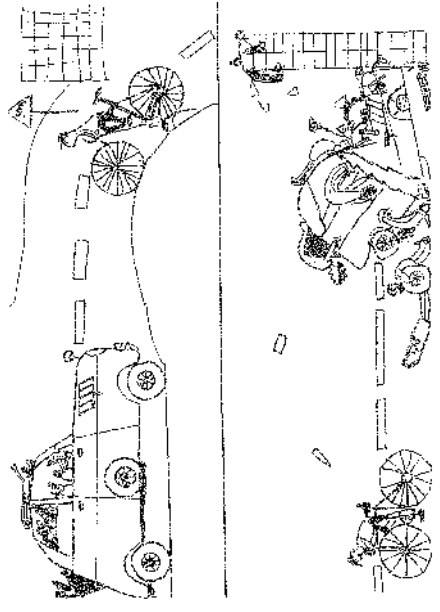
„Auch der Spießer, gereizt, läuft rot an. Wehe dann.“

Ernst Bloch, 1905

Ein samer nie

(ein Radfahrer)

Alto Adige (TT). Ein folgenschwerer Verkehrsunfall ereignete sich gestern auf der „Plauer Geraden“ kurz nach Mitternacht, wobei die 9 Insassen eines Fiat 1100 zu Schaden kamen. Wie uns ein Karabiner meldete, sei an allem einzig und allein der junge Sachbearbeiter Oswald Egger schuld. Im Auto, das dann ins Schlingendorn kam, befanden sich neben den Fahrern Gerhard Mummelter (Funker) und Joseph Zoderer (deutschsprachiger Südtiroler) auch Sepp Mail als Beisitzer, Mathias Schönweger (Aktionist) auf dem Ganghebel, sowie 4 weitere Mitfahrer auf dem Rücksitz und im Kofferraum der Autostopper Armin Gattner (Stoßdämpfer). Die 9, unterwegs nach Schlanders zu einer Diktierung, wurden, so L. Paulmichl vom Rücksitz, vom Radfahrer O. Egger überholt, ohne daß dieser die Verkehrsregeln eingehalten hätte. Egger habe laut eigenen Angaben verwechselt, das Fahrzeug links zu überholen, weil es die Mindestgeschwindigkeit von 25 km/h andauernd unterschritten hätte. Dieser freche Überholversuch lief bei den Insassen des Wagens größtes Ärgernis und den bekanntesten Unfallhergang hervor. Das Auto erlitt einen Totalschaden, die seelischen Folgen sind noch nicht abzuschätzen. Oswald Egger hingegen ist immer noch mit dem Fahrrad unterwegs nach Matsch zu einer Urschreitrapie. Objektive Augenzeugen werden gesucht.



VOM SCHLACHTROSS ...

... „Es ist heute nicht mehr die Zuwanderung, die unser Volk zu erwürgen droht. Es ist der Wandel, in den Herzen, im Bewußtsein der Südtiroler, der letztlich auf die fremde Staatsherrschaft zurückzuführen ist. In dieser Phase beginnen die Südtiroler, die italienische Besetzung des Landes nicht mehr als Fremdbestimmung zu empfinden; man geht sogar schon dazu über, die eigenen Landstreife als Ruhestörer zu bekämpfen, die noch die politische Freiheit anstreben. ... Es ist kein abrupter Tod, von dem unser Volk bedroht ist, sondern es ist die schleichende Assimilierung, der *innere Todesmarsch!*“

Hans S t r i e l e r, Bozen
Obmann des SHB

... UND SEINEM TIERARZT

... „Um aus dem inneren Todesmarsch herauszukommen, brauchen wir in Europa ebenso wie in Südtirol eine Politik der offenen und klaren Auseinandersetzung mit dem Unrecht selbst, ohne nach links oder nach rechts abzuweichen, wollen wir nicht die letzte Beute jener werden, die unseren Untergang planen.“

... Weil es auch in der Politik um das Ganze geht, muß der gute Politiker wie ein Arzt das *Übel an der Wurzel fassen* und wie ein Erzieher das Herz seiner Schutzbefohlenen zur Großmut aufzuschließen wissen.“

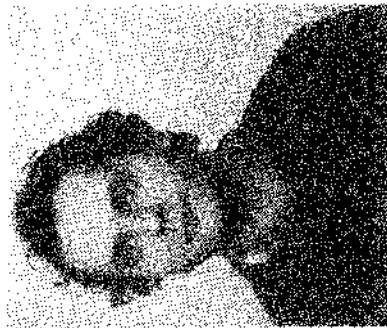
... Dr. Rudolf Reiter, Terenten

SCHLIESSLICH:
ÜBER DAS SCHLACHTROSS

ZÖLLNERSTREIK IN SALURN

ein Referat von Eva Klotz

“Die Klotz redt heit nit!”



“Ich glaube, Unzufriedenheit ist ein guter Grund zu einem Engagement.”

Albert Strobl, 1981

” I'SH c'est moi ”

— dieses Zitat, das böse Zungen unserem Vorsitzenden unterschrieben, gerinnt meuchlings bei seinem Hofberichterstatler im Blatt für deutsche Leser (AA, 24. 12.82) zur schütterten Glosse. Er wirft ihm monarchische Tendenzen, vorsätzliches Ausklammern der Hofkamarilla bei allen wichtigen Reißbrettbeschlüssen, sowie absichtliches Einschleifen des Parlaments durch gezieltes Verlesen gedanken- und endloser Bullen vor. Nichtsdestotrotz versuche er, Albert Strobl, seinen eigenen Hofnarren durch Verfassen unruhrer Leserbriefe für die deutschsprachige Tageszeitung zu spielen, wobei er sich hiermit wiederum zum nützlichen Idioten im Sinne Hebalas* mache.

Dem widersprechen wir aber ganz entschieden, wohl wissend, daß unser gottesfürchtiger Herrscher der Umgänglichsten und Tolerantesten einer sei; so fand er es noch nicht nötig, den Hofschreiber zur Ordnung zu rufen, geschweige denn ihm aus seinem Dienste zu entlassen. Wir jedenfalls, ungeachtet solcher Vorwürfe, wünschen unserer apostolischen Majestät noch ein langes Leben.

*Johann Gottfried Hebala — chéhala —, Trainer Gutsherr und Blind-Warter (1941 — bis Tramin in die III. Amateurliga absteigt), der weiland seinen Spießpartner, als dieser den Rechten verwarf, mit dem markigen Spruch beäccht hat: “Ear isch a Lopp, obr i prauch nex!”

Warnung des Herschers: diese Sendung enthält 1,4 mg roten Libanon und null Teer. Ja nicht als Filzter verwenden.
Firma Friedlein.

GLUGG-GLUGG MACHT DUMM
Die Südtiroler Gesellschaft

Danicl Spitzer, 1884

...Nachdem ich den Adelstein das auf die Neige geleert hatte, fuhr ich über Jenbach in das ebenso lichter wie federreiche Zillertal, das der Welt schon so viele Säger und Bandschmihändler geschenkt hat. Ich besuchte Fügen, Zell und Mayrhofen und sah auch Hippach, wo vor mehreren Jahren der ehemalige Kampfmann, der Abgeordnete Peter Greiner, in einer Rede, die er vor den Bauern hielt, sich mit einem “Schlachtroß” verglich. Man hat damals über diesen hochtrabenden Vergleich sehr gesputtet, man darf aber nicht vergessen, daß eine bescheidene Allegorie nicht am Platze gewesen wäre, da es im ganzen Zillertale keine Schlachtroßen gibt und man überall statt des kindflesches nur Kuhfleisch vorgesetzt erhält. Es kam mir auch vor, als wäre der Gewichtsdruck der därtigen Kühmelancholischer als gewöhnlich und als empfänden sie Gewissensbisse über die Täuschung, zu der sie benützt werden.” ...

Damit die Friedensbewegung nicht zur Tragikomödie wird

seltsame vorfälle ereigneten sich im laufe der letzten jahre innerhalb der sogenannten friedensbewegung. drei beispiele von vielen:

am 12. dezember 1981 sprach in bozen auf der abschlusskundgebung gegen den nato-doppelbeschluss ausgerechnet "unser" sozialistischer landtagspräsident. er sprach — und nur wenige versuchten ihn daran zu hindern. vielleicht war das ganze als kabarettinlage gedacht, daß sich das friedenskomitee selbst verschleißert, kann ich mir kaum vorstellen (oder doch??): die sozialisten (psi), die in rom keine regierung hinderten, den doppelbeschluss durchzusetzen, treten in bozen als mitstreiter der friedensbewegung auf. warum hat man nicht auch einen rüstungsstrategen der lancia-werke oder den größten schauspieler aller zeiten selbst eingeladen?

im mai vorigen jahres war dann die "selige" eintracht perfekt: in wien marschierten cv-ler neben jung-övp-lern und dazwischen

drinnen einige stalinisten. VOLKSFRONT. das ganze wurde natürlich vom gemeinsamen friedensgebot abgerundet — alle für den gleichen friedem??

den gipfel der perversität hat aber sicherlich die "distel" (?) redaktion erklommen, mit ihrer friedensnummer: (wer das heft gelesen hat, weiß wovon ich sprache, die anderen ersparen sich den ärger, wenn sie solche hefte nicht mehr in die hand nehmen!) wenn man nichts anderes zum thema "frieden" zu sagen hat, soll man lieber schweigen!

solche beispiele ließen sich beliebig lang fortführen.

was für einen "frieden" diese damen und herren meinen, ist aus ihren losungen und parolen leicht zu ersehen bzw. zu erhören: sie meinen mit "frieden" die erhaltung des status quo, obwohl sie wissen müßten, daß seit 1945 kein tag verging, ohne



daß irgenwo — natürlich weit weg von europa und doch immer mit direkter oder indirekter beteiligung von europäischen staaten — krieg geführt wurde.

sie meinen mit frieden eine stabilisierung unseres herrschaftssystems, was auf gut deutsch heißt, daß j e d e s j a h r aufgrund der imperialistischen ausbeutungsverhältnisse in der dritten welt mehr menschen verhungern als im g e s a m t e n z e i t r a u m des 2. weltkrieges durch waffengewalt umkamen. (ergo ist es besser mir mochn an drittn weltkrieg - der setzer)

wo wird sich ein bewohner der sahelzone wohl den hungerbauch halten vor lachen, wenn er sieht, wie der bürgerliche teil der europäischen friedensbewegung den krieg als eine isolierte, irrationale sache bekämpfen will, ohne das ihn hervorrufende kapitalistische gesellschaftssystem mitzubekämpfen, und ein bewohner südamerikas wird seinen mund zum schmunzeln verziehen — falls er noch soviel saft in seinem körper hat — wenn er den bürgerlichen egoismus einer e u r o p ä i s c h e n friedensbewegung sieht, die erst aktiv und "humanistisch" wird, wenn es plötzlich europa an den kragen gehen sollte (die parole des "begrenzten atomkrieges in europa" war wohl der hauptauslöser für die massenaktivierung), das jahrzehnte, ja jahrhunderte lange systematische dahnmorden der bevölkerung der dritten welt für dividenden und profite der metropolen kann bei uns immer noch als "frieden" verkauft werden!

immer mehr konservative, die wohl selbst nicht recht wissen, wie sie in diese basisbewegung kommen, helfen mit, durch ihre naiv-humanistischen aufrufe und durch die inhalte, die sie in ihren manifesten stehen haben, die wirklichen u r s a c h e n der imperialistischen kriegstreiberei zu verschleiern:

— unser gesellschaftssystem läßt sich n u r durch die aufrechterhaltung der imperialistischen ausbeutungsverhältnisse weiterführen: man sieht gerade jetzt, mit welcher radikalität und aggressivität imperialistische regimes ihre interessen durchsetzen (latinaamerika, afghanistan, libanon . . .). unser jetziges system erhalten, heißt mitverantwortlich sein am krieg gegen die bevölkerung der dritten welt: werden doch fast alle entwicklungsländer direkt von den internationalen konzernen und ihren quislingregimes "betreut". entwicklungshilfe leisten, heißt doch immer noch, die abhängigkeit von den entwickelten ländern zu verstärken und die positionen zur ausbeutung des betroffenen landes weiter auszubauen, um höhere profite für die herren unternehmer herauszu s c h i n d e n. das empfindet auch die deutsche sozial(?)demokratie(?) so, wenn sie von der r e n t a b i l i t ä t der entwicklungshilfe spricht.

dieses system kann aber auch nur funktionieren, wenn die abhängigkeitsverhältnisse im inneren gleichbleiben. in zeiten von hochkonjunkturen werden die klassenunterschiede zwar etwas verdeckt, sie brechen aber in krisenzeiten offen auf: wir erfahren ja auch zum jetzigen zeitpunkt, daß die krisenlösung n u r auf kosten der unteren schichten vor sich geht: arbeitslosigkeit, kurzarbeit, reallohnsenkungen, kürzungen im sozial- und bildungsbereich . . . und was das schlimmste ist, das ganze wird begleitet von einer defensivstrategie der reformistischen linken (gewerkschaftsföderation und pdi in italien, dgb und spd in deutschland). diese linke ist anscheinend nicht mehr imstande, das auftreten eines immer autoritäreren und reaktiveren staatsapparates offensiv zu behindern. (ein historisch analoges beispiel finden wir in der kläglichen kapitulation des austromarxismus vor 1934, dessen ständiges zurückweichen vor den angriffen des kapitalis die etablierung des faschismus in österreich ermöglichte und damit den beginn des 2. weltkrieges erleichterte.)

daß durch konservative, autoritär-faschistische regimes die kriegsgefahr i m m e r dramatisch wächst, darauf brauch ich wohl nicht näher einzugehen: unter dem deckmantel des nationalchauvinismus wird die für dieses system notwendige wirtschaftliche expansion vorangetrieben, neue absatzmärkte und rohstoffquellen m ü s s e n "erschlossen" werden.

der unmittelbare zusammenhang kapitalismus - krisen - krieg wird von der reformistischen linken zu selten in den mittelpunkt gerückt: eine demonstration für den frieden muß gleich-



zeitig eine demonstration gegen imperialismus und kapitalismus sein!

für den frieden arbeiten heißt, daß gewerkschaften wieder den lohn als politische waffe einsetzen, daß sie modelle wie sozial(?)partnerschaft(?) schnellstens aufkündigen. (und z.B. eine g e b ü h r e n d e antwort auf die jüngst erfolgte weitere verschärfung des klassenkampfes durch die italienischen unternehmer finden.)

frieden schaffen heißt also eine radikale umwälzung unseres wirtschafts- und gesellschaftssystems voranzutreiben.

es hat sich nun zwar eine radikale, in der friedensbewegung recht aktive basis gebildet, die diese überwindung des kapitalistischen systems anstrebt, diese basis wurde aber bisher (auch) durch den reformismus der etablierten linken repressiv abgeblockt. (ich denke hier vor allem an die "wilden" streiks in ganz europa zu beginn der 70er jahre, die ja nur durch den internationalen einsatz der ölwanne unterdrückt werden konnten, oder an die jugendbewegungen der letzten jahre mit ihren slogans der arbeitsverweigerung und sabotage, oder an die "außer kontrolle geratene streikbewegung" dieses winters in italien, wo weitergehende änderungen durch die verhandlungen und abkommen der sozial(?)partner(?) unmöglich gemacht wurden.)

wir müssen uns einsetzen, diese inhalte wieder verstärkt in die friedensbewegung hineinzutragen, um dadurch eine distanzierung von all jenen zu erreichen, die die friedensbewegung für eine stabilisierung dieses systems und damit für das gleichbleiben des ausbeutungsverhältnisses und den völkermord durch imperialistische politik mißbrauchen. es wäre an der zeit, die ganze wehleidigkeit, die der defensiven haltung der friedensbewegung entspringt, in eine offensivstrategie gegen dieses system umzuwandeln. denn wohin defensivstrategien und bürgerlicher egoismus führen, zeigt uns das scheitern der friedensbewegung vor 1914 und eine analyse der situation vor dem 2. weltkrieg, die zu faschismus und krieg auch in europa führte.



jung, europäisch und redengewandt. jüngste Eloquenz - Studien

*Es rühmen dich doch bei Gott die
Spartaner, Hippias, und freuen sich,
dich sprechen zu hören, aber worüber?*

Platon, Hippias maior

Es mag stimmen, daß der Berg an Schrifttum die Kapazität des Publikums übersteigt, trotzdem gibt es Bereiche, die immer noch zu wenig ausgeleuchtet sind, z.B. die Redekunst. Umso mehr ist es zu begrüßen, daß uns nun von einem jungen Rhetorik-Forscher, Univ.-Lektor Christian Waldner von der JES (das Kürzel ist durchaus nicht ohne Bedeutung, doch fällt sie mir im Augenblick leider nicht ein), ein wichtiges Werk über die Methoden öffentlicher Selbstdarstellung und privaten Dementis vorliegt.

Waldner umgeht eine oft schwer verständliche theoretische Darstellung und macht das, was für angehende Redner didaktisch am überzeugendsten ist: er gibt ein Interview (Dolomiten, 18.- 19. Dez. 82). Und er wählt dazu ein Thema, in dem die Anwendung der wichtigsten Methoden und Kniffe auf zwei, drei Spalten komprimierbar ist: die Auseinandersetzung mit der SH (Kenner der Materie wissen, daß es sich bei letztgenannter Organisation um ein öffentliches Ärgernis handelt).

Wie die klassischen Rhetoren des Altertums gibt er vor, gleich *medias in res* zu gehen, tut so, als wäre die Darstellung der JES sein Thema, um schließlich unschuldigerweise auf den Grund seines Interviews zu kommen: die Verdammung und Verteufelung der SH. Lektor Waldner fährt hier gleich zu Beginn mit schweren Geschützen auf, mit einem Kunstgriff, der zwar nur für Fortgeschrittene gedacht, aber wegen der hier gegebenen handlichen Darstellung auch für Anfänger leicht erlernbar ist; das ist die Tautologie. So nennt sich die Kunst, mit zwei gleichen Ausdrücken nichts zu sagen und dennoch die Zuhörer zu beeindrucken. *Dazu kommt, daß die linke SH-Führung im Vorstand – das entscheidende Organ der SH – den ansonsten von ihr so gepriesenen Pluralismus nicht zuläßt, da sie in diesem Gremium nur Kliententreue, das heißt Genossen den Einzug gewährt.*

Etwas schnell gesprochen, legt diese Aussage nahe, es bestche ein Unterschied zwischen SH-Führung (Vorstand) und Vorstand (SH-Führung). Eine Meisterleistung der Überredkunst, die jede empirische Nachprüfung überflüssig macht. Diese überflüssig zu machen, war eine Notwendigkeit, denn bei naiver Betrachtung, d.h. ohne vorherige rhetorische Aufklärung, könnte es ja so aussehen, daß der Ausschuß (die gewählte Vertretung, in der die Mehrheitsverhältnisse klar sind) eine bestimmte Beset-

zung des Vorstandes annimmt oder ablehnt. Diese Möglichkeit ist aber schon deswegen zu verwerfen, da man ihrerwegen den Wählern ihr Wahlverhalten vorwerfen müßte. Den neuesten Erkenntnissen der Rhetorik folgend, umgeht der Autor diese Argumentation, um seinen eigentlichen Lebensinhalt (der Rhetorik) das Fundament, die Hörschaft, zu erhalten.

Hören wir Lektor Waldner noch ein Weilchen weiter. Er will versuchen, *den schlechten Ruf der Südtiroler Hochschüler, für den die linke SH verantwortlich ist, zu beseitigen*. Hier wirds komplizierter. Mit einer gekonnten rhetorischen Wendung zieht er die Unterstellung eines bestimmten Rufs ins Reich der Tatsachen. Ein Anfänger hätte hier weitergeführt: "Ist der schlechte Ruf aber Tatsache? Ja, natürlich, klar! Weiß man doch, daß der Ruf der SH in Südtirol von jenen gemacht wird, denen als Krönung ihrer Rufe der besiegende Eichensieg eines Nachrufes schon lange am Herzen liegt." Redetechnisch brillant! Aber der Fortgeschrittene, z.B. Lektor Waldner, denkt weiter; würde doch obensichende Erläuterung dem großen Publikum ein Denkvermögen unterstellen, was eine Unterstellung wäre. Eine Unterstellung überdies, die anhand der nächsten Leserbriefeflut aufs Entschiedenste dementiert würde.

Andererseits wäre es auch nicht angebracht, die Behauptung des schlechten Rufs durch mühselig herangezogenes empirisches Material zu relativieren, zum Beispiel durch die Aussage eines außerhalb der Reichweite unserer schwarzen Unken lebenden Wiener Staatssekretärs, daß für Wien nur die SH als offizieller Gesprächspartner in Frage komme. Wie man sieht, auch Schweigen gehört zur Rhetorik.

Hin und wieder muß man als Redner aber auch klar und prägnant sein, z.B. wenn man kurz sein eignes Programm vorstellen möchte: *christlich, sozial, demokratisch und europäisch*. Ohne aber Näheres auszuführen, denn geschickt vorgetragene Unklarheiten erweitern die Anhängerschaft. Köstlich diese Zweideutigkeit, ob mit der Verbindung von *christlich* und *sozial* die CSU oder eine südamerikanische Befreiungstheologie gemeint ist, ob *demokratisch* mehr aus dem Kontext der Freiheitlich-Demokratischen Geld-Ordnung oder der Deutschen Demokratischen Republik kommt. Es war gewiß auch vorteilhafter, das sonst so stolz verkündete *konservativ* wegzulassen, um eine allzu junge Hörschaft nicht unnötig vor den Kopf zu

stoßen.

Auch die *Vermischungspolitik* darf der SII wieder öffentlich vorgeworfen werden, da es ja nicht mehr um Rassen geht. Daß es sich aber dabei um dasselbe Vokabular wie vor fünfzig Jahren handelt, fällt jetzt nicht mehr auf.

Schließlich kommt es einem guten Redner immer darauf an, die eigene Position so darzustellen, daß alle Schlichthkeiten, die man zu vermeiden vorgibt, dem Gegner angelastet werden.

Daneben wollen wir für eine sach- und eine qualitätsbezogene Hochschul- und Bildungspolitik auf pluralistischer Basis als Gegengewicht gegen totalitäre Bildungsziele, insbesondere gegen solche marxistischer und faschistischer Prägung eintreten, sagt Lektor Waldner. Ein anderer hätte da klarer gesprochen; er hätte gleich der Konkurrenz ein "human" egalitäres Bildungsideal vorgeworfen, das mit seiner immanenten Nivellierungstendenz den Verlust von Elitenausbildung zur Folge hätte (JES-Fraktion in UNIpress, Innsbruck 3/81). Das hätte man aber schon bei Göbbels nachlesen können.

Waldner macht das viel gescheiter, kommt es doch darauf an, den Faschismus von sich zu weisen, um ihn anderen anzuhängen. Was man als sein Ziel dann vorgibt, ist etwas, das jeder unterschreiben könnte: *Zu unseren Zielen gehört besonders die Förderung aller Studierenden zur Erleichterung ihres Studiums sowie die Information der Bevölkerung über hochschul- und bildungspolitische Fragen*. Das ist relativ einfach: man braucht nur nicht zu sagen, daß die JES sonst über die große Anzahl an Studenten jammert und über Ausleseprinzipien diskutiert, je nach braver oder böser Studienbiographie (vgl. das Buch "Wege und Umwege", das im letzten Skolasten rezensiert wurde). Das braucht aber einen anständigen Zuhörer nicht zu interessieren.

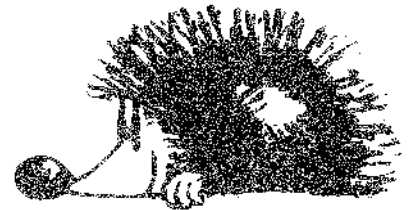
Gegen Ende gibt uns Lektor Waldner noch eine Anregung, wie man ohne längeren logischen Gedankengang überzeugend antwortet. Auf die Frage, was er von einer Universität Bozen halte: *Nichts, da wir Tiroler bereits in Innsbruck unsere Landesuniversität haben*. Das ist das immer wieder bewährte Weibchen-Schema (siehe die Ausführungen über die Tautologie). Wenn dann der Interviewer noch lästig wird und eine Erklärung haben will, verwechselt man beim Gegner am besten den Ausdruck "geistige Peripherie" mit *geistigem Provinzialismus*, dann hat man dem Publikum schon wieder eine Kerbe angereicht, in die man hauen kann.

Vielleicht war das, wenn ich den Autor hier meine bescheidene Meinung mitteilen darf, etwas ungeschickt, wird doch hiermit der *gerstige Provinzialismus*, der durch eine Universität Bozen verstärkt würde, in seiner schon vorhandenen Form der eigenen Partei und Gönnerschaft angelastet.

Dennoch ist es, alles in allem, eine gute Einführung in die Kunst der freien Rede, die ich jedem empfehlen möchte, der in Sachen Bildung und Demokratie nichts weiß, aber trotzdem etwas darüber sagen möchte.

Nachbemerkung: hier wurde — der Leser verzeihe mir — mit falschen Tatsachen gehandelt. Christian Waldner ist nicht Lektor für angewandte Rhetorik, sondern Reinigungsbeauftragter an einem Universitätsinstitut für Wirtschaftsdemagogie, was ihn aber nicht davon abhält, viele praktische Ratschläge mitzulauschen.

Alex Maier



Fortsetzung der Randvermerkung

Stattdessen wollen wir noch ein paar Rechenfehler aufspüren.

Hier der nächste: Sie wundern sich, daß im Skolasten jemand ohne Vorankündigung über die zeitgenössische Südtiroler Literatur herfällt, und tun so, als ob Sie sich das nicht getrauen dürften. Nun müssen wir Ihnen sagen, daß es wohl ein Unterschied ist, wenn jemand, der Literatur für Kunstthronig hält, sich in den eigenen Reihen ungezogen benimmt — der Skolast ist ja zur Diskussion da — und wenn andererseits jemand, der von Literatur etwas versteht, weil er von Seilbahnen, Marxismus und Film etwas versteht, in seiner definitiven Glosse etwas apostolisch abkanzelt. Wie? Es gebe auch noch die Leserbriefseite, für zum Antworten? Geschenk, Herr Geheimrat, geschenkt.

Nun ist es wohl an der Zeit, der Fehler peinlichsten aufzuspüren. Schon gefunden! Zugegeben, es muß weh tun, wenn

einem Leute, denen auch Sie etwas mehr Hirn zuzubilligen nicht umhinkommen, "Pressemonopol" und anderes undemokratische Zeug vorwerfen. Besonders der *prominenteste Südtiroler Maier* treibe es etwas weit, indem er Sie kritisiere, andererseits aber den Vogelweidenpreis und die Athesia als seinen Verleger akzeptiert habe. Hätten Sie diesen Anspruch doch nie getan! Nun weiß auch der Beschränkteste Ihrer Hörigen, daß solche Ehrungen und Verehrungen dazu da sind, Leute mit Namen dem eigenen Haus und der eigenen Marschrichtung zu verpflichten. Feinlich, nicht? Aber man wird Sie deswegen nicht hinauswerfen (Quod scripsi, scripsi).

Fünftens. Die SII sei dagegen, daß man Briefe der JES druckt, nur weil sie denen nicht über den Weg traut (*infam und arglistig* haben wir gesagt, sagen Sie)? Mitnichten! Würden Sie etwa Tandem gleich verbieten, wenn Sie könnten,

nur weil Sie es für ein bißchen linksextrém halten? Dieses Gedankenspiel führen wir nicht zu Ende, wohl im Bewußtsein, das falsche Beispiel erwischt zu haben.

Am Ende schleicht sich der Gedanke, daß Konservative brav seien, in ihre Tirade. Was Ihnen alles einfällt, wenn Sie *die von den braven Konservativen finanzierte letzte Nummer des "skolasten"* lesen! Dabei wurden alle Skolastnummern des Jahres 82 zu 50% von Verkauf, Spenden und Abonnements und zu 50% von den Mitgliedsbeiträgen finanziert, der Rest übernahmen die Konservativen. Der zurständige Landesrat teilte uns diesbezüglich mit, daß er das Skolastregister nicht finanziere, weil er den Skolasten nicht finanziere, und diesen wiederum nicht "aus den Ihnen bekannten Gründen" (Zelger).

Da lachen Sie wieder!

A.M.

Kriegsbilder aus Südtirol

SÜDTIROLER ARZTEKAMMER — BOZEN —
SPARKASSENSTRASSE 15

Bozen, den 25. Oktober 1982

Rundschreiben Nr. 7

Lieber Kollege,

in der Hoffnung, daß Du und Deine Familienangehörigen erholt aus den Ferien zurück sind, möchte die Kammer wieder auf die Probleme des Alltags hinweisen, der sich auf unserem Sektor zusehends verdüstert.

Das Hauptproblem, das Anlaß zu Besorgnis gibt, ist weniger die Reform mit ihren chaotischen Zahlungsschwierigkeiten, sondern die kontinuierlich steigende Zahl der sich heranzubildenden Ärzte und vor allem die Tatsache, daß die politisch Verantwortlichen scheinbar mit Vergnügen dieser Katastrophe entgegensehen.

Denn die Ansicht weiter Kreise, daß ein Überangebot an Ärzten für die kranken Bürger vorteilhaft sei, da sie dann weniger kosten, ist nicht einmal solange richtig, bis es Arbeitslose gibt. Diese sind in vielen Provinzen Italiens bereits in Menge und neuerlich auch in Österreich vorhanden.

Schlechtverdienende, unzufriedene Akademiker sind für jede Gesellschaft aber ein Risikofaktor. Doch diese Phase ist bereits vorbei und arbeitsuchende Kollegen werden in nächster Zukunft eine selbstverständliche Erscheinung sein. Dies wird auch nichts ändern, wenn die von der Regierung geforderte Beschränkung der Patientenzahl durchge-

führt ist. Am vergangenen Samstag war ich zusammen mit dem Kollegen Putz in Mailand bei einem Kammertreffen, wo unter anderem auch der Vorschlag gemacht wurde, die Universitäten auf 6 Jahre zu schließen, ein frommer Wunsch! Präsident Farotti sprach von allen Schlächten, daß die Federazione nun verloren hat, ohne jedoch die Konsequenzen daraus zu ziehen. Somit warten wir nun auf die weiteren kriegerischen Unternehmungen unseres Dachverbandes mit der absoluten Sicherheit, daß auch diese zum Scheitern verurteilt sind. Ich habe auf die gelungene Abwehr der deutschen und vor allem belgischen Kollegen hingewiesen, die das teure, unpersönliche und politisch gefärbte Reformsystem mit Erfolg verhinderten...

Die Situation in Südtirol ist sicher noch besser als in den anderen Provinzen, einerseits wegen der Notwendigkeit der Beherrschung beider Sprachen, andererseits weil trotz aller Spaltungsversuche eine bescheidene, doch im Gegensatz zum übrigen Staatsgebiet hervorragende Einigkeit der Ärzte besteht.

Dazu, glaube ich, hat sowohl die Kammer wie das Provinzärzteyndikat, das es nur mehr in Südtirol gibt, entscheidend beigetragen und somit schließt dieses Rundschreiben wieder mit einem Appell zu engster Zusammenarbeit und Einigkeit.

Mit kollegialen Grüßen

DER PRÄSIDENT

Dr. Leo Schuster

EIN FREUND SCHREIBT AUS DER KARIK

Antillen, November '82

Wertes Dr. Schuster!

Herrliches Wetter, freundliche, schwarze Bedienung im Hotel und kolossalen Dank für Ihren großartigen Brief, den man mir hierher nachgeschickt hat.

Verzeihen Sie die Schrift und auch das Deutsch — aber Sie als Mann von Kultur werden darüber hinwegsehen können; wichtiger sei die Sache, die mich mit Ihnen verbindet.

Eins vorweg: Ich verüble es keinem Jungarzt, daß er eine Stelle sucht; aber, wie Sie richtig bemerken, beginnen die Schwierigkeiten dann, wenn er eine gefunden hat. Daß mein Sohn Medizin studiert, verschärft die Komplizität der Sachlage nicht, da er ohnehin meine Praxis übernehmen kann und auch die Dorfbevölkerung einverstanden ist, nicht zuletzt auf Fürbitte seines Kegelaereins. Ein bißchen Sorgen mache ich mir nur wegen der Protektionpunktezabl, aber darüber müssen wir uns noch einmal unterhalten.

Natürlich werden wir die Universitäten auf sechs Jahre schlie-

ßen lassen (mein Sohn studiert im jetzigen Ausland), das schafft ja auch neue Arbeitsplätze, z.B. bei der Polizei, und auch die Unzufriedenen und Schlechtverdienenden werden keine Akademiker mehr sein und wir werden ihnen das Maul trotzdem stopfen, daß sie es bis zum Ende dieses Jahrhunderts nicht mehr wagen werden aufzureißen.

Unsere älteren, ehrwürdigen Kollegen aber werden wir bei der Arbeit an eine Herzkreislaufmaschine anschließen — das erweckt bei den Patienten Mitleidsgefühle; dieselben werden ansichtsbaiber auf einem Bein nach Hause hüpfen und unser schwerversehrter Kollege kann sich dann ohnehin bei einer Frischzellenkur in Abano erholen.

Jawohl, das Reformsystem ist politisch gefärbt, ist es auch! Die DC hat wieder 'mal unter einer Decke gesteckt, sich infiziert, aber letztendlich muß sie ja doch wieder zu uns kommen.

Wertes Dr. Schuster, ich bin 74 und auch ein Raucherbein und will Sie nicht weiter belästigen, da wir uns eh prächtig verstehen.

Ich grüße Sie, erhalt und braun aus den Antillen,

Ihr Dr.

AN DER DOLOMITENFRONT

„Wir kommen gerade recht. Denn eben beginnt ein Schauspiel, das keines Künstlers Kunst spannender, leidenschaftlicher gestalten könnte. Jene, die daheim bleiben, mögen unentwegt den Krieg die Schmach des Jahrhunderts nennen — hab' ich's doch auch getan, solange ich im Hinterlande saß — jene, die dabei sind, werden aber vom Fieber des Erlebens gepackt, das wohl auch alle Jahrtausende hindurch noch jeden Kämpfer erfaßte und das vielleicht eine der Ursachen ist, aus denen trotz aller Creuel und Nöte doch immer wieder der Krieg erwächst.“ (Alice Schalek, 8.9.1915, „NEUF-FREIE PRESSE“)

Wir sind erholt aus den Ferien zurück und kommen gerade recht, den Problemen des Alltags zu lauschen. Dort ist Krieg. An vorderster Front schreibt der Präsident der Südtiroler Ärztekammer, vom Fieber des Erlebens gepackt.

„Die Batterie unter uns schießt. Der Leutnant hat entdeckt, daß die Italiener wieder einmal schielen; sie sichern sich jetzt vor uns, seitdem ihre Offensive gescheitert ist.“ (A. Schalek ebda.)

Der Dolomitenkrieg ist lange her, neue Schützengräben haben sich aufgetan: Der, der seine eigenen Felle davonschwimmen sieht, seinen Urlaub auf den Antillen, oder wo Ärzte sonst hinzufahren pflegen, gefährdet wähnt, stürzt sich auf stellensuchende Kollegen: Wieso Patienten abgeben und damit neue Arbeitsplätze schaffen? Lieber selbst ein Fell abziehen. Die Front der Pfänder, wo trotz aller Spaltungsversuche eine hervorragende Einheit der Ärzte besteht, sichern sich ihr Revier, kreuz und quer durch die Sprachgruppen, mit allen politischen Parteien, die sich bereit erklärt haben mitzuverdienen. Arbeitsuchende Kollegen werden zwar in nächster Zukunft eine selbstverständliche Erscheinung sein, sie dürfen sich aber nicht vorteilhaft um kranke Bürger bemühen, weil zu viele Stammrolenärzte wieder aus den Ferien zurück sind. Mit kaum zu überbietendem Zynismus wird der Gesellschaft vor Augen geführt, daß schlechtverdienende, unzufriedene Akademiker ein Risikofaktor seien. Sie könnten sich ja — im schlimmsten Falle — wehren, wohl wissend: „Wer den Staat angreift, begeht Selbstmord!“. Georg Leber, ex-Verteidigungsminister der BRD.

Deswegen sollten — vorbeugend — die Universitäten für 5 bis 6 Jahre geschlossen werden. DENN: Gutverdienende, zufriedene Akademiker sollen in der Ärztekammer keine Seitenhitte werden; junge Kniebe müssen da schon anstehen.

Maier Wolf

Der Beitrag "Nordirland — ein Minderheitsproblem" von Barry McLoughlin, einem irischen Historiker, sollte den Beginn einer Serie von Artikeln über europäische Minderheiten darstellen.

NORDIRLAND

Selbst politisch engagierte Menschen hierzulande finden es schwer, den seit 1968 andauernden Konflikt in Nordirland in irgendein politisches Schema einzuordnen, auch wenn sie die vereinfachte Auslegung — Krieg zwischen Katholiken und Protestanten — mit Recht ablehnen. Im Grunde genommen sind die Kämpfe in Nordirland zwischen den verschiedenen IRA-Flügeln und den britischen Streitkräften einerseits und den rechtsgerichteten "loyalistischen" Paramilitärs (UDA, UVF usw.) andererseits, Folgen des britischen Spätkolonialismus, wobei die Stellung Nordirlands mit seinen Militärbasen und Luftstützpunkten eine wichtige Rolle in der nördlichen Strategie des NATO-Stabes spielt.

Obwohl die erste Invasion Irlands durch walesische Normannen im Jahre 1169 erfolgt war, ist der englische Einflußbereich im Spätmittelalter auf Dublin und andere Städte abgeschrumpft gewesen, da die normannischen Feudalherren inzwischen "hibernisiert" wurden und Teil der gälisch-aristokratischen Gesellschaftsordnung geworden war. Erst während der Herrschaft Elisabeth I in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts begannen eine systematische Besiedlung irischen Bodens durch englische bzw. schottische Söldner und Kaufleute und die Vertreibung der gälischsprechenden und katholischen Iren in die Wälder und Berge. Von diesem Zeitpunkt an waren die Religions- und Nationalitätenfragen kaum zu trennen: die neuen Herrscher, vor allem die Ulster, waren nicht nur ausländischen Ursprungs, sondern gehörten auch einem anderen Religionsbekenntnis an und die Ideologie der Herrscher wurde zur beherrschenden Ideologie — Protestantismus, Individualismus, Unternehmertum und vorbehaltlose Bekenntung zum britischen Expansionismus. Von 1600 bis etwa 1830 waren alle Iren Bürger zweiter Klasse — die Ausübung der katholischen Religion war schwer strafbar, kein Katholik durfte eine Hochschule besuchen, ihm waren auch sämtliche Staatsposten verwehrt, der Großteil der Anbaufläche blieb in den Händen der britischen Siedler usw. Immer wieder flackerten Rebellionen auf, die, wie der unter dem Einfluß der französischen Revolution im Jahre 1798 ausgebrochene Aufstand, mit äußerster Härte niedergeschlagen wurden. Die Versuche irischer Nationalisten, die Unabhängigkeit ihres Landes von England zu erringen, verliefen ab 1800 auf zwei Gleisen: auf parlamentarischer Ebene in Westminster und in geheimen, bewaffneten Organisationen, besonders auf dem Land, wo sich eine Pächtergewerkschaft der Macht der Großgrundbesitzer entgegensetzte.

Wegen der Bejahung des britischen Kriegskurses durch irische Abgeordnete in Westminster nach August 1914 und der Verschiebung des "Home Rule" (beschränkte Unabhängigkeit) Gesetzes für die Dauer des Krieges begannen die irische Arbeiterwehr (Irish Citizen Army) und die republikanische "Irish Volunteers" sich auf eine Rebellion vorzubereiten, die zu Ostern 1916 ausbrach. Obwohl dieser Aufstand eine Niederlage für die Rebellen war, entwickelte sich rasch die Tätigkeit der IRA, die einen Guerillakrieg gegen die Britische Armee und irische Hilfspolizei führte. Ende 1921 wurde ein Abkommen in London unterzeichnet, wonach zwei Staaten auf irischem Boden entstanden: im Süden der Irische Freistaat und "Northern Ireland" nördlich der Grenze, die angeblich vorübergehend so gesetzt wurde. Tatsache war, daß diese Grenze den Machtbereich der nordirischen Loyalisten markierte und sie blieb, trotz Versprechungen ungeändert, da die britische Regierung kein Interesse daran hatte, die Macht der nordirischen Loyalisten, d.h. Protestanten, in irgendeiner Weise zu gefährden. Da

ein Minderheitenproblem ?

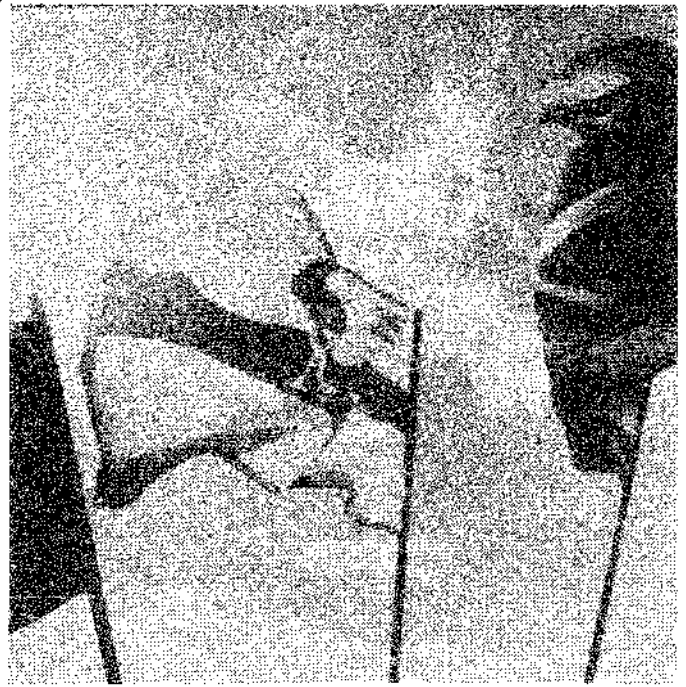
die Nachkommen der britischen Siedler etwa 60% der nordirischen Bevölkerung bildeten, war auch mit einem Regierungswechsel im nordirischen Parlament Stormont bei Belfast kaum zu rechnen. Von 1921 bis Ende der 60er Jahre war eine einzige Partei an der Macht: in Stormont — The Unionist Party, eine Zusammenrottung von Großgrundbesitzern, Whiskeyfabrikanten, Schiffwerftbesitzern, der protestantischen Bauernschaft und protestantischen Facharbeitern, die alle gleichzeitig Mitglieder des 1796 gegründeten "Orange Order," waren, einer geheimen Organisation, die sich als "Hüter des protestantischen und britischen Erbes" sah und die die Diskriminierung gegen die republikanisch gesinnten nordirischen Katholiken organisierte. Die Benachteiligung eines Drittels der nordirischen Bevölkerung nahm viele Formen an: bei der Vergabe von Staatsposten und Wohnungen, in der Überwachung der katholischen Minderheit durch die überwiegend aus loyalistischem Lager stammende "Royal Irish Constabulary" und ihre berüchtigte Hilfstruppe, die "B-Specials" und schließlich durch die Notstandsgesetze, die ab 1933 fortwährend in Kraft blieben.

Die "Northern Irish Civil Rights Movement" wurde Mitte der 60er Jahre ins Leben gerufen, um demokratische Veränderungen in Nordirland durchzusetzen. Eine Zeitlang schien es so, als ob die verfeindeten Bevölkerungsgruppen, zumindest Teile von ihnen, hier eine neue politische Heimat finden könnten. Es wurde aber bald klar, daß die reaktionäre Natur des nordirischen Staatgebildes eine solche Reformbewegung nicht zulassen würde: die unbewaffneten Bürgerrechtler wurden auf offener Straße von den Anhängern des Faschistenführers Pastor Paisley attackiert und die Polizei nahm eindeutig Stellung für die Angreifer. Nach den Pogromen in Belfast und Derry im Sommer 1969, wobei tausende katholische Familien vor randalierenden Paisley-Anhängern und Polizisten fliehen mußten, wurde die bis dahin nach links tendierende IRA wieder militärisch aktiv. Der marxistische Flügel der IRA handelte 1972 einen Waffenstillstand aus und ist heute als die "Workers Party" in beiden Teilen der Insel eine kommende politische Macht, während die "Provisionals", der rechte, rein militärische Flügel den bewaffneten Kampf mit den uns schon lange bekannten Mitteln fortsetzte: Sprengstoffattentate, Erschießungen von Gefängniswärtern, britischen Soldaten, loyalistischen Politikern, Richtern und Paramilitärs usw. Ereignisse, wie etwa die Verhängung der Internierung im Sommer 1971, das von britischen Fallschirmjägern begangene Blutbad an Demonstranten in Derry im Jänner 1972, der Zusammenbruch der ersten Koalitionsregierung in Nordirland im Frühjahr 1974 und die Hungerstreiks vorigen Jahres haben eine noch tiefere Kluft zwischen beiden Bevölkerungsgruppen in Nordirland mit sich gebracht.

Auch wenn das Interesse an einem vereinigten Irland im Süden der Insel merklich abgenommen haben mag — hinsichtlich der trostlosen wirtschaftlichen Lage dort — 18% Arbeitslosigkeit, etwa 18% Inflation — hat die "Provisional" IRA in Nordirland mehr Anhänger denn je: der rücksichtslose politische und wirtschaftliche Kurs der Thatcher-Regierung, der faktisch die altingesessenen Industrien in Nordirland-Textilien, Schiffbau, Metallherzeugnisse — vor die Hunde gehen läßt und der zu einer Arbeitslosenziffer von über 23% geführt hat, hat die katholische Minderheit noch mehr verbittert, insbesondere nachdem die "Iron Lady" weder in der Falklands- noch in der Hunger-

streikfrage zu einem Kompromiß bereit war. Es gibt immerhin Ansätze für Hoffnung; jetzt trifft die Krise auch die protestantischen Facharbeiter und die Gewerkschaften in Nordirland legen eine kämpferischere, politische Tonart an den Tag, während die Friedensbewegung in beiden Teilen der Insel einen sprunghaften Mitgliederzuwachs zu verzeichnen hat. Da die Republik in Irland seit den 30er Jahren außenpolitisch neutral – im militärischen Sinne – und seit 1973 EWG-Mitglied ist, versuchen die NATO-Staaten, vor allem der deutsche Außenminister Genscher, Irland in ein EWG-Militärbündnis und eventuell in die NATO einzubeziehen. Solche Bestrebungen können nur vereitelt werden, wenn die irische Friedensbewegung im gesamtirischen Sinne agitiert und dadurch wird zweifelsohne eine neue irische Identität in beiden Teilen der Insel erweckt.

BARRY MC LOUGHLIN



EIN NEUERLICHES BEISPIEL FAHRLÄSSIGER GESCHICHTSSCHREIBUNG:

oder: Einige Gedanken zu "Per una Storia del Tirolo contemporaneo, Bd. I: Minoranze e istituzioni nell'Impero Austroungarico", ETS Pisa 1982.

Vor ungefähr zwei Jahren sah man sich gezwungen, in Form einer Rezension gegen ein Geschichtswerk aufzutreten (Skolast Juli 1981 - 26. Jgg., Nr. 2). Aus durchaus ähnlichen Motiven ist auch dieser Beitrag entstanden. Gegenstand dieser Besprechung ist obgenanntes Buch. Dieses umfasst sieben Aufsätze zur Tiroler Geschichte von mehreren Autoren: Ivano Berti und Antonio Trentin (Le tracce dei senzastoria); Günther Pallaver (Minoranze e nazionalità nelle costituzioni imperiali); Guido De Nobile (la "monarchia amministrativa"); Milena Cossetto (Il Kulturkampf - La caduta del "Mitmensch" - Heimat culturale e nazionalità - La frantumazione di Kakania). Das Werk ist in der Reihe "SATO DI DIRITTO E STATO SOCIALE: dall'Unità alla Costituzione repubblicana" erschienen, koordiniert von Professor Domenico Corradini in Pisa und finanziert vom "CONSIGLIO NAZIONALE DI RICERCA (CNR). Sowa bürgt eigentlich für Qualität . . . aber schön der Reihe nach!

Wichtigstes Anliegen bei dieser Besprechung soll die Systematik sein; so wird das Büchlein wenigstens einmal mit diesem Begriff in Verbindung gebracht. Ja, ja, es ist wirklich erstaunlich, und man wäre fast versucht zu sagen, schier unglaublich, wieviel an Druckfehlern, sachlichen Irrtümern und inhaltlichen Ungereimtheiten in einem "Werk" von 67 Seiten aneinander gereiht werden können.

I. Druckfehler

Es mag ja noch angehen, dass ein italienisches Lektorat tatsächlich Probleme hat mit deutschen Zitaten und bibliographischen Hinweisen, aber es hat doch alles seine Grenzen: Geismair statt Gaismair (Seite 7); Andachtsverordnungen statt Andachtsverordnungen (8); Istitut statt Institut (22); Deutsche Bunde statt Deutscher Bund (27); Bruders der Gerechten statt Bundes der Gerechten (61); Winc statt Wwe = Witwe (50); Bai-träge statt Beiträge (50); Foebel statt Froebel (54); i Landtagen statt i Landtage (65) und, und, und . . . Es liessen sich noch einige weitere Beispiele anführen, doch wollen wir uns auf die herausstechendsten beschränken; ein einziger Hinweis

noch: Bei der Zitierung des Buches von Josef Macek über Michael Gaismair stolperte der Setzer über nicht weniger als fünf Druckfehler - sage und schreibe fünf Fehler bei einem einzigen Buchtitel. Nur mehr ulkig wirkt hingegen der Ausdruck "gli ultramondani" (16) anstatt "ultramontani"; vieles kann man den Konservativen vorhalten, nur der Vorwurf der allzugrossen Mondanität trifft sie wirklich zu Unrecht.

II. Sachliche Irrtümer

Michael Geismair war kein "seguace di Müntzer", ebenso spielten "emissari di Müntzer" in Tirol nie eine Rolle, immer vorausgesetzt, dass solche sich jemals in Tirol befanden. Mag dies auch Friedrich Engels geschrieben haben, so ist es trotzdem überholt (7).

Das österreichische Herrscherhaus war nicht eine "Casa Reale", sondern "imperiale" (15); der Reichstag von Kremsier wurde am 4.3.1849 und nicht 1848 aufgelöst (19). ". . . le sconfitte dell'Austria a Nord e Sud . . ." im Jahre 1866 haben sich zwar im Norden ereignet (Königsgrätz), während hingegen im Süden die Siege von Custoza und Lissa errungen wurden (27).

Der Wahlzensus des Jahres 1873 betrug niemals zehn Kronen. Diese Währung wurde in Österreich erst 1892 eingeführt; vorher war es der Gulden (37). Der Vormärz gab dem Absolutismus keineswegs den Gnadestoss; das Gegenteil traf ein, wenn wir die Entwicklung der 30er Jahre des letzten Jahrhunderts betrachten (41).

Wie kann man denn behaupten, der Kulturkampf gegen die liberale Schulgesetzgebung, gegen die Tolerierung von Protestanten usw. hätte die Allianz zwischen den beiden grossen Parteien, den Christlichsozialen und den Konservativen, gefördert (48)? Dabei wurde der Kampf zwischen den jungen Christlichsozialen und den alteingesessenen Konservativen derart erbittert geführt, dass Fürstbischof Aichner von Brixen aus Verbitterung über die Zerstrittenheit des Klerus sogar sein Amt zur Verfügung stellte. Erst 1918, nach Kriegsende und nachdem die Konservativen fast bis zur Bedeutungslosigkeit herab-

gesunken waren, vereinigten sich die beiden Parteien in der Tiroler Volkspartei (TVP).

Die Landesverordnung Michael Gaismairs kann man nicht so darstellen, als wäre sie in bestimmten Punkten damals bereits verwirklicht worden: "I conventi e le case dei cavalieri dell'Ordine Teutonico furono (?) trasformati in ospedali per poveri e ammalati e affidati ai tribunali dei popoli" (51). Woher diese Volksgeschichtshöfe auf einmal hereinschneien, das würde gewiss auch Gaismair wundern.

Karel Havlicek (1821 - 1856) als "confinato politico della rivolta ungherese" zu bezeichnen, ist schon eine Zumutung (62)! Diesen populärsten Tschechen des 19. Jahrhunderts, Begründer der tschechischen Publizistik - 1851 - 1855 in Brixen konfiniert - mit der "rivolta ungherese" in einen Topf zu werfen, geht wirklich nicht. Havlicek setzte sich für die Emanzipation der Slawen ein; die Ungarn aber waren trotz Kampf um ihre eigene Freiheit eben auch Unterdrücker von slavischen Völkern.

III. Inhaltliche Ungereimtheiten

Dieser Aspekt ist natürlich am schwierigsten abzuhandeln, sei es, weil manche Darlegungen eben Ansichtssache sind, sei es, weil manche Thesen vom Verfasser vielleicht anders gemeint waren, als sie jetzt klingen. Grundsätzlich lässt sich aber auch sagen, dass manche Beiträge überreilte Schlussfolgerungen in sich tragen, bisweilen sogar ziemlich fragmentarisch wirken. Dies lässt wohl zusätzlich noch auf Kürzungen schliessen. Doch soll es auch hier unser Anliegen sein, Sonderbares, Ungereimtes und Falsches ans Licht zu bringen.

Manche Passagen wirken dabei schlicht und einfach konfus: In einem Satz ist von der Kirche die Rede (etwas über "ratione materiae" und "ratione personae", ohne jede nähere Erläuterung), gleich darauf, ohne Absatz oder andere Kenntlichmachung, ist von den Zünften die Rede, und dann noch von den Bruderschaften (11).

Ähnliches, nämlich eher unklare Gedanken, wurde zum Problem Tirol und seinem Dialekt dargelegt. Bereits in der Einleitung und dann im Kapitel "Le tracce del senzastoria" wird das Überleben des Dialekts als Surrogat für eine Art Nationalsprache, als etwas besonders Tirolspezifisches dargestellt. So eine Auffassung ist wohl nur aus der totalen Hilflosigkeit der Italiener gegenüber dem "Phänomen Südtiroler Dialekt" zu verstehen, hat also rein psychologische Gründe. Ein klein wenig mag auch noch die Auffassung mitschwingen, dass der Dialekt eben doch nur ein sprachliches Relikt sei. . .

Es wurde sehr oberflächlich gearbeitet, und manchem Beitrag kennt man es an, dass sein Verfasser sich zwar einiges angelesen hat, es aber nicht vermochte, dies geistig zu verarbeiten. Manches, was da steht, ist einfach falsch; z.B. die Behauptung bezüglich der Zeit zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert ". . . in Austria, nelle regioni alpine, la chiesa e le province, si mantengono in continua opposizione contro governo e nobiltà" . . ." (7). Das muss sich einer einmal vorstellen: Die katholische Kirche in Österreich befindet sich ausgerechnet zu dieser Zeit in Opposition zu Adel und Herrscherhaus, den beiden tragenden Säulen der Gegenreformation!?

Kaiser Franz Josef wird als Opfer des Militärs und reaktionärer Beamter dargestellt (41). Dies ist nur ein unkritisches Aufwärmen der alten Legende vom guten, armen Kaiser, der sich in den Händen böser Ratgeber befindet. Ebenso kann man den Kulturkampf schwerlich als verdeckten Tiroler Nationalitätenkampf gegen Wien bezeichnen (48). Der Trentiner Irredentismus hatte zum Beispiel ganz andere Ursachen, auch wenn er, ebenso wie die Tiroler Konservativen, gegen die zentralistischen Bestrebungen der liberalen Regierungen ankämpfte.

Die Behauptung, ein Konflikt Staat - Kirche in Tirol hätte seine Spuren in den Volksüberlieferungen vom Bauernkrieg, von den Hexenprozessen und verschiedenen Prozessen gegen Tiere - gegen Mäuse und Heuschrecken, die im 16. Jahrhundert im Vintschgau stattgefunden haben - hinterlassen, entbehrt jeder Grundlage (50 f.). Denn erstens, wann gab es schon je in Tirol einen Kampf zwischen Staat und Kirche; zweitens, wer kann

behaupten, dass die Bauernkriege dem Volke des 19. Jahrhunderts noch in Erinnerung waren; und drittens wurde diese Behauptung vom Konflikt Staat - Kirche einfach als Vorwand hergenommen, um einige amüsante Geschichtchen und Anekdoten über Hexen- und Tierprozesse zum Besten geben zu können. Wenn man schon nicht mehr als 67 Seiten zur Verfügung hat, gäbe es fürwahr wichtigere Dinge, die in so ein Büchlein hineingehörten!

Ist das etwa unsere Geschichte? Wer sind denn wir Südtiroler? Ein raues Volk mit sonderbaren Sitten und Gebräuchen, in einem Alpenreservat lebend, das man als 'aufgeklärter Wissenschaftler' besuchen und erforschen kann? Was soll der italienische Leser von einem solchen 'pianeta sconosciuto' halten? Wie soll er jemals Zugang zu unseren Problemen und unserer Geschichte finden?

Besonders die drei letzten Kapitel verschleiern in diesem Zusammenhang mehr, als sie aufklären. Das beginnt schon bei der Titeln. Was kann sich ein normaler Sterblicher z.B. unter "La caduta del 'Mittensch' vorstellen? Dann geht's weiter mit einem bunten Cocktail, der sich zusammensetzt aus Kulturkampf, Schulfrage, etwas sozialer Frage und Arbeiterbewegung. Dies alles wird hübsch durcheinandergemischt, möglichst ohne Übergänge, mit einem atemberaubenden Ritt durch die Jahrhunderte und in keinem Zusammenhang mit dem Titel stehend.

Schluss:

Natürlich gibt es vereinzelte Passagen, die sehr gut und informativ sind. Der Beitrag von Güntner Pajlavter (Minoranza e nazionalita' nelle costituzioni imperiali, S. 11 - 40) ist nicht nur der längste, sondern auch der systematischste und informativste, wenn auch nicht der am leichtesten lesbare. Bei De Nicolo' (La monarchia 'amministrativa', S. 41 - 46) sind gute Ansätze vorhanden, besonders dort, wo er den Übergang vom absolutistischen zum liberalen Staat darstellt; jedoch wiederholt er bisweilen bereits von Pajlavter gesagtes oder übernimmt unkritisch Gedanken und Positionen konservativer Autoren, die nicht immer ganz objektiv sind. Auch Milena Cossetto berichtet in der zweiten Hälfte des Kapitels "La caduta del 'Mittensch'" (S. 49 - 57) vorzüglich und mit viel Sachkenntnis über das Schulwesen in Tirol von der Gegenreformation bis zum Vormärz. Auf Seite 48 findet sich zudem: von ihr ein fundierter Hinweis auf das ausgeklügelte Verfassungssystem Österreich - Ungarns nach dem Ausgleich. Aber warum wird das alles mit einer Fussnote liquidiert?

Dieses Büchlein wendet sich an die Südtiroler italienischer Muttersprache, also an Leute, bei denen gewisse Vorkenntnisse fehlen, die einfach nicht unsere Voraussetzungen haben können. Es wäre eine einmalige Gelegenheit gewesen, hier zahlreiche Informationen und neue Kenntnisse auch ihnen nahe zu bringen. Nachdem Gatterers "Kampf gegen Rom" immer noch nicht übersetzt ist, woher sollen sie ihr Wissen nehmen? Mit welchem Recht kann man sich deutschseits über ihre "Ignoranz" beklagen? Denn einfach den Mythos Kakaniers und der 'Civiltà Mitteleuropea' aufwärmen und durch mehrere Kapitel durchziehen, wie es hier der Fall ist, damit ist ihnen nicht gedient. Das schadet mehr als es nützt!

Am Ende einer solchen Besprechung mag sich Einer die Frage stellen, ob nicht vielleicht zuviel Aufhebens um solch ein kleines Büchlein gemacht wird? Nein, kann die Antwort nur lauten! Denn gerade die Geschichte Südtirols - so oft malträtiert und verfälscht - darf von Leuten, die sich doch als fortschrittlich verstehen, nicht so oberflächlich heruntergeschludert werden. Solche Produkte werden nicht besser, wenn man ihnen das Etikett 'fortschrittlich' aufklebt. Unsere Seite verfügt über keinerlei Machtmittel (öffentliche Meinung, Presse, Finanzen usw.), wir können nur durch Argumente und Sachkenntnis überzeugen!

ANTON MARNO*

* Pseudonym; Name der Redaktion bekannt;

Sprache in Südtirol

Im März 1980 fand in der Cusanus-Akademie in Brixen eine Tagung zum Thema: "Zur Situation des Deutschen in Südtirol" statt.

Die dort gehaltenen Referate sind nun als Einzelband der Innsbrucker Beiträge zur Kulturwissenschaft erschienen, so daß die Ergebnisse dieser sehr interessanten Tagung nun auch einem breiteren Publikum zugänglich sind.

Sowohl die Tagung als auch die Edition sind Ergebnis einer fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen Südtiroler Kulturinstitut, Referat S der Tiroler Landesregierung und der Universität Innsbruck. Aus den Referaten wird die Dreiteilung in der Konzeption der Tagung ersichtlich:

1. Sprachformen und -varianten und Sprachkontakt;
2. Beschreibung von sprachlichen Situationen, die der unseren in etwa vergleichbar sind (Belgien, Schweiz);
3. Beschreibung der sprachlichen Situation in Südtirol.

Schon auf den ersten Blick kann man feststellen, daß die Autorenliste eine gute Mischung zwischen ausländischen Wissenschaftlern und einheimischen Forschern darstellt. So wurde von vornherein vermieden, daß Hiesige aus provinzieller Sicht alte Thesen wiederkaufen, oder daß von weit her geholte Wissenschaftler, die unsere Probleme nicht kennen, über aller Köpfe hinwegreden - oder -schreiben (wie wir es bei Fortbildungsveranstaltungen schon manchmal erlebt haben).

Nun zu den drei Abschnitten. Da in Südtirol noch oft eine rein normative Sprachauffassung vorherrscht, dürfte der knappe aber fundierte Beitrag von Prof. I. Reiffenstein (Salzburg) vielen doch eine Anregung sein, Sprache auch einmal anders zu sehen. Auch der Blick über die Grenze, mit Prof. P.H. Nelde (Brüssel), der die Lage der deutschen Minderheit in Belgien aufzeigt, kann uns helfen, Gesetzmäßigkeiten zu erkennen, die unsere eigene gesellschaftliche und sprachliche Situation bestimmen. Im dritten Teil schließlich werden, vor allem in den Beiträgen von Prof. Moser (Innsbruck), dem wissenschaftlichen Leiter der Tagung und Herausgeber des Bandes, sowie von Ass. O. Pützer (Innsbruck) Ansätze zu einer organischen Untersuchung der gesprochenen Sprache in Südtirol sichtbar, die, wenn sie weiter verfolgt werden, wesentliche Faktoren, die Sprachveränderung und Sprachwahl bestimmen, offenlegen werden. Gewonnen hat der Band auch durch die Hereinnahme zweier Beiträge, die unabhängig von der genannten Tagung entstanden sind, nämlich einer soziopsychologischen Untersuchung zur Einschätzung des Dialektes von A. Saxaiber-Trotter (Eppan) und einer knappen Zusammenfassung der Er-

gebnisse ihrer Innsbrucker Dissertation über die deutsch-italienischen Interferenzen in der deutschen Südtiroler Presse von K. Pernstich (Kaltner). Erwägenswert sind auch einige Vorschläge zur Bewältigung von Konflikten in gemischt-sprachigen Gebieten von K. Egger (Brixen). Für mich ist sehr positiv, daß hier auch die "anderen" zu Wort kommen: R. Gruberts Beitrag skizziert kurz die Situation des italienischsprachigen Bewohners der Provinz Bozen, und H. Runggaldier (Innsbruck) beschreibt die Probleme, mit denen eine kleine, kaum geschützte Minderheit wie die Ladiner zu kämpfen hat.

Hier sind nur einige Referate herausgegriffen worden. Mögen auch nicht alle Beiträge auf fundierten Untersuchungen beruhen, so darf man doch feststellen, daß hier Dinge gesagt werden, die so in der sprachpolitischen Diskussion in Südtirols Öffentlichkeit noch nicht gesagt worden sind. Daß man hier endlich über die Geißelung einzelner Normenverstöße im Südtiroler Sprachgebrauch und deren vordergründige Scheinerklärung aus ethnopolitischen Ursachen hinauskommt und zu den wirklichen Ursachen für Veränderung im Sprachverhalten verstößt. Viele pseudolinguistische Thesen, die bei uns seit Jahren unter Volk gebracht werden, würden hier vom Tisch gefegt, wenn... ja, wenn die Verantwortlichen für eine wissenschaftliche Argumentation überhaupt ansprechbar wären. Dazu noch sind die Beiträge in einer einfachen und für alle verständlichen Sprache verfaßt, die den Leser nicht mit einem übertriebenen Fachjargon strapaziert.

Wer in Südtirol über seine Sprache Bescheid wissen will, wer sie gar in der Schule unterrichten will oder für sie Presseskampagnen veranstalten will, der sollte diese Beiträge aufmerksam lesen.

Franz Lanthaler

MOSEK, HANS und O. PÜTZER (Hg.): ZUR SITUATION DES DEUTSCHEN IN SÜDTIROL.

Sprachwissenschaftliche Beiträge zu den Fragen von Sprachnorm und Sprachkontakt (=Innsbrucker Beiträge zur Kulturwissenschaft, Germanistische Reihe Bd. 13)

230 S., Ladenpreis öS. 180

Musik in Südtirol

Aruna ist mittlerweile in der Tiroler Kulturszene ein Begriff geworden. Die Südtiroler Kulturzeitschrift, die seit 1976 erscheint, befaßt sich mit all jenen Themen, die den südtiroler Kulturinteressierten verwehrt worden sind. Die letzterschienene Nummer mit dem Titel "Musik in Südtirol" ist das Ergebnis einer fast dreijährigen Arbeit. Der Verfasser und Koordinator Roland Kristanell sammelte alle das Thema Musikgeschichte betreffenden Publikationen und ihm gelang es durch mühevollen Kleinarbeit, eine wesentliche Lücke in der südtiroler "Kulturbibliothek" auszufüllen. Es wurde dabei kein Thema übersehen oder nur unvollständig behandelt. Da findet man Artikel über Geigen- und Orgelbau, über zeitgenössische Musik, Jazz und Hausmusik. Zu rezensieren sind in erster Linie jene Beiträge, die sich mit Themen auseinandersetzen, die für den sogenannten Musikläien ein ausgesprochenes Neuland sind. Mit der Kunst des Geigenbaus befaßt sich Eduard Kugler ausführlich. Kugler selbst ist Geigenbauer und schildert die Schwierigkeiten seines Kunsthandwerks.

Über den Verfall der südtiroler Volksmusik schreibt Wolfgang Mayr einen äußerst interessanten Bericht. Mayr zählt das Volksinstrumentarium auf, das vom Dudelsack bis zur Okarina reicht. Er erzählt von den Balladen, den Liebes- und Schwankliedern, die einst von den Tirolern gesungen wurden. Dem Leser wird deutlich, welches Unheil die sogenannte billige Kommerz-Folklore im alpenländischen Raum angerichtet hat. Weiters unterstreicht Mayr, wie wichtig es sei, eine möglichst klare Trennung zwischen Volksmusik und volkstümlicher Musik zu ziehen.

Der Direktor des Bozner Konservatoriums Hubert Stuppner, zugleich Initiator des alljährlich in Bozen stattfindenden Festivals zeitgenössischer Musik, schreibt in der Aruna von den Schwierigkeiten der "Neuen Musik", an die Ohren des durchschnittlichen "Musikkonsumenten" zu dringen.

Der Bericht über Jazz ist genauso kurz, wie die südtiroler Jazzszene karg ist. Roland Kristanell hebt darin nur einen Virtuosen hervor, den Meraner Jazzpianisten Franco D'Andrea. Er schreibt zwar, daß Franco D'Andrea ein internationales Niveau erreicht hat, erwähnt aber nicht, daß D'Andrea als langjähriger Leader der Gruppe "Perigeo" ein wesentlicher Wegbereiter des Jazzrock in Europa ist.

Kristanell erinnert sich, daß vor etwa 20 Jahren die Wiener Gruppe mit Fatty George und Oscar Klein in Meran gastierte und für Aufsehen sorgte, weiß jedoch nicht, daß Oscar Klein in Südtirol geboren und als Kleinkind nach Wien abgewandert wurde, und somit als der

eigentlich "berühmteste Südtiroler Jazzmusiker" zu bezeichnen wäre.

Berufs-, Hotelfach- und Oberschüler zwischen 14 und 20 Jahren wurden über ihre bevorzugte Musikrichtung befragt; das Stichwort Privatsender ist notgedrungen gefallen.

Aus der statistischen Umfrage des Herausgebers geht hervor, daß 73% der Befragten die "Freien Sender Südtirols" vorziehen, wobei der "Sender Bozen" sich mit 2,3% Zuhörern einer wahrhaft kümmerlichen Beliebtheit erfreut.

"Die Maske auf dem Titelbild führt uns in das Reich des Dämonischen, in die Unterwelt, in der besonders Jugendliche ihre Nachtstunden verbringen", so Hans Wielander im Arunda-Vorwort. "Im höllischen Lärm, bei Blitz und Donner, bedient von schwarzen Dienern und geführt von schwarzen Meistern. Hierher flüchtet man sich, findet Vergessen, Vereinigung mit der ganzen Menschheit und Erlösung. Die Nachtseite gehört zur Musik, wie die Nacht zum Tag."

Ein schönes Buch, gesamt gesehen.

Prädikat: Lesenswert!

Hartwig Mumelter

"Musik in Südtirol" / Hrg. Roland Kristanell / Arunda - Schlanders

EIN VERGESSENES KAPITEL SÜDTIROLER GESCHICHTE

Ende Jänner hat die Ortsgruppe Innsbruck in Zusammenarbeit mit der Gaimair-Gesellschaft, Leopold Steurer und Georg Engl zu einem Diskussionsabend nach Innsbruck eingeladen.

Georg Engl berichtete kurz über das Projekt "Sturzflüge", über Zielsetzung, Erwartungen und Schwierigkeiten. Dann sprach Leopold Steurer über das Thema seines Beiheftes zur letzten Nummer der "Sturzflüge":

"Die Umsiedlung und Vernichtung der Südtiroler Geisteskranken im Rahmen des nationalsozialistischen Euthanasieprogrammes."

Im Rahmen dieses Euthanasieprogrammes wurden von 1939 bis 1941 auch ca. 350 Südtiroler Geisteskranken aus den Pflegeanstalten Pergine und Hail in Tötungsanstalten bei Linz oder nach Deutschland überführt und dort umgebracht. Steurer geht in seiner Broschüre zuerst allgemein auf die Euthanasieaktion im Dritten Reich ein und beschreibt dann die Deportierung der Südtiroler Geisteskranken in die Vernichtungslager.

Zuerst kamen die Insassen der Heilanstalt Pergine an die Reihe, die im Zuge der generellen Umsiedlung der Südtiroler, bereits im Mai 1940 ins Deutsche Reich gebracht wurden; die deutsche Volkszugehörigkeit wurde einfach aus dem Namen und dem Geburtsort des Betroffenen abgeleitet, -- die Umsiedlung erfolgte also praktisch "automatisch".

Die Deportierung wurde von einer kleinen Gruppe von Ärzten in die Wege geleitet und vorangetrieben, ohne daß in der Öffentlichkeit großes Aufsehen erregt wurde. Nach einiger Zeit stellte man den jeweiligen Verwandten einfach einen Brief zu, in dem mitgeteilt wurde, daß der betreffende Patient leider an "Angina" oder "Blinddarm" verstorben sei. Daß das Euthanasieprogramm offiziell im Jahr 1941 eingestellt wurde, ist in erster Linie dem Einsatz der katholischen und evangelischen Kirche Deutschlands zu verdanken, die wie-

derholt sehr entschieden gegen die Tötung "minderwertigen Lebens" aufgetreten war.

Auf Südtiroler Seite ging von der offiziellen Kirche keine klare Stellungnahme zu diesem Problem aus, während die Seelsorgepriester und die katholische Presse (Dolomiten, Volksbote), keinen Zweifel an ihrer ablehnenden Haltung offen ließen.

Soweit in groben Zügen der Inhalt der Broschüre, die mit Briefen, Ausschnitten aus Interviews und Zeugnisaussagen und anderem Quellenmaterial angereichert und aufgelockert ist.

Erschreckend ist für uns heute nicht nur die Vernichtungsaktion als solche, sondern auch die Tatsache, daß Steurer nach über vierzig Jahren der erste ist, der dieses Thema aufgreift und behandelt.

Dies zeigt einmal mehr sehr deutlich, wie in Südtirol mit "Außensternern" verfahren wird; -- das Schicksal dieser 350 Geisteskranken ist kein Thema für die Südtiroler Geschichte, heute werden Drogenabhängige und Jugendliche, die sich nicht in die bestehende Ordnung integrieren wollen, ins kriminelle Abseits gedrängt, die Unterbringung der Geisteskranken in der italienischen Pflegeanstalt Pergine stellt noch heute kein Problem dar, obwohl man andererseits jedem das Sprechen in der Muttersprache geradezu aufdrängen will. Diese Intoleranz gegenüber allem, was nicht ins eigene Schema paßt, zeigt sich auch in der Tatsache, daß jene Historiker, die einen konfliktorientierten Zugang zur eigenen Geschichte suchen (Gatterer, Steurer...) ihre Bücher im Ausland veröffentlichen und in Südtirol kaum davon Notiz genommen wird.

In Innsbruck hat der volle Hörsaal davon überzeugt, daß viele Leute auch Interesse für dieses Kapitel unserer Geschichte aufbringen, obwohl es für die offizielle Geschichtsschreibung nicht existiert.

Die Broschüre von Leopold Steurer ist zum Preis von L. 3000 überall dort erhältlich, wo es die "Sturzflüge" gibt.

Gertraud Verdorfer
Ortsgruppe Innsbruck

ALCUNE RIFLESSIONI

SUGLI STUDENTI

SÜDTIROLESI

Carissime colleghe e colleghi,

che strana sensazione, piacevole dobbiamo aggiungere, potrei rivolgere a voi dalle pagine dello Skolast. Chi siamo? Dove studiamo? Quali difficoltà dobbiamo affrontare? Sono queste alcune domande sorte nelle varie Università austriache dopo l'approvazione della legge sull'equiparazione degli studenti sudtirolesi in alcuni ambiti amministrativi.

La legge (25.1.1979), come ben sapete, si basa nel suo paragrafo introduttivo su una definizione precisa del concetto di sudtirolese. Come tale ai sensi della legge, viene riconosciuto unicamente chi, abitante della provincia di Bolzano, si sia dichiarato all'ultimo censimento appartenente al gruppo linguistico tedesco o ladino. Chiunque abbia dichiarato la propria appartenenza al gruppo linguistico italiano e coloro che non hanno fatto la dichiarazione, cessano di essere sudtirolesi (almeno ufficialmente) e perdono ai tutti gli effetti le agevolazioni e i diritti finora usufruiti. A questo punto vale la pena ricordare

che la norma vigente fino al 1979, cioè un decreto ministeriale del 1972, rispecchiava una concezione meno settaria e più aperta riconoscendo come sudtirolesi tutti gli abitanti della provincia di Bolzano, rifacendosi ad un criterio territoriale e rinunciando così ad ogni precaria distinzione etnica e linguistica.

Ci siamo concessi ora due tipi di considerazioni, una riguardante il contenuto e l'entità di tali agevolazioni, e l'altra sul motivo, sullo scopo di questo nostro contributo.

Riassumendo brevemente il campo di attuazione della legge riguarda il pagamento delle tasse universitarie, il "numero chiuso" per molte facoltà, la possibilità di diventare collaboratore scientifico presso il proprio istituto o assistente universitario, la tessera per l'uso dei mezzi pubblici, il visto e permesso di soggiorno, ecc.

Il certificato di "identità etnica" viene tra l'altro, e questo sia

detto tra parentesi, richiesto anche dall'Istituto di cultura tedesca, per l'assegnazione delle varie forme di studio. Uguali prassi, ma in senso contrario, vige anche presso l'Istituto di cultura italiana. Ma qui chiudiamo la parentesi.

Che cosa vogliamo, ci si chiederà? Difendere dei privilegi, o la possibilità di studiare in Austria?

Niente tutto questo, ciò che oggi più ci appare primario ed essenziale, è la difesa di un principio, e la critica dell'idea che sta alla base della legge, cioè la definizione del concetto di sudtirolese, e con esso il diritto di appartenenza o meno ad una determinata comunità culturale, politica, umana. Definendo e limitando l'attributo sudtirolese in soli appartenenti dei gruppi linguistici tedesco e ladino si vogliono escludere almeno formalmente studenti di madrelingua italiana da un determinato processo di sviluppo (questo termine va inteso in senso culturale, psicologico e non economico) e si erano i presupposti per una ulteriore divisione.

Noi siamo contrari a tale definizione e limitazione, la sentiamo apposta e inibente i nostri bisogni ed aspettative. La nostra proposta è quella di un concetto di sudtirolese che sia sintetico rispetto alle varie differenze linguistiche. Tale definizione, e solo essa risponde in pieno alla nostra attuale situazione umana e personale. Se esiste una possibilità di identità culturale, allora essa può essere cercata unicamente muovendosi in questa direzione. Chiediamo spazio, possibilità di movimento, libertà di ricerca aldilà e al di sopra della lingua d'origine.

Non vogliamo approfondire ora ulteriormente questo discorso, che richiederà certamente un'analisi ed una discussione attenta e rigorosa, (ma essa sia rimandata ad un'altra sede e ad un momento più avanzato della nostra ricerca).

Dopo questa breve esposizione dei fatti riguardanti la legge, aggiungiamo che l'amministrazione austriaca con passo lento ma sicuro è passata ad applicare tale norma legislativa, e gli effetti si sono fatti presto sentire. Tutti gli studenti sudtirolesi iscritti al Politecnico di Vienna hanno ricevuto a casa una bella letterina con l'invito di presentare alla prossima iscrizione, cioè all'inizio del semestre estivo, assieme al libretto universitario la dichiarazione etnica.

Le altre università viennesi non si sono ancora mosse, ma ci sono da aspettarsi ben presto iniziative analoghe.

La presenza di studenti di lingua italiana a Vienna non è molto numerosa, ma in compenso valida e attiva. Questo anche in conseguenza della tradizione della Associazione degli studenti sudtirolesi (SH) viennesi, che vanta un passato, un presente molto dinamico e ricco di notevoli iniziative politiche e culturali. In questo contesto, abbiamo deciso di riunirci, di discutere e di organizzarci per dar vita ad un'iniziativa che sensibilizzi le autorità competenti, in questo caso le segreterie delle università, il Ministero della ricerca scientifica, ai nostri problemi e a quella che noi sentiamo come una discriminazione.

L'iniziativa è partita da Vienna ma riguarda tutta l'Austria e per questo è importante allacciare dei contatti con le altre università, specialmente Innsbruck, dove la presenza italiana è più numerosa.

A questo proposito sono importanti due cose: per primo, sapere quante sono le persone realmente toccate dall'applicazione della legge, e la loro disposizione geografica, cioè la sede di studio.

Oltre al numero sarebbe opportuno anche sapere altri dati tipo l'indirizzo di studio, il numero dei semestri, la scuola superiore frequentata, la città o il paese di origine, il grado di iscrizione, i contatti ecc., insomma cercare di dare un volto e dei connotati precisi ad una fisionomia rimasta finora anonima, passiva ed inespressa.

Cerchiamo degli argomenti per realizzare i nostri obiettivi e per questo è importante conoscerci bene e sapere "chi" e "come" siamo.

Come *secondo* passo ci proponiamo di raccogliere informazioni precise sul comportamento tenuto dalle varie università. Conosciamo la situazione di Vienna, ma non quella di Innsbruck, Salisburgo ecc.

Per realizzare questo scambio di informazioni bisogna formare ai più presto dei gruppi di studio e di lavoro nelle singole città universitarie, e prendere poi contatto con la sede locale dell'Associazione studentesca e con i suoi rappresentanti e quindi scrivervi o telefonarsi.

Questo appello è rivolto non solo ai diretti interessati in Austria, ma anche a tutti coloro che in provincia di Bolzano o nelle sedi universitarie italiane e altrove scorgono in questa situazione un nuovo motivo di interesse e di coinvolgimento.

Questo in sintesi era lo scopo del nostro articolo, da una parte cercare di esporre sia pure sommariamente la situazione e il malessere venuti a creare dopo l'approvazione e l'applicazione della legge e dall'altra utilizzare lo Skolast come veicolo di comunicazione e cercare di allargare l'iniziativa partita da Vienna.

È importante trovarsi, vedersi, conoscersi, scambiarsi le proprie esperienze ed opinioni. Solo così riusciremo ad elaborare una strategia d'intervento che offra una minima possibilità di successo. Ma comunque vadano a finire le cose, cioè indipendentemente dall'esito finale, riteniamo che il confrontarsi con questa problematica porti vantaggi per ciascuno di noi, e giustifichi in ultima analisi il coinvolgimento personale, la bile versata e i tanti rospi che sicuramente ci toccherà ingoiare.

Speriamo di avere molto presto vostre notizie, aggiungiamo l'indirizzo della nostra sede di Vienna ed il nostro, come possibilità di contatto personale. Saluti a tutti e ciao a rivederci.

Stefano Bernardi/Cristina e Giovanni Dissegna
Bernardi Stefano/Breitenfeldergasse 22/10 - 1080 Wien
(0222) 432605

ÜBERLEGUNGEN ZUR SH INNSBRUCK

Die Tatsache, daß zu einer Vollversammlung nur 40 Leute erschienen, ist für uns konkreter Anlaß, diesen Artikel zu schreiben.

Dies ist ein Versuch, die geringe aktive Beteiligung an der SH-Innsbruck aufgrund eigener Erfahrungen zu erklären. Unserer Meinung nach präsentiert sich die SH als eine ziemlich geschlossene Gruppe, wodurch "Neulingen" eine Integration erheblich erschwert wird. So war für uns ein Zugang zur SH nur über einen "eingesessenen SH-ler" möglich. Unser erster Besuch endete mit Unbehagen, da wir uns unbeachtet und nicht akzeptiert fühlten. So ist es sicher auch anderen ergangen, die sich kein zweites Mal auf die Bude wagten. Dafür spricht wohl auch die geringe Beteiligung an Vollversammlungen. Diese Barriere kann nur dadurch durchbrochen werden, wenn man neben dem politischen Aspekt auch den zwischenmenschlichen nicht außer acht läßt.

Durch diesen Artikel möchten wir bewirken, daß die Diskussion über SH-interne Argumente nicht im Sand verläuft, sondern daß sie fortgesetzt wird, um dieses Problem zu lösen.

Heidi, Georg, Carmen, Volkmar, Gabriel, Ulli, Kyra

Montag, 31.1.83 - 20.00 Uhr

VOLLVERSAMMLUNG D. SH-SHORTSGRUPPE INNSBRUCK

anwesend: ca. 40 Leute

ÖH INNSBRUCK :

NEWS . . .

Georg Mair

Die ÖH (Österreichische Hochschülerschaft) Innsbruck hat seit Anfang November 82 einen neuen Vorsitzenden, Winfried Ender (Jusstudent aus Vorarlberg), Mitglied der konservativen, der österreichischen Volkspartei nahestehenden (und von dieser auch kräftig finanzierten) Studentenfraktion Forum, mit deren Mehrheit er auch im Hauptausschuß (das höchste Gremium der ÖH) zum neuen Vorsitzenden gewählt wurde. Sein Vorgänger Herbert Rainer tat inzwischen auf der politischen Karriereleiter (von der Studenten in die hohe Politik) einen Schritt nach oben; er wurde zum Vorsitzenden einer Aktionsgemeinschaft aller konservativen Studentenfraktionen (mit Ausnahme der JES, deren einzige Aktivität in Innsbruck darin besteht, die Miete für ihr Büro zu zahlen) gekürt. Der politische Stil des neuen Vorsitzenden scheint — nach den ersten Erfahrungen zu urteilen — wesentlich präpotenter auszufallen als der seines Vorgängers.

Schwerpunkte der Arbeit der ÖH im Wintersemester 82/83 waren die Novellierung des Stipendiengesetzes und des Heimgesetzes. Zu letzterem haben sowohl das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung als auch die ÖH einen Gesetzentwurf vorgelegt. Während der zahnlose Ministerialentwurf praktisch weiterhin alle Macht dem Heimträger überläßt, zielt der Vorschlag der Hochschülerschaft auf eine substantielle Änderung des Verhältnisses zwischen Heimträger und Heimbewohner. Im einzelnen fordert die ÖH, folgende Punkte in das Gesetz aufzunehmen: Mitbestimmung der Heimbewohner bei der Heimpreiskalkulation, Kündigungsschutz für Heimbewohner (d.h. Abschaffung der derzeit völlig untragbaren Situation, in der den Heimbewohnern jederzeit gekündigt werden kann, die Heimbewohner aber nur mit Semesterende aus dem Heim ausziehen können), öffentliche Ausschreibung der Heimplätze, wobei vor allem soziale Kriterien berücksichtigt werden sollen.

Weiters fordert der Entwurf der ÖH, daß das Heim jederzeit ungehindert betreten und verlassen werden kann (auch mit Besuchern), daß die Heimverwaltung die Zimmer nach vorheriger Anmeldung zu Routinekontrollen betreten darf, daß die Heimbewohner ihre Zimmer selber gestalten dürfen. Die Heimvertretung soll in jedem Heim demokratisch gewählt, die Heimordnung allein von den Studenten verfaßt werden; weiters soll die Heimvertretung das Recht erhalten, das wirtschaftliche Gebaren des Heimträgers zu überprüfen, um sicherzustellen, daß die Erträge aus der Sommervermietung auch dem Studentenheim zugutekommen.

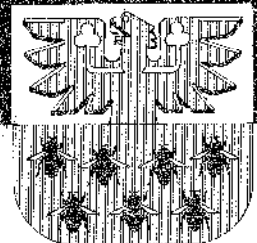
Nach vielen ergebnislosen Appellen an die Stadt- und Landesväter scheint sich in puncto Mensasubvention endlich ein konkretes Ergebnis abzuzeichnen. Nordtirol und die Stadt Innsbruck haben ihre Subventionen bereits fix zugesagt, während sich das Land Vorarlberg aus unerfindlichen Gründen weigert, die neue Mensa in Innsbruck zu unterstützen, ebenso wie Südtirol, das sich unter Hinweis auf die Staatsgesetze immer billig aus der Affäre zu ziehen weiß. Mit den bereits zugesagten Subventionen könnte der Preis für das mittlere Mensamenu von 26 auf 21 Schilling gesenkt werden.

Ein wichtiger Diskussionspunkt innerhalb der ÖH-Innsbruck war die Aufteilung des ÖH-Budgets, das sich in diesem Jahr auf 1,8 Millionen Schilling beläuft (dieses Geld setzt sich zusammen aus den Hörerbeiträgen, die jeder Student bei der Inskription einzahlen muß).

Das ÖH-Gesetz sieht nun vor, daß mindestens 40% dieses Geldes dem Hauptausschuß (dem höchsten Organ der ÖH an jeder Universität) und mindestens 40% den Fachschaften und Basisvertretungen (Instituts-, Studienrichtungs- und Studienabschnittsvertretungen) zufließen. Bleibt der Rest von 20%. Um zu verhindern, daß der Hauptausschuß allein diese 20% schluckt und um eine effektive Arbeit der einzelnen Basisvertretungen zu ermöglichen, legte die Basisdemokratische Liste einen Budgetentwurf vor, der im Gegensatz zu der von der Mehrheitsfraktion Forum vorgeschlagenen 60% : 40% Teilung (Hauptausschuß : Fachschaften und Basisvertretungen) eine 50% : 50% Aufteilung der Gelder vorsah. Mit den Stimmen des Forum und der kritischen Alternative (einer von der SPÖ finanzierten Studentenfraktion, deren Politik sich aber nicht wesentlich von der des Forum unterscheidet) wurde dieser alternative Vorschlag in Bausch und Bogen abgelehnt. Damit ist wieder einmal der Löwenanteil des Geldes auf die Seite der Bürokratie gefallen, während die aktiven Basisvertretungen, die sich mit der studentischen Situation konfrontieren und an ihren Instituten eine effiziente Arbeit leisten, schauen werden müssen, wie sie zurecht kommen.

Geben Sie Ihrem Geld die besten Chancen!

**Südtiroler
Landessparkasse**



Mit uns kann man reden!

EGGERS ESKAPADE

Oswald Egger hat uns im letzten "skolast" (Nr. 3/82) einen bemerkenswerten Artikel nicht nur über Südtirols Literatur beschriftet. Bemerkenswert deshalb, weil er jenseits aller gängigen Klischees um Grundsätzliches, um die "Wahrheit" bemüht ist. Daß er dabei radikal vorgeht und das sogenannte Kind mit dem Bad ausschüttet, ist sein provokatorisches Recht.

Was mir an Eggers Kritik gefällt ist, daß er

den Dünkel mißtraut, der mittlerweile alles als Kunst deklariert, was er nicht bewältigt oder nicht versteht.

— hartes und "weniger bescheitertes" vom Dichter fordert "in dieser Zeit". Das ist natürlich nur mit Vorbehalt etwa auf Stimmungssymphonien übertragbar; auch bleibt unklar, warum gerade unsere Zeit dazu bestimmt wäre.

— J. Feichtingers Wort zitiert, wonach "eine scharfe, aber ehrliche und letztlich aufbauende (Literatur-)Kritik bei uns fehlt".

Der "moderne" Dichter sollte viel wissen, sein Handwerk beherrschen, er soll "in fachmännischem Vollzug gesellschaftliche Ideologie spürbar, durchschaubar und wünschenswert wie Utopien bewusst machen . . .". Das sind brauchbare Argumente — nur, daß diesen Forderungen der gebildete bürgerliche Schriftsteller am nächsten kommt und nicht, wie Egger impliziert, Propagandisten, Sachbuchautoren u.a.

Überhaupt scheint Egger ein gestörtes Verhältnis zum Bürgertum zu haben, denn nachdem er festgestellt, daß der Zweck der Kunst für den Bürger (nur) im Genuß besteht, schreibt er wörtlich: ". . . ein genießen, das hinter dem Rücken des Produktionsprozesses stattfindet, hat keine Macht über die Gegenstände, an denen sie sich übt: es geschieht dies in jener kindlichen Passivität, welche rot und weiß sieht, nicht aber dessen Bedeutung begreift". Aber was heißt Produktionsprozeß? In den sind wir alle integriert. Macht haben über Gegenstände? Die hat höchstens noch der Bergbauer, nicht aber der sogenannte Arbeitnehmer hinterm Bürotisch und am Fließband. Und wer sonst soll schließlich die Bedeutung jenseits von rot und weiß besser kennen als der gebildete Bürger, der die wesentlichen Zusammenhänge sehr wohl begreift, wenn er auch nicht eingreift. Aktiv sein kann man auf mehreren Ebenen!

Egger beweist mangelnde Objektivität angesichts der südtiroler Literaturszene. Das Zitieren und Analysieren von jeweils einem wahllos herausgegriffenen Gedicht junger Autoren ist nicht zulässig, wenn damit en bloc ausschließlich Negatives dem Leser suggeriert werden soll.

Vollends unfair wird Egger, wenn er Gerhard Mumelters Verse mit den Schlagwörtern Luis Trenkers in Verbindung bringt, ". . . dessen Sturzfläche von der Alm Wasser auf die Mühle ad nauer waren" — eine Formulierung, deren Pejorativität auch der Dolomiten-X feststellen darf.

Und schließlich noch eine Bemerkung, deren Gefährlichkeit nicht übersehen werden darf. Irgendwo schreibt der junge Absolutist: ". . . sätze haben ja bekanntlich die eigenschaft, wahr oder falsch zu sein". Die konkrete Instanz, die über wahr oder falsch zu befinden hätte, gibt es — zumindest in der Literatur — nicht, vielleicht bei den Propagandisten. Gute Literatur hat ein Gespür für Nuancen und Zwischentöne, und diese sind die Garanten für Bewußtseinsweiterung, weil sie ohne Bekennternum Wirkungen erzielt, von denen der revolutionäre Schreiber nur träumen kann!

Roland Kristanell

Bemerkungen zu Oswald Egger "zur Literatur in Südtirol" und überhaupt

1. endlich ein Arbeiter, der schreibt wie ein Literaturkritiker! nun, soll er doch verstehen wird diesen Artikel, der sich genauso wie die durch den Kakao gezogene Literatur krampfhaft um Originalität bemüht, aber kein Arbeiter mehr, dies ließe sich unter Umständen mit der vielbemühten Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit erklären, wenn hier nicht der Abgrund zwischen selbstgestelltem theoretischen Anspruch (der Verständlichkeit der Sprache) und der sprachlichen Realität eben diesen theoretischen Anspruch ad absurdum führen würde.

2. auffallend ist das Bemühen um sprachliche Besonderheit, zu dem sich anscheinend jeder Literaturkritiker verpflichtet fühlt und das wir auf jeder Literaturseite (welcher Zeitung oder Zeitschrift auch immer) antreffen, weshalb der Leser immer ein Mittel gegen Brechreiz griffbereit haben sollte. anscheinend ist es üblich, wenn man Literaturkritiker sein (oder werden) will, sich nur oberflächlich mit Literatur bzw. Literaturtheorie zu beschäftigen und anscheinend ist es auch wie in besagtem Artikel möglich, anhand von 1 oder 2 zufällig ausgewählten Gedichten auf die Qualität (sei es im positiven oder negativen Sinne) eines Autors und dessen literarische Produkte zu schließen.

3. das kritisierte Produkt spiegelt genau das, was anderen lang und breit vor geworfen wird: es ist, wie gesagt, betont originell, emotional, wenn es sein aus der Tiefe des Bauches kommendes Unbehagen gegenüber der südtiroler Literatur (oder besser: gegenüber einigen Literaten) mit wilder Sprach/Gewalt artikuliert; durchaus spontan, wenn man über die verkürzende und damit ungenaue Art und Weise stolpert, mit der bestimmte literarische und kulturelle Erscheinungen (z.B. Romantik und Subkultur) abgehandelt bzw. abgekanzelt werden. solche Kritik unterscheidet sich nicht wesentlich von jener Literatur, welche sich neuestenens nur noch mit den Beschwerden des eigenen Bauchnabels befaßt.

4. Oswald Egger schreibt: ". . . ich will auch nicht die Polemik von links versterhender pharisäer fortsetzen, die nur als Literatur gelten läßt, was für den Klassenkampf taugt." so weit, so gut. nun kann aber nicht nur das als gut bzw. schlecht gelten, was seinem gewählten literarischen Geschmack gefällt (sprachlich wie inhaltlich). jedoch: als Literaturkritiker (wie ich das nur vergessen konnte) muß man wohl päpstlicher als der Papst sein bzw. etwas von jenem Oberlehrer haben, der natürlich allein weiß, was jetzt gut ist und was schlecht, wobei er den ungezogenen Kindern ständig mit dem Zeigefinger droht. oder: wie ist das nur mit jenem — an fast jeder Schule anzutreffenden — Deutschlehrer kurz vor der Pensionierung, der seine Sprach- und Stilauflösung für die einzig vertretbare hält. vergleiche dazu, die Sprach- und Stilkritik an den von Oswald Egger zitierten Gedichten, seine neurotische Reaktion auf das Stilmittel der Alliteration oder die Kritik an G. Mumelters Gedicht, in dem — wie schrecklich — zweimal "möchte" verwendet wird.

5. "nicht, weil er der Rede wert wäre, . . ." man soll die Südtiroler Autoren beileibe nicht mit Samthandschuhen anfassen, ein solcher Satz kann jedoch nicht stehenbleiben, ohne auf den überlegenen Ton der Verächtlichkeit hinzuweisen, mit dem er hingeworfen wurde.

6. es ist die Frage, ob das Leben und damit die Sprache sich immer auf die einfache Aussage Ja oder Nein bzw. Wahr oder Falsch reduzieren lassen wie von Oswald Egger gefordert, bleibt auch die Frage, ob die Literatur Urteile demonstrieren muß und ob nicht besser der Leser den Brei selber auslöffeln sollte, den ihm der Autor da schon eingebrockt hat.

7. sollte das Geplänkel mit der Aneinanderreihung der verschiedenen Fremdwörter (S. 11/12) ironisch gemeint sein, so ist das für einen beschränkten Verstand nicht ganz einfach zu erkennen. falls nicht, so sagt diese wenig sinnvolle Aufzählung nichts über die Südtiroler Li-

teratur, vielleicht gehört das aber schon zum besonderen, das manchen Autoren beim schreiben eines artikels einfällt.

8. mir der aufhebung der kunst in lebenspraxis ist es ganz gewiß nicht weit her, dies aber daraus herleiten zu wollen, daß man ein buch, nachdem man es gelesen hat, noch in der hand hält, scheint mir ein gedanklicher kurzschluß zu sein.

9. witzig ist, daß oswald egger ausgerechnet armin gatterer ("was das schreiben-können angeht") für den einzigen lichtblick in der südtiroler literatur hält (was die prosa betrifft), schreiben kann er, der armin gatterer, nur, ob dann noch jemand mitkommt . . . ?!

10. im besonderen finde ich es verwunderlich, wie man aus der literaturbeilage der dolomiten auf die aktualität einer diskussion schließen kann, abgesehen davon, daß man einer solchen vom literaturbetrieb inszenierten und von der erkonservativen südtiroler monopolpresse übernommenen diskussion um des kaisers bart sowieso nicht trauen kann.

11. hab da noch im letzten moment in einer der letzten ausgaben des skolast etwas gefunden, von dem ich in der cille nur einen kleinen teil zitieren kann: ". . . diese besondere gefühlslage sichert dem text seine exklusive, den umgangssprachlichen äußersungen entthobene stellung." (nachzulesen im dezember skolast, s.9)

ps.: "der vorlaute pffiff aus dem letzten loch" zum dezemberskolast im allgemeinen und zum kritisierten artikel im besonderen: wieder einmal kreißte der berg und gebar nur eine maus.

mair georg

das möchte ich korrekter, das ist wohl eher eine traumvorstellung von dir in einsamen nächten. ich glaube auch an das kollektiv, aber ich verstehe nicht warum du dich so gegen meinen (unsere) subjektivismus wehrst. was soll das, was ist ein kollektiv anderes als eine gruppe, eine sammlung von subjekten. das problem ist, dass gerade die bewussten subjekte fehlen, deshalb klappts nie mit den kollektiven.

ich bleibe dabei, treffen können wir uns nur als subjekte. das kollektiv lebt von den subjekten.

sonst bleibst du, zumindest bei der behandlung meines textes sehr vage. es ist mir lieber, wenn du die sachen klar bringst, anstatt komischer anspielungen, selbstgefälliger umschreibungen. was soll das mit den sternschnuppen, im welt-raum wie im himmel (was weißt du schon vom himmel) deinen sturzflieger-phallereien.

nominalistische dichtung?

du sagst noch etwas wichtiges, du forderst urteile statt erlebnisse. ich habe mich da auch schlecht ausgedrückt, das stimmt ("ich will das, was ich sehe ganz präzise beschreiben"), aber aus dem zusammenhang sowohl des gesprächs mit günther vanzo, als auch meines textes geht es hervor, dass es nicht um die reine abbildung von dingen geht. ich will mich vermitteln.

ich verstehe, was du meinst, aber ich gebe dir doch nicht recht.

ich finde, deine forderung nach den urteilen, statt den erlebnissen läuft im grunde darauf hinaus das was vor das wie zu stellen. aber im grunde geht es nur um das wie, was das ist, ist im grunde unwichtig, wie es ist, darauf kommts an. der frieden zum beispiel ist kein was, sondern ein wie.

du hast in meinem text nur das was gesehen, deshalb hast du das wie nie erreicht.

peter oberdörfer

DIFFIDA / SCHRAUBE

diffida / schraube locker

überzeugt davon, daß auch sonst nicht alles bei ihm stimmt, weigere ich mich zu glauben, daß an o. eggers buchexemplar (der contro verse MSch.) eine schraube locker ist.

becker-gelf

Inge Gualtieri

übernimmt Reinschrift von Doktorarbeiten

(auf Wunsch auch Einband und Druck).

Pünktliche und formschöne Ausführung.

39012 Meran

Meinhardstraße 170

Tel. 0473 / 45 6 26

von 13.30 - 15.00 Uhr

von 20.00 - 21.00 Uhr

ANTWORT AUF OSWALD EGGERS "ZUR LITERATUR IN SÜDTIROL ÜBERHAUPT"

mit einigen dingen hast du recht. dein bedürfnis nach echter literatur, nach dem direkten verstehe ich, ich habe es (das bedürfnis) auch, und vermisse das direkte oft (auch an mir), an dir übrigens auch, du bist mir zu mühsam, zu intellektuell, zu kompliziert, im grunde unkommunikativ, du offerst die klarheit den eiteln, gutklingenden "weltmännischen", "geschliffenen", fremdwörter- und zitate strotzenden formulierungen. ich hätte mir, wenn ich nicht direkt betroffen gewesen wäre, wohl kaum die mühe gemacht, mich durch deinen artikel zu ackern.)

du sagst auch sonst noch ein paar wichtige sachen. das mit den kollektiven zum beispiel. du schreibst, daß es darum geht, die "einzelheit der einander entfremdeten individuen kollektiv zu überwinden".



STELLUNGNAHME ZUR SKOLAST- BEILAGE VON PAUL MARSONER

Die Beilage zum Skolast Nr. 3/1982, welche von Dr. Paul Marsoner gezeichnet war, befaßte sich mit dem SPS-internen Streit.

Nach meiner Auffassung enthält der Inhalt der Beilage nicht nur viele Unwahrheiten, sondern sie ist auch dahin ausgerichtet, um das politische und persönliche Ansehen und die Integrität meiner Person als Landtagsabgeordneter schädigend zu beeinflussen. Man bewirkt mich in der Beilage bewußt mit Dreck in der sicheren Erwartung, etwas davon wird schon hängen bleiben.

Nun möchte ich auf einige Punkte eingehen:

1. Es stimmt nicht, daß ich zu den Mitgliedern kein konstruktives Verhältnis gehabt habe. Denn ohne diesem Verhältnis hätte nicht ein bemerkenswerter Erfolg bei den Gemeindewahlen 1980 erzielt werden können. Diese Erfolge wurden ohne Dr. Marsoner und ohne Dr. Unterhauser erzielt. Marsoner war zu dieser Zeit nicht Mitglied und Unterhauser ohne Funktionen. Sie haben sich beide wie ein "Kuckucks-Ei" in das von anderen vorbereitete Nest gesetzt. Dasselbe gilt auch für die Vorbereitung des erfolgreichen Parteitages im April 1981.

2. Es ist eine große Unwahrheit, ja es ist eine große Lüge, es ist eine große Diffamierung, zu behaupten, daß ich Fraktionsgelder für eigene Zwecke verwendet hätte. Die Tatsache ist, daß ich diese Mittel für die personelle Besetzung der Landtagsfraktion und für Publikationen zur Verfügung stelle. Laut Gesetz können diese Mittel auch gar nicht zweckentfremdet werden, sie müssen also für die Fraktion verwendet werden und nicht für die Partei. Wenn Paul Marsoner ehrlich und objektiv gewesen wäre, hätte er darauf hingewiesen, daß der SPS-Kassier Dr. Florian Kronbichler über 26 Millionen Lire Vereinsgelder vorübergehend auf ein Privatkonto gegeben hat anstatt ordnungsgemäß abzugeben. Wer möchte wohl einem solchen Kassier sein Geld anvertrauen?

3. Was ich in zehn Jahren mit vielen Freunden in harter Arbeit aufgebaut habe, wurde von wenigen Opportunisten und Neidern zerstört. Als Beweis dafür, daß ich durch meinem Einsatz und durch meinem Fleiß ein Ansehen in der Bevölkerung und in der Wählerschaft erreicht habe ist, daß 44 Prozent der SPS-Wähler mir die Vorzugsstimme gegeben haben. Die SPS hat sich nun mehr zu einem kleinen Freundekreis entwickelt, denn bereits seit meiner Abwahl als Parteivorsitzender haben viele Mitglieder ihre Mitgliedschaft in der SPS nicht mehr erneuert. Für das Jahr 1982 haben nur mehr insgesamt 227 Mitglieder den Beitrag entrichtet. Von dieser Anzahl wäre natürlich noch abzuziehen die inzwischen von der Partei ausgetreten

sind und die eine aktive Mitarbeit eingestellt haben. Eines ist sicher, daß die SPS einen Weg beschreitet, die von den Grundsätzen der Gründer abgeht. Denn wer die Anwendung des Stellenproporz im Staatsdienst als Revanchepolitik verteuelt und den Sprachgebrauch bei Gericht bekämpft kann nicht Politik für die Südtiroler machen. Es gibt bereits nationale Parteien die die Thesen der heutigen SPS-Führung anbieten.

Die SH erlaubte dem Skolast eine Beilage zu den Parteinternen Auseinandersetzungen beizulegen um ein Gegengewicht zu Erschbauers Medienkampagnen gegen die SPS zu gewährleisten, — so laut Presseberichten — so widerspricht sich die SH selbst vom Brief der 83.

L. Abg. Willi Erschbauers

RICHTIGSTELLUNG

... und was mir sonst noch so einfällt.

Auf der letzten (Umschlag)Seite steht unter Redaktion auch mein Name. Das ist kein Druckfehler, sondern eine der vielen eigenmächtigen Aktionen des Herrn Vorsitzenden. Ich habe davon erst erfahren, als ich den Skolast bereits in der Hand hielt.

Ich habe für diese Skolastnummer *keinen Finger gerührt*, auch ist meine Funktion als Pressereferent und Mitglied im Vorstand der SH im Sommer '82 zu Ende gegangen.

Das wichtigste: ich will mit diesem Skolast (mit all seinen Beilagen) nichts zu tun haben.

"Anarchie ist machbar", mit diesem hoffnungsvollen Ausspruch will man angeblich diese Nummer als anarchistisches Produkt bezeichnen. Man kann viel mit dem Begriff "Anarchie" beschreiben, was dieser Skolast mit A. zu tun hat, verstehe ich nicht.

Weiter unten heißt's dann: "eine sehr chaotische skolastnummer". Also wird da A. und Chaos gleichgesetzt.

Solche Vergleiche und ähnliche Vermutungen des Begriffes A. kommen meist aus einem anderen Lager, komisch, daß jetzt auch noch die SH in diese Richtung bläst.

Dem Skolast-Vorwortschreiber empfehle ich als kleine Lektüre zum Beispiel Alexander Berkmann's "ABC des Anarchismus", "Vorschicht, Anarchist!" von Augustin Souchy oder die Memoiren eines Rudolf Rocker, um nur einige zu nennen.

Etwas anderes: "Diese skolastnummer gibt die eingelangten beiträge wieder". Das ist einfach eine Lüge. Einige (wichtige) Beiträge (ein paar sogar von mir, einem "Redaktionsmitglied") wurden *nicht* abgedruckt. Daß beim Skolast eine harte Zensur herrscht ist Insidern bekannt, man sollte aber nicht nach außen ein "offenes diskussionsforum" vortäuschen und so tun als ob alles seinen

Platz im Skolast hätte.

Aber mich stört nicht, daß zensiert wird, sondern wie das gemacht wird. Da wird nicht in der Redaktionsgruppe besprochen, was veröffentlicht wird oder nicht, das entscheidet (fast immer) der (mächtige) Vorsitzende.

Auch die SPS-Beilage zu dieser Skolastnummer erschien nur, weil dem SH-Vorsitzenden die SPS eben sympathisch und der Erschbauers unsympathisch ist.

"Aber lassen wir dem Boss seinen Freiraum, denn sonst passiert in der SH überhaupt nichts!" (Nicht ganz wortgetreues Zitat eines Ausschußmitglieds)

Welche Funktion haben dann Vorstand, Ausschuß, usw., als nach außen eine demokratisch strukturierte Organisation vorzutäuschen? Dann sind das ja Vollidioten (mich einbezogen), die vier/fünfmal im Jahr nach Bozen kommen, um dort den ganzen Tag die Aktionen ihres Vorsitzenden begutachten zu dürfen. Die wenigen Beschlüsse, die verabschiedet werden, dienen allein der Selbstbefriedigung. Der Vorsitzende macht sowieso das, was ER für gut und richtig hält.

rudi schöpf

LIEBE SKOLAST LEUTE

wie ich mit Verspätung erfahren habe, ist in diesem Sommer Wolfgang Kapfinger gestorben. Wolfgang war 1964, im Jahr, in dem ich Präsident war (so hieß das damals), Pressereferent der SH.

Er war es allerdings nur eine Nummer lang — die Proteste, die seine erste und letzte und, an späteren Maßstäben gemessen, doch relativ harmlose Nummer, ausgelöst hatte und die Auflagen, die man ihm dann von verschiedenen Stellen machen wollte, ließen ihm eine Weiterarbeit unmöglich erscheinen.

Es geht mir nun nicht darum, die Hinter- und Vordergründe im Geschick dieser Nummer und des Referenten im Detail zu erzählen — das kann einer ausführlichen Skolast-Historie überlassen bleiben, sollte sie jemals geschrieben werden — ich möchte nur denjenigen, die Wolfgang nicht gekannt haben — und das ist wohl der Großteil der jetzigen "aktiven" SH-Mitglieder — kurz darlegen, worum es ihm, und anderen, die seine Zielsetzungen teilten, damals ging. (Ich weiß auch nicht, ob und wie weit schon daran gedacht wurde, Kapfingers kurzes Warten als Pressereferent in Erinnerung zu bringen.) Wolfgang übernahm das Amt bewußt als Nachfolger Volker Obersggers und als Weiterführer von dessen Arbeit. Dem einen wie dem anderen ging es darum, im Rahmen der ja nicht all zu weit gesteckten Grenzen des SH-Journals einen Beitrag dazu zu leisten, daß das Land an Etsch und Eisack auch für die spinnenden Intellek-